Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 135 Januar/Februar 2008 2,50 Euro



- **Abdullah Öcalan – Lösungsvorschläge für die kurdische Frage in der Türkei**
- **Nurettin Demirtaş – Autonomie bedeutet nicht Separatismus**

Im Kurdistan Report Nr. 135 Januar/Februar 2008 berichten wir über:

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Êdî bes e – Es reicht – Demonstration in Amed, Fotos: DIHA

Rückseite:
Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen, Fotos: DIHA, Marily Stroux, Beate Rudolph

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



„Êdî bes e“ – Demonstration in Şırnak Foto: DIHA



„Êdî bes e“ – Demonstration in Hakkari Foto: DIHA



Sicherheitskräfte greifen die „Êdî bes e“ - Demonstration in Amed an Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
mit der „Stärkung“ der AKP in Kurdistan tauchte auch ein neues Konzept für die Behandlung der kurdischen Frage auf. Es unterscheidet sich scheinbar von bisherigen darin, dass es die PKK und die kurdische Frage voneinander trennen will. Hauptziel bleibt die Vernichtung der PKK, während parallel der Anschein erweckt wird, als werde eine Lösung der kurdischen Frage angestrebt. Seit ihrem ersten Tag im Parlament wird die DTP gewaltig unter Druck gesetzt, damit sie sich endlich von der PKK als einer „terroristischen Organisation“ distanziert. Zum einen soll so die DTP disqualifiziert werden, zum anderen will man die Atmosphäre schaffen, um diejenigen, die dabei nicht mitziehen, ebenfalls als terroristisch abstempeln und die PKK besser isolieren zu können. Ebenso gibt es Anhaltspunkte, dass die AKP plant, eine religiöse Kurdenpartei zu gründen, die dann den Platz der DTP einnehmen soll.

Vor diesem Hintergrund verwundert die türkische Politik der letzten Monate nicht. Die Türkei suchte regelrecht nach einem Grund für die Kriegshetze. Obwohl die Volksverteidigungskräfte HPG in keiner Weise ihre militärischen Aktivitäten gesteigert hatten, wurde ein Gefecht zwischen kurdischer Guerilla und türkischen Soldaten zum Anlass genommen, die Regierung für ein Jahr zu grenzüberschreitenden Militäroperationen zu ermächtigen. Danach wurde heftig über einen Einmarsch in den Irak debattiert. Dabei hat dieser Beschluss mehr politische Bedeutung als militärische. Es ging darum, Kräfte wie die USA, die südkurdischen Parteien, Irak und EU zu Schritten gegen die PKK zu bewegen. Der Plan ging so weit auf. Nach dem mit großer Spannung erwarteten Gespräch mit Erdoğan am 5. November positionierte Bush sich gegen die PKK und sagte Unterstützung vordergründig im geheimdienstlichen Bereich zu, auch EU und Irak, die südkurdischen Parteien eingeschlossen, bekundeten Verständnis für die Bekämpfung der PKK. Das ist der gegenwärtige „Erfolg“ der Türkei.

Der Kolumnist der Tageszeitung *Milliyet*, Güneri Civaoğlu, beschrieb das türkische Konzept am 28. November mit einer Anekdote: Napoleon habe einmal gefragt, ob es möglich sei, ein Baguette-Brot in einem Happen zu verzehren. Er selbst habe die Frage verneint und ausgeführt, dass der Feind wie das Baguette erst zerlegt werden müsse, bevor er dann Stück für Stück verschlungen werden könne. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Diese Aufspaltung soll außer mit Militärschlägen, Partei-, Medien-, Vereinsverboten, Druck auf die Bevölkerung auch durch angebliche Lösungsschritte erreicht werden. Denn die Türkei erhofft sich, damit bei den Kurden den Eindruck erwecken zu können, dass sie zur Problemlösung bereit sei, aber die PKK und Abdullah Öcalan dieses sabotierten. Erste Anzeichen dieser Absicht sind schon jetzt zu registrieren. Bekannt staatsnahe Kurden vertreten in der Öffentlichkeit genau diese These. Auch lässt der türkische Staat in Zeiten nationalistischer Scharfmacherei immer Massenkundgebungen in kurdischen Städten inszenieren, mit z. B. durch Schulerlass erzwungener Teilnahme von Schülern.

Dabei wäre es so einfach, die kurdische Frage zu lösen: Die PKK ist bei entsprechenden Schritten seit Jahren bereit zur Entwaffnung und zur Teilnahme am demokratischen politischen Leben. Die Einbeziehung von Konfliktparteien ist unumgänglich für die Problemlösung. Die kurdische Freiheitsbewegung unter der PKK hat großen Einfluss auf die kurdische Gesellschaft und könnte die Lösungsphase konfliktfrei und kontrolliert ablaufen lassen. Zudem entspricht die von Abdullah Öcalan entwickelte Lösung mehr als jede andere der Realität der Türkei und der Region des Mittleren Ostens. Hoffen wir, dass die Vernunft sich noch im letzten Augenblick durchsetzt.

In diesem Sinne wünschen wir ein erfolgreiches Jahr 2008!
Ihre Redaktion

Wie kommt es, dass die AKP zum Zentrum der Hoffnungen gemacht wird?

Blanko-Scheck für AKP-Regierung

Tuncay Doğan, Journalist

Im Fortschrittsbericht der EU-Kommission wird darauf verwiesen, dass die Türkei im Bereich der Demokratisierung seit drei Jahren einen Rückschritt erlebt. Es heißt, dass der Reformprozess eingestellt sei und die Regierung ihr Wort nicht gehalten habe. Misstrauen ist dem jüngsten Bericht zu entnehmen.

Der Vorsitzende der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei des Europäischen Parlaments, Joost Lagendijk, beklagte sich auf einer Konferenz am 3. Dezember im Europäischen Parlament, die unter dem Titel „Die EU, die Türkei und die Kurden" durchgeführt wurde, in seiner Rede über die fehlenden notwendigen Fortschritte der türkischen Regierung auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Demokratisierung. So sagte er: „Der Artikel 301 ist für die EU inzwischen zum Symbol geworden. EU-Kommission und Europaparlament fordern die Türkei seit zwei Jahren auf, diesen und ähnliche Artikel und Gesetze aufzuheben oder abzuändern. Das kann so nicht weitergehen. Auch ich bin inzwischen müde, zu diesem Punkt noch etwas vorzubringen. Die Phase der Ausarbeitung einer neuen Verfassung ist nicht transparent. Es gibt mehrere Entwürfe, niemand weiß, welcher der richtige ist. Diese Phase muss durchsichtig abgewickelt werden."

Nach diesen Ausführungen fügte derselbe Lagendijk hinzu, dass die Adresse für Veränderungen in der Türkei die AKP sei. Er ging sogar so weit zu behaupten, dass die kurdische Frage, seit vielen Jahren zum Gangrän geworden, nur von der AKP gelöst werden könne, und legte noch eins drauf, indem er vorgab, die AKP würde die KurdInnen vertreten. Er forderte sogar die Eliminierung der kurdischen Dynamiken bei der „Lösung" der kurdischen Frage.

Am selben Tag wurde auch im türkischen Parlament in Ankara eine ähnliche Rede gehalten. Diesmal war es der AKP-Abgeordnete Reha Camuroğlu. Er erklärte: „In diesem Land wird niemand einen Hintergarten auslassen. Wir werden uns die Früchte aus allen Gärten genüsslich einverleiben."

Werden diese beiden Äußerungen nebeneinander gestellt, entsteht ein interessantes Bild. Eigentlich gibt es keine konkreten Schritte der Türkei bzw. der AKP zur Lösung der kurdischen Frage und zur Demokratisierung des Landes. Das ist bekannt und faktisch belegt. Aber dennoch wird weiterhin versucht, die AKP als die einzige politische Kraft hinzustellen, die die Probleme der Türkei lösen wird. Somit wird in der Öffentlichkeit eine imaginäre Hoffnung geweckt und eine grundlose Erwartungshaltung für die Menschen erzeugt.

Was aber steckt genau dahinter? Wie kommt es, dass die AKP, die keinerlei ernstzunehmenden Schritte unternommen hat, zum Zentrum der Hoffnungen gemacht wird?

Ist AKP Vertreterin für Tabuthemen der Türkei?

Die bei der Wahl im Juli 2007 zum zweiten Mal an die Macht gelangte AKP war in erster Linie als eine Imagebewegung entstanden. Sie hegt den Anspruch, Parteien und Meinungen eine Plattform zu bieten, und stützt sich dabei auf das Modell Özals von 1980. Diesem Anspruch gemäß versucht sie natürlich, ihr Schaufenster zu gestalten. Sie war – zumindest zur Scheinwahrung – äußerst bemüht, VertreterInnen aus neofaschistischen, sozialdemokratischen, alevitischen, kurdischen, liberalen und islamischen Kreisen sowie Personen, die aus dem Militär stammen, in der Partei zusammenzubringen. Nun geriert sie sich als Vertreterin für alle Probleme des Landes.

Ministerpräsident Erdoğan ruft zum einen: „Es gibt keine kurdische Frage", und im nächsten Moment erklärt er: „Ich vertrete die Kurden." 75 Abgeordnete kurdischer Herkunft innerhalb der AKP müssen dann für diese Behauptung herhalten. Auf der einen Seite behauptet er, die Aleviten hätten keine Probleme als Minderheit, auf der anderen Seite beansprucht er, sie zu vertreten. Er trachtet durch die Anbindung der alevitischen Dedes *[alevitische geistliche Führer]* an das Amt für religiöse Angelegenheiten nach politischer Stärkung. Er geht sogar noch weiter und tönt, die Zypernfrage – bislang unter dem Motto „Keine Lösung ist auch eine Lösung" behandelt – könne nur er lösen. Er unterstützte eine Armenienkonferenz, als würde er die historische Ungerechtigkeit begleichen wollen, die bleibt aber ohne Ergebnis. Weiter erklärt er das Kopftuchproblem und die Laizismusfrage zu seinem eigenen Problem, organisiert das Zusammentreffen der Kulturen und erweckt den Eindruck, als sei er um die Annäherung von Islam und Christentum bemüht.

Außenpolitisch verfolgt die AKP eine ähnliche Strategie. Sie kooperiert sowohl mit dem Iran als auch mit den USA. Sie

versucht, Israel und Palästina gleichzeitig in Schach zu halten. Sie drängt zum einen auf eine EU-Vollmitgliedschaft und arbeitet zum anderen an Kooperationsplattformen für den Kaukasus, Asien und den Mittleren Osten.

Probleme aussitzen

Darin liegt der Erfolg der AKP. Ohne konkrete Schritte in der Praxis übt sie ihre Macht aus mithilfe ihres Images und leerer Versprechungen. Sie tritt als Verantwortliche für seit 85 Jahren in der Türkei tabuisierte tiefgründige Probleme auf, ohne sie zu lösen. Sie kompliziert sie noch mehr, indem sie angeblich neue „Gesprächspartner" schafft und eine Lösung im Keim zu ersticken sucht. Sie lässt die Konfliktparteien gegeneinander kämpfen, während sie sich aus der Affäre zieht und gestärkt daraus hervorgeht.

So erklärt z. B. der Ministerpräsident zur kurdischen Frage: „Statt mit der Waffe in der Hand durch die Berge zu ziehen, sollten sie im Parlament Politik machen." Andererseits werden den KurdInnen alle Möglichkeiten und Bereiche der politischen Betätigung aus der Hand genommen. Die bewaffneten Angriffe gegen DTP-Büros im letzten Jahr belaufen sich auf Hunderte. Es gibt kaum eine/n DTP-Bezirksvorsitzende/n, die oder der nicht schon festgenommen und ins Gefängnis gesteckt worden wäre. Gegen die DTP-Abgeordneten laufen Dutzende von Verfahren, obwohl sie Immunität genießen. Mit dem Verbot der DTP soll über 220 leitende ParteivertreterInnen ein politisches Betätigungsverbot verhängt werden. Das Verbot der DTP würde sogar etwas Unvergleichbares mit sich bringen, und zwar ein politisches Betätigungsverbot für alle ihre 150 000 Mitglieder. Alle ParteifunktionärInnen in der Parteizentrale und den Bezirken sowie aktiven Mitglieder, die sich in kurdischem Namen auf legaler Ebene politisch betätigen, werden auf diese Weise aus der Politik verdrängt und schwer bestraft werden. Inwieweit ist diese Praxis zu vereinbaren mit dem Appell des Ministerpräsidenten: „Legt die Waffen nieder, kommt und macht Politik!"?

Regierung hat sich mit der Armee arrangiert

Aus militärischer Sicht ist die Situation noch brisanter. Die Regierung, die auf den einseitigen Waffenstillstand der PKK von 2006 mit Waffengewalt antwortete und ihre Privilegien verstärkte, indem sie bei jeder Gelegenheit den Eindruck von Problemen mit der Armee erweckt, hat sich mit dieser über die Ausweitung des Krieges verständigt. Die Armee erlebt eine Phase in der sie ihre Autorität mehr denn je ausleben kann. Sie bestimmt und mischt sich ein in innen- sowie außenpolitische Belange. Das Budget des Verteidigungsministeriums ist höher als das von fünf anderen zusammen, einschließlich des Ministeriums für Gesundheit, Bildung und Arbeit. Alle Forderungen und Bedürfnisse der Armee für Aufrüstung, Reorganisierung, Spezialarmee und JITEM-Geheimdienst werden ohne Einwände genehmigt. Der 1999 offiziell aufgehobene Ausnahmezustand wurde 2007 erneut eingeführt. Ein Großteil Kurdistans wurde zum Militärgebiet erklärt mit ausgeweiteten Befugnissen für das Militär. Die Regierung hat der Armee einen Blanko-Scheck ausgestellt für jede Art von Militäroperation sowohl im Inland als auch außerhalb des Landes. Außerdem werden alle Handels- und Wirtschaftsabkommen und Auftragsvergaben in In- und Ausland mit dem OYAK*, der den Militärs untersteht, und regierungsnahen Holdings gemeinsam abgeschlossen. In der durch die „grenzüberschreitende Operation" geschaffenen Atmosphäre wurde eine Arbeitsteilung eingeführt, um über die Vernichtung und Verleugnung der Kurden den Status quo aufrechtzuerhalten. Folglich ist die Regierung, die mit der Armee kooperiert, keine Lösungs-, sondern vielmehr eine Kriegsregierung.

Hauptmerkmal der Gegenwart ist Undurchsichtigkeit

Also kehren wir wieder zum Anfang zurück. Wie ist es nur möglich, dass diese Regierung, die keinerlei Lösungsvorstellung hat, im In- und Ausland als der Schlüssel zur Lösung gesehen wird? Die Antwort auf diese Frage ist in einer Äußerung Erdoğans verborgen, der Anfang November auf Staatsbesuch in Washington US-Präsident Bush traf. Erinnern wir uns daran, was Erdoğan nach seiner Rückkehr nach Ankara erklärte: „Wir können nicht alles *[aus dem Gespräch mit Bush]* öffentlich machen. Es gibt Themen, die vertraulich sind. Das Hauptmerkmal der Gegenwart ist die Notwendigkeit, undurchsichtig bleiben zu müssen." Das ist das Schlüsselwort: undurchsichtig. Die Regierung berührt alle Themen, aber nicht, um sie zu lösen, sondern undurchsichtig und inhaltsleer werden zu lassen. Sie macht sie undurchschaubar und bringt sie nicht zu Ende. Auf diese Weise schafft sie die Erwartung auf die eventuelle Problemlösung. Folglich erhält sie die Unterstützung der Öffentlichkeit im In- und Ausland, zumindest wird sie geduldet. Das ist bei den Fragen des Islam, der Kurden und der Aleviten so. Ist Herr Joost Lagendijk – der es müde war, die Türkei an die Notwendigkeit der Demokratisierung zu mahnen – sich nicht bewusst, dass die Regierung in der kurdischen Frage keinen Schritt unternehmen wird, dass sie die Anforderungen nicht erfüllen und somit sich und die Öffentlichkeit täuschen wird? Ich bin mir so sicher, dass er es weiß, wie ich mir meines Namens sicher bin. Wenn dem so ist, warum gibt er der AKP einen Blanko-Scheck?

Übereinkunft zu Mitgliedschaft getroffen

Ich bin der Meinung, dass 2007 in der Beziehung EU-Türkei zum Thema der EU-Mitgliedschaft ein Ergebnis erzielt worden ist. Wenn ich von einem Ergebnis spreche, so meine ich nicht, dass die Vollmitgliedschaft akzeptiert wurde. Im Gegenteil, es scheint, dass es eine Übereinkunft in Form der von Frankreich und Deutschland vorgeschlagenen „privilegierten Partnerschaft" war. Mit einer

* OYAK: Ordu yardımlaşma Kurumu, Pensionsfonds der türkischen Armee, 1961 für zusätzliche soziale Dienstleistungen, Kreditprogramme und Rentenzahlungen gegründet. Heute Firmenimperium mit mehr als 60 Einzelunternehmen aus dem Finanz-, Industrie- und Dienstleistungssektor; Oyak-Gruppe gehört zu den größten türkischen Unternehmen überhaupt, über 18.000 Mitarbeiter, Jahresumsatz über 4 Mrd. USD.

solchen Lösung müsste die EU ein problematisches Land wie die Türkei nicht aufnehmen und wäre eine Last los, die sie jährlich 25 Milliarden Euro kosten würde. Eine privilegierte Partnerschaft beinhaltet aber die Nutzung einiger EU-Fonds durch die Türkei. Diese wird im Gegenzug, ohne sich zu demokratisieren, ohne das Gleichgewicht zwischen Armee und Politik anzutasten, weiter ihr undemokratisches Dasein fristen. Des Weiteren wird sie selbst entscheiden, welche Lösungen sie für ihre Probleme vorsieht. Wagt sie sich zu weit vor, wird sie ermahnt und gewisse Korrekturen werden von ihr verlangt werden, ohne eine grundsätzliche Änderung ihres undemokratischen Kerns. Was für eine wundervolle Lösung, oder? Es gibt ein türkisches Sprichwort, das genau diese Situation beschreibt: Weder der Spieß noch der Kebap sollen verbrennen. Beachtet nicht, was die Türkei immer wieder sagt: „Wir werden entweder Vollmitglied der EU oder wir werden nichts anderes akzeptieren.“ Es scheint, dass EU und Türkei sich irgendwo in der Mitte getroffen und eine entsprechende Übereinkunft erzielt haben, die bereits umgesetzt wird.

Was wollen die Kurden?

Diese Frage ist oft zu hören, sowohl in Ankara als auch in den europäischen Hauptstädten. Wenn man es nicht wüsste, würde man denken, dass Kurden keinerlei Erklärungen abgeben, keine Lösung anstreben, sondern ausschließlich mit der Waffe ein Ergebnis erzielen wollen. Dabei haben sie inzwischen eine ausgefranste Zunge von den vielen Wiederholungen. Für diejenigen, die es noch nie gehört haben: Die KCK hat am 30. November 2007 eine Deklaration veröffentlicht, die einer Roadmap gleichkommt (s. u.). Was wird gefordert: die verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität und Sprache, Behebung der Hindernisse, die einer politischen Betätigung der Kurden im Wege stehen, die Behandlung der Kriegswunden, die Einstellung der Spezialkriegspraktiken und eine Generalamnestie für alle politischen Menschen. Herr Erdoğan und Herr Lagendijk, sind denn diese Forderungen dermaßen unverständlich? ♦

Das „Demokratische Autonome Kurdistan“ innerhalb der Demokratischen Republik Türkei wird die Basis der freiwilligen Einheit schaffen

Deklarationsaufruf für eine demokratische Lösung

Präsidium des Kongra-Gel und Vorsitz des Exekutivrats der KCK

Eines der grundlegendsten Probleme des Mittleren Ostens stellt die Kurdistan-Frage dar. Trotz ihrer politischen, nationalen und gesellschaftlichen Dimensionen wird sie von den betreffenden Kräften nicht richtig bewertet. Es findet auch keine Diskussion unter den Konfliktbeteiligten statt, obwohl eine Lösung für den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit des Mittleren Ostens von Bedeutung ist. Durch bi- oder trilaterale Bündnisse auf regionaler und internationaler Ebene wird diese Frage gegen den Willen der Kurden als eine Sicherheits- und Terrorfrage diskutiert und dabei zum Gegenstand politischer Verhandlungen.

Beim Treffen zwischen dem US-Präsidenten G. W. Bush und dem türkischen Ministerpräsidenten R. T. Erdoğan am 5. November 2007 in Washington wurde die PKK, führende Kraft des Freiheitskampfes unseres Volkes, ohne jeglichen Grund zum Feind erklärt und ihre Vernichtung erörtert. Im Gegensatz hierzu gab es zur Lösung der kurdischen Frage keinerlei Erklärung. Gleichzeitig gab die EU grünes Licht für den Vernichtungszug des türkischen Staates und ermutigte diesen damit zu neuen Morden gegen Kurden. Es ist offensichtlich, dass diese anhaltende Annäherungsweise bislang keinerlei Lösung mit sich gebracht hat.

In einer solchen Phase hatten allen voran die türkische Seite, aber auch verschiedene politische Kreise uns zu einem erneuten Waffenstillstand aufgerufen. Während auf der einen Seite unsere über 30 Jahre mühsam erkämpften Errungenschaften wie Organisierungskraft und Institutionalisierung zum Vernichtungsziel erklärt wurden, vermittelte man uns auf der anderen Seite auf verschiedenen Wegen Botschaften für eine Lösung. Der Öffentlichkeit gegenüber erklärte Ministerpräsident Erdoğan, er habe einige Lösungsprojekte, allerdings waren sie nicht vertrauenswürdig, sondern auf Zeit spielend und inhaltslos. Den Äußerungen des Ministerpräsidenten folgend erklärten wir für eine kurze Zeitdauer im August 2005 und am 1. Oktober 2006 jeweils einen unbefristeten Waffenstillstand, die mit militärischen Angriffen beantwortet wurden. Es ist offensichtlich, dass diese Entwicklungen das Vertrauen des kurdischen Volkes ernsthaft beschädigt haben. Und ohne konkrete praktische Schritte zu sehen, wird es weiteren Vorhaben gegenwärtig kein Ver-

trauen schenken. Daher ist es für uns von großer Bedeutung, in Erfahrung zu bringen, welche Kräfte für eine Lösung sind und welche unser Volk und unsere Bewegung durch das Versetzen in die Warteposition kampfunfähig machen und eliminieren wollen.

Anstatt die Atmosphäre zu entspannen und den Boden für eine demokratische Lösung zu bereiten, wird in der Öffentlichkeit täglich über das Angriffskonzept mittels Isolierung und Eliminierung debattiert. Parallel eskalieren die militärischen Operationen und Repressionen des türkischen Staates gegen die politische und gesellschaftliche Dynamik des kurdischen Volkes.

Offensichtlich ist die kurdische Frage in eine kritische und sensible Phase getreten. Als kurdische Seite wollen wir gerade in dieser Zeit mit der Deklaration unseres Lösungsprojektes den Weg für eine Lösung ebnen und damit den Kräften, die uns aufgerufen hatten, antworten.

Es ist bekannt, dass sich sowohl unser Vorsitzender A. Öcalan als auch unsere Bewegung seit 15 Jahren um die friedliche Lösung der kurdischen Frage auf verschiedenste Weise bemüht haben. Seit 1993 hat unsere Bewegung für eine friedliche und demokratische Phase bislang fünfmal einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen und eingehalten. Entgegen allen unseren Bemühungen hat der türkische Staat dies jedes Mal mit weitgehenden Vernichtungsoperationen beantwortet. Als kurdische Seite entsandten wir 1999 als Geste unseres guten Willens zwei Gruppen, die eine aus der Guerilla, die andere aus Europa, als Friedensvermittler in die Türkei. Zur selben Zeit zog unsere Bewegung mit großer Opferbereitschaft und trotz großer Verluste, um Auseinandersetzungen entgegenzuwirken, ihre Kampfeinheiten aus den Kampfregionen ab. Der türkische Staat bewertete alle durch unsere einseitigen Bemühungen entwickelten Friedensmöglichkeiten als Schwäche und sperrte sämtliche Lösungswege.

Es ist bekannt, dass vor einem Jahr allen voran die USA, die EU und verschiedene internationale Kräfte, aber auch einige Institutionen des türkischen Staates, die DTP, verschiedene politische Kreise in der Türkei, Intellektuelle und Schriftsteller, und Regierungsvertreter des Irak und der kurdischen Regionalverwaltung uns zu einem Waffenstillstand aufriefen. Mit dem Appell unseres Vorsitzenden A. Öcalan erklärte unsere Bewegung am 1. Oktober 2006 einen unbefristeten Waffenstillstand. Der türkische Staat nahm diesen Schritt nicht ernst, sondern zum Anlass für ein Spaltungsszenario. Er verdoppelte seine Vernichtungsanstrengungen gegen den Waffenstillstand und unsere in der Waffenstillstandsposition befindlichen Kräfte.



„Êdî bes e“ – Es reicht – Demonstration in Şırnak, 9.12. Foto: DIHA

Seit dem 1. Oktober 2006 bis heute haben die türkischen Streitkräfte insgesamt 579 militärische Vernichtungsoperationen durchgeführt, dabei kam es zu 460 Auseinandersetzungen.

Zu dieser Zeit erklärte der türkische Generalstab mehrfach gegenüber der Öffentlichkeit, mit den Militäroperationen und Gewaltmethoden bis zum letzten Guerillakämpfer vorzugehen. Dabei verzeichneten beide Seiten mehr als tausend Opfer sowie materielle und ideelle Verluste. Auf politischer Ebene entwickelte der türkische Staat, um den politischen Willen der Kurden zu brechen, sämtliche Einschüchterungstaktiken sowie umfangreiche Methoden der psychologischen Kriegsführung wie das Lynchen. Diese Angriffe waren nicht nur begrenzt auf Bevölkerung und Guerilla, sondern richteten sich selbst gegen die mit den kurdischen Stimmen gewählten Parlamentarier. Hinzu kamen die Verschärfung der Isolationshaft und der absichtliche Vergiftungsversuch des Repräsentanten des kurdischen Volkes, A. Öcalan, der für die Kurden und unsere Bewegung den sensibelsten Punkt darstellt.

Nach dem Scheitern aller Versuche, die Freiheitsdynamik des kurdischen Volkes in der Türkei und Nord-Kurdistan (türkischer Teil) zu zerschlagen, sieht nunmehr der türkische Staat die Ursachen des Konfliktes außerhalb der Türkei und entwickelt dadurch die Basis für einen Angriff gegen Süd-Kurdistan (Irakisch-Kurdistan). Mit dieser Absicht verabschiedete die türkische Nationalversammlung den Parlamentsbeschluss zur Invasion, was die Grundlage für Destabilisierung und einen neuen gefährlichen Krieg im Mittleren Osten bildet. Diesen Beschluss benutzt die AKP-Regierung als politisches und militärisches Druckmittel gegen die USA und die politischen Kräfte Süd-Kurdistans, um beide gegen unsere Bewegung aufzuwiegeln und somit einen innerkurdischen Konflikt zu schüren. Primäres Ziel dieser Strategie ist die Vernichtung unserer Bewegung, sekundäres, alle nationalen kurdischen Kräfte in allen

Teilen Kurdistans zu schwächen und unter Kontrolle zu bringen.

Trotz all ihrer Attacken und Planungen stellt die Türkei sich als die angegriffene Seite dar und präsentiert sich in der Opferrolle unter Benutzung aller diplomatischen und Informationskanäle zur Verdrehung der Tatsachen. Einige internationale Kräfte unterstützen aus politischen und wirtschaftlichen Interessen, allerdings mit Bedauern, die Manipulationen der Regierung. Das ist ungerecht und belastet die ethischen menschlichen Normen.

Es sind das kurdische Volk und seine legitimen Vertreter, welche angegriffen werden. Sowohl die Zahl als auch der Umfang der militärischen Operationen und die Äußerungen der Generalität bezeugen dies. Die Guerilla dagegen befindet sich in der Position legitimer Verteidigung. Es ist die türkische Armee, die angreift und in Folge dessen hohe Verluste erleidet.

Diejenigen, die unsere Bewegung im Jahr 2006 zum Waffenstillstand aufgerufen hatten, schwiegen gegenüber den Angriffen des türkischen Staates und kamen ihrer Verantwortung zur Einleitung einer friedlichen Phase nicht nach. Es sind wiederum fast dieselben Kräfte, die heute von uns einen neuerlichen Waffenstillstand fordern. Als Bewegung respektieren wir alle Bemühungen und Appelle für eine friedliche Lösung. Daher erklären wir erneut, dass wir für das Schweigen der Waffen und die Entwicklung einer friedlichen Lösung bereit sind, unserer Verantwortung nachzukommen. Wir haben den Waffenstillstand vom 1. Oktober 2006 nicht aufgehoben. Es sind der türkische Staat und die Armee, die ihm mit ihren Angriffen den Boden entzogen haben. Wenn sie heute den Angriffen gegen A. Öcalan, den Repräsentanten unseres Volkes, unsere Werte, unser Volk und dessen demokratische Institutionen Einhalt gebieten, so wird eine Phase ohne militärische Auseinandersetzungen beginnen.

In diesem Zusammenhang sollten die Kräfte, die uns zum Waffenstillstand aufgerufen haben und die kurdische Frage mit friedlichen Mitteln lösen wollen, sich darum bemühen, die Türkei zur Einhaltung des Waffenstillstands von 2006 zu bewegen. Dies wäre eine Schlüsselrolle für die Lösung. Im Falle der Einhaltung des Waffenstillstands durch die türkische Armee würde die gewünschte Phase eintreten und anschließend im Rahmen eines politischen Projekts das Schweigen der Waffen ermöglicht. Unserer Auffassung nach wäre der Rahmen des zum Teil von der DTP als *„Demokratische Autonomie"* bekannt gemachten Projekts geeignet.

Das „Demokratische Autonome Kurdistan" innerhalb der Demokratischen Republik Türkei wird die Basis der freiwilligen Einheit schaffen.

Die Aufnahme der einzelnen Punkte dieses Projekts wird Schlüssel zur Lösung sein:

1. Die Anerkennung der kurdischen Identität und die verfassungsrechtliche Garantie für alle Identitäten unter der Oberidentität „Türkei".

2. Die Ermöglichung der freien Ausübung der kurdischen Sprache und Kultur, die Gewährung des Rechts auf muttersprachlichen Unterricht, die Anerkennung des Kurdischen als zweite offizielle Sprache neben der türkischen in den kurdischen Regionen, ebenso die Achtung der kulturellen Rechte aller Minderheiten.

3. Die Anerkennung des Rechts auf freie politische Betätigung und Organisierung auf der Basis von Meinungs- und Glaubensfreiheit; die Aufhebung aller sozialen Ungleichheiten in Verfassung und Gesetzen, insbesondere sexistischer Diskriminierung.

4. Als Projekt einer gesellschaftlichen Versöhnung eine gegenseitige soziale Amnestie beider Seiten, um Frieden und eine freie Einheit entstehen zu lassen, die Freilassung aller politischen Gefangenen einschließlich A. Öcalans, das Recht auf Partizipation am politischen und sozialen Leben.

5. Der Rückzug der Kräfte, die sich zum Zweck des Spezialkriegs in Kurdistan aufhalten, die Abschaffung des Dorfschützersystems, die Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Projekte, um den ehemaligen Bewohnern eine Rückkehr in die Dörfer zu ermöglichen.

6. Für die Stärkung der Kommunalverwaltung eine Neufassung der entsprechenden Gesetze.

7. Parallel zu den genannten Punkten im Rahmen eines von beiden Seiten festgelegten Zeitablaufs eine stufenweise Niederlegung der Waffen der Guerilla sowie der Beginn der Teilnahme am legalen demokratischen und gesellschaftlichen Leben.

In diesem Zusammenhang ist die Lösung der kurdischen Frage ohne Veränderung der Grenzen möglich. Es ist wichtig, dass sich das kurdische Volk eine freie und demokratische Lebensgrundlage schaffen kann. Dieses Projekt wird die Interessen beider Seiten annähern, das freie Zusammenleben stärken und damit einen dauerhaften Frieden ermöglichen. Unser Volk fordert lediglich die ihm zustehenden existentiellen Rechte, um entsprechend der nationalen und gesellschaftlichen Gegebenheiten leben zu können. Dies allerdings ist möglich mit der Demokratisierung der Hegemonialstaaten Kurdistans. Die Lösung der kurdischen Frage dient zugleich der Entwicklung von Demokratie und Stabilität des Mittleren Ostens.

Für die friedlich-demokratische Lösung der kurdischen Frage rufen wir alle für Demokratie, Frieden und Völkerfreundschaft einstehenden Kräfte der Türkei auf, ihrer Verantwortung nachzukommen. Es ist eine primäre und selbstverständliche Pflicht aller Demokraten, der Terrorpolitik und dem Rassismus des türkischen Staates gegen das kurdische Volk entgegenzutreten. Die irreführende Politik der AKP-Regierung, die sich auf kurdische Kollaborateure stützt, kann das Problem nicht lösen, sondern wird auf gefährliche Weise zu weiterem Blutvergießen führen. Wir rufen daher alle demokratischen Kräfte gegen die

schmutzige Politik der AKP-Regierung auf, sich im Sinne der Geschwisterlichkeit der Völker für eine demokratische Lösung zu engagieren.

Wir appellieren an die türkische Republik und ihre Regierung, ihre 84-jährige perspektivlose Vernichtungs- und Verleugnungspolitik aufzugeben und unter Anerkennung des kurdischen Willens eine Lösung auf der Grundlage eines freien Zusammenlebens, welches unser Lösungsprojekt bietet, zu diskutieren. Die türkische Regierung sollte eine Problemlösung nicht außerhalb der Türkei, sondern als interne Frage im Dialog mit den legitimen kurdischen Vertretern in der Türkei suchen.

Wenn auch die Aufteilung Kurdistans unter vier Staaten gegen den Willen der Kurden geschah, so haben die aktuellen Entwicklungen erneut gezeigt, dass ihr Schicksal voneinander abhängt. Deshalb sollten allen voran die Regionalregierung Südkurdistans (Irakisch-Kurdistans) sowie alle politischen Kräfte Kurdistans ihrer Verantwortung gerecht werden und sich um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage in der Türkei bemühen. Diese sollte allen als ein zukunftsweisendes Thema bewusst sein.

Die Stigmatisierung der kurdischen Freiheitsbewegung als Feind, allen voran durch die USA, aber auch andere internationale Kräfte, wird das Problem nicht lösen können. Denn seine Ursache liegt entgegen den Behauptungen des türkischen Staates nicht in unserer Bewegung, sondern in dessen Verleugnungspolitik. Eine demokratische Lösung ist nicht nur ein Beitrag zu Wohlstand, Stabilität und Sicherheit des Mittleren Ostens, sondern gleichzeitig wesentlich zum Weltfrieden. Wir erklären, dass wir für alle regionalen oder internationalen politischen Lösungsprojekte, die eine gerechte Lösung der kurdischen Frage vorsehen, offen und bereit sind. Die Fortsetzung der Politik, eine Lösung ohne Öcalan und PKK zu suchen, ist daher nur Zeitverschwendung und führt zur Vertiefung des Chaos. Denn eine Annäherung ohne Berücksichtigung des Willens unseres Volkes wird in keiner Weise dessen Akzeptanz erfahren.

Obwohl wir als kurdische Seite alle für eine friedliche Lösung erforderlichen Schritte geleistet und bescheidene Lösungen vorgeschlagen haben, werden wir im Falle des Beharrens auf der Waffengewalt als Folge des Vernichtungskonzepts entschlossen und stark legitimen Widerstand leisten. Dies ist offensichtlich und sicher. Die Kurden in allen Teilen Kurdistans wollen das Problem nicht mit Gewalt, sondern durch Dialog lösen. Wir messen allen Kräften des Mittleren Ostens, die sich für Demokratie, Frieden und Stabilität einsetzen, große Bedeutung bei. Eine dauerhafte Lösung der kurdischen Frage in ganz Kurdistan kann erreicht werden, wenn sowohl die herrschenden Staaten Kurdistans als auch die internationalen Kräfte sie demokratisch und gerecht angehen, anstatt sie als Destabilisierungsfaktor und unilaterales Druckmittel zu benutzen. Eine internationale Konferenzplattform unter Beteiligung aller Seiten mit dem Ziel der regionalen Zusammenarbeit, von Völkerfreundschaft, Stabilität und Sicherheit kann dafür den Boden bereiten.

Das Schüren von Konflikten zwischen den kurdischen politischen Kräften und ihre gegenseitige Aufhetzung ist mit Sicherheit ein Zeichen bösen Willens. Niemand, der sich als kurdenfreundlich betrachtet, sollte eine solche Politik unterstützen, sondern einsehen, dass die Zeit, als die Kurden gegeneinander ausgespielt wurden, vorüber ist. Keine der kurdischen politischen Kräfte sollte dem auch nur den Hauch einer Chance geben. Alle sollten daher auf der Grundlage nationaler und demokratischer Einheit zusammentreffen und diese als Minimalbasis des Patriotismus ansehen. Das erfordert sowohl der Erfolg des Freiheitskampfes unseres Volkes in dieser historischen Phase als auch der richtige Gebrauch der entstandenen Möglichkeiten. Deshalb sollte keine kurdische politische Kraft auf Vernichtungs- und Verleugnungspolitik setzen. Im Gegenteil, alle sollten der kurdischen Einheit und Solidarität noch mehr Bedeutung beimessen.

Alle patriotischen Kurden, alle Frauen, Jugendlichen, alle Teile der Gesellschaft sollten überall, wo sie leben, sich für die Entwicklung der Linie der nationalen und demokratischen Einheit einsetzen, aufmerksam sein und deren Gefährdungen entgegenwirken.

Mehr als je zuvor ist die kurdische Frage heute in die Nähe einer Lösung gerückt. Wer dabei seine Interessen gefährdet sieht, gerät in Panik und unternimmt alle Anstrengungen, um der Lösungsphase entgegenzuwirken. Die Politik, den kurdischen Willen zu brechen, und das Konzept des Vernichtens und Verleugnens zeitigen eindeutig keine Erfolge. Alle Schritte in Richtung Vernichtung werden nicht die Lösung, sondern den Konflikt, keinen Frieden, sondern Krieg, keine Stabilität, sondern Labilität mit sich bringen.

Es muss eingesehen werden, dass das kurdische Volk unter Führung der PKK heute eine starke nationale und demokratische Dynamik hinter sich gebracht und umfangreiche Erfahrungen in der Widerstandstradition gesammelt hat, mit denen es noch lange Jahre auf sich gestellt für seine Freiheit kämpfen kann. Niemand, weder unsere Menschen, noch deren Freunde, noch andere Beteiligte sollten daran zweifeln. Nicht die gewalttätige Vernichtung, sondern die dialogorientierte Lösung stellt den richtigen, einzigen und produktiven Weg dar. Es ist offensichtlich, dass das Gegenteil schwere Auseinandersetzungen und Chaos sowie Schaden für alle bedeuten wird.

Da wir als Bewegung eine solche Entwicklung nicht wollen, sondern eine Phase der friedlich-demokratischen Lösung, offerieren wir hiermit nach den an uns gerichteten Aufrufen diese Deklaration als ein Zeichen unserer Bereitschaft dafür. In diesem Sinne appellieren wir an alle Beteiligten, sich für die demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage einzusetzen und damit ihrer Verantwortung nachzukommen. ♦

Präsidium des Kongra-Gel und Vorsitz des Exekutivrats der *Vereinigten Gemeinschaften Kurdistan* (KCK)
30. November 2007

Lösungsvorschläge für die kurdische Frage in der Türkei

Abdullah Öcalan, Dezember 2007

Am 3./4. Dezember fand in Brüssel die 4. Konferenz im Europäischen Parlament der *EU-Turkey Civic Commission* (EUTCC) unter dem Titel „Die EU, die Türkei und die Kurden“ statt. Mit diesen Vorschlägen wandte sich Abdullah Öcalan an die Teilnehmenden:

An die internationale Konferenz
„EU, Türkei und die Kurden“
Brüssel, Dezember 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

allen Anstrengungen, die kurdische Frage auf demokratischem Wege zu lösen und einen dauerhaften Frieden zu ermöglichen, messe ich große Bedeutung bei und begrüße sie ausdrücklich. Im Wissen um meine historische Verantwortung Ihnen und meinem Volk gegenüber möchte ich meine eigenen Überlegungen zu einer Lösung in Grundzügen kundtun.

Die kurdische Frage ist eines der brennendsten und kompliziertesten Probleme des Mittleren Ostens. Der Grund dafür liegt in ihrer Entstehungsgeschichte. Solange die Frage nicht in der richtigen Weise gestellt wird, wird sie immer komplizierter werden und zwangsläufig eine Fülle von neuen Problemen mit sich bringen, wie dies schon in der Vergangenheit der Fall war.

Die kurdische Frage ist weitreichender und verwickelter als die arabisch-israelische Frage, die heute auf der Tagesordnung der Welt ganz oben steht. Dass sie bis heute nicht vollständig aufs Tapet gebracht worden ist, hat bisher eine Reihe von Fehlern und Mängeln in der Analyse mit sich gebracht. Ihre strategische Schlüsselstellung in Hinblick auf die demografischen, geografischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Region macht sie so gravierend und so kompliziert. Dass die Kurden unter den drei großen Gruppen der Araber, Perser und Türken aufgeteilt sind, führt automatisch zu einer regionalen Bedeutung der Frage. Eine Lösung in einem Teil erhöht wie in einer Kettenreaktion den Druck für eine Lösung in den anderen Ländern und Teilen Kurdistans. Entsprechendes gilt für die Blockade einer Lösung.

Da es Syrien, dem Irak und dem Iran, vor allem aber der Türkei nicht gelungen ist, ihre klassischen Haltungen gegenüber der Frage zu revidieren, konnte es bisher nicht zu einer Lösung kommen, was wiederum zu großen Tragödien geführt hat. Dass alle Kanäle für eine Lösung der kurdischen Frage versperrt wurden, hat dazu geführt, dass zur letzten Option, der Gewalt gegriffen wurde. Der Grund für die Konflikte der letzten 25 Jahre in der Türkei war deren Politik der Verleugnung und Vernichtung. Da diese Politik nicht rechtzeitig aufgegeben wurde, verloren mehr als 30 000 Menschen ihr Leben, wurden Tausende Dörfer niedergebrannt, Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, Tausende „Morde unbekannter Täter“ verübt, die Wirtschaft der Türkei erlitt Milliardenverluste. Beide Seiten haben großes Leid erfahren. Ein derartig umfassender Komplex kann unmöglich auf „Terrorismus“ reduziert werden. In Wahrheit hat ein mittelschwerer Krieg stattgefunden. Es ist notwendig, diese Tatsache, die beteiligten Parteien, die zugrunde liegenden gesellschaftlichen, nationalen und politischen Ursachen zu betrachten und so zu einer realistischen Einschätzung und angemessenen Konsequenzen zu gelangen.

Die Frage von Krieg und Frieden in der Türkei reicht über die kurdische Frage hinaus

Die Frage von Krieg und Frieden in der Türkei reicht über die kurdische Frage hinaus. Dies zeigt sich sowohl in ihrer langen Historie als auch in den sozialen, religiösen und ethnischen Konflikten der letzten dreißig Jahre. So sehr sich die oligarchische Führung der Republik mit ihrer offiziellen Ideologie auch bemüht hat, der gesamten Gesellschaft mit Gewalt ein einfarbiges Tuch überzuziehen – es ist ihr nicht gelungen. Die Widersprüche und Konflikte haben dieses Tuch zerrissen.

Der Geist der Republikgründung war eine strategische Allianz zwischen Türken und Kurden. Die Unfähigkeit, diese Allianz der heutigen Phase des demokratischen Aufbaus gemäß zu erneuern, liegt der kurdischen Frage in der Türkei zugrunde. Die Geschichte ist voll mit Beispielen für türkisch-kurdische Allianzen. Sultan Alp Arslan konnte erst durch eine kurdisch-türkische Allianz nach Anatolien vordringen. Sultan Selim I. erhob durch diese Allianz sein Reich in den Rang eines Weltreichs. Mustafa Kemal gründete durch diese Allianz die Republik. Warum sollten wir die Essenz dieser drei Allianzen nicht an die heutige Zeit anpassen? Kurden und Türken sollten auch heute diese tausendjährige Allianz schmieden. Wenn wir erkennen, dass weder der chauvinistische türkische Nationalismus noch der primitive kurdische Nationalismus eine Lösung bieten können, dann werden wir aufbauend auf die Demokratie eine Basis für die demokratische Entwicklung des gesamten Mittleren Ostens erschaffen. Eine strategische Partnerschaft kann jedoch nur dann zustande kommen, wenn die Begegnung zwischen Kurden und Türken auf Augenhöhe stattfindet. Daher müssen die Beziehungen auf demokratische Weise neu geregelt werden.

So gesehen ist ein Frieden mit den Kurden unausweichlich. Es ist nicht vor-

stellbar, dass ein Beharren auf Krieg etwas anderes als Pyrrhussiege zustande bringen könnte. Daher ist es so nötig wie realistisch, den Frieden in diesem Krieg, der schon zu lange andauert, auf die Tagesordnung zu setzen. Es liegt im Interesse des Staates, dem Vorbild vieler zeitgenössischer Staaten zu folgen und die entsprechenden Schritte zu tun. Die Kurden wollen lediglich Respekt vor ihrer Existenz, Freiheit für ihre Kultur und ein vollständig demokratisches System. Eine humanere und bescheidenere Lösung ist nicht denkbar.

Die Prozesse in Südafrika, Palästina/Israel, England/Wales/Nordirland/Schottland und Frankreich/Korsika zeigen nicht nur, wie verschiedene moderne Staaten ähnliche Probleme in ihrer Geschichte gehandhabt und gelöst haben und wie bedeutend diese Lösungen für sie sind. Darüber hinaus helfen uns Vergleiche mit den dortigen Erfahrungen, die eigenen Probleme objektiver zu betrachten.

Die Abkehr von der Gewalt als Mittel zur Lösung der kurdischen Frage und die teilweise Überwindung der repressiven Politik der Verleugnung hängen eng mit dem Offenhalten einer demokratischen Option zusammen. Das Lehr- und Sendeverbot für die kurdische Sprache und Kultur ist selbst eine Form von Terror und lädt gewissermaßen ständig zur Gegengewalt ein. Gewalt ist von beiden Seiten unkontrolliert und in einem Maße angewandt worden, das die legitime Selbstverteidigung bei weitem übersteigt. Es ist bekannt, dass viele Bewegungen heute zu noch extremeren Methoden greifen. Dass wir hingegen mehrfach einseitige Waffenstillstände ausgerufen haben und überwiegend außerhalb der Grenzen in einer Position der legitimen Selbstverteidigung stationiert sind, widerlegt den Vorwurf des Terrorismus. Unsere langjährigen Friedensbemühungen werden seit Jahren ignoriert. Keine unserer Initiativen fand Widerhall. Selbst unsere Freunde, die wir als Botschafter des Friedens gesandt haben, wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Es gibt einige Gründe dafür, dass unsere Initiativen erfolglos geblieben sind. Sie wurden uns stets als Schwäche ausgelegt. Jedes Mal wurde die Propaganda verbreitet, die



Demonstration „Êdî bes e" – Es reicht – in Amed. Foto: DIHA

PKK und Öcalan seien so gut wie am Ende und benutzten diese Initiativen nur als Taktik. Wenn man die PKK noch ein wenig härter angehe, werde sie zerfallen. Entsprechend wurde gehandelt, es gab heftige Angriffe. Doch niemals erzielte man den gewünschten Erfolg. Es ist nicht möglich, die kurdische Frage mit Gewalt zu lösen. Daher war die Bewertung als „Schwäche" eine ganz falsche Einschätzung. Diese falsche Einschätzung ist auch jeweils für den Misserfolg mitverantwortlich.

Diese Haltung hatte auch großen Anteil am Scheitern des Waffenstillstands, der am 1. Oktober 2006 in Kraft trat. Dieser Prozess, den ich in Antwort auf Erwartungen der Öffentlichkeit und Aufrufe von Intellektuellen und NGOs begonnen habe, wurde nicht ernst

genommen, zum Scheitern gebracht und keine Initiativen für eine dauerhafte Lösung eingeleitet. Stattdessen war die Antwort ein Schüren des Rassismus und Chauvinismus in der Gesellschaft und eine Politik der Spannungen. Man darf nicht vergessen, dass es zum Stil der AKP gehört, Kompromisse mit der Armee zu schließen und auf eine Verschärfung des Konflikts zu spekulieren. Die Regierung tut zurzeit nichts weiter, als durch palliative Maßnahmen der EU Zugeständnisse abzuringen. Zweck der im Zuge des EU-Beitrittsprozesses verabschiedeten Harmonisierungsgesetze ist es, das Gesicht zu wahren und Zeit zu gewinnen. Darüber hinaus gibt es keine ernsthaften Schritte.

Hoffnung auf einen Friedensprozess nicht verloren

Ein weiteres Mal möchte ich meine äußerste Besorgnis wegen des andauernden Konflikts und seiner Resultate zum Ausdruck bringen. Jedoch möchte ich betonen, dass ich die Hoffnung auf einen Friedensprozess nicht verloren habe. Trotz meiner schwierigen Bedingungen und meiner gesundheitlichen Probleme setze ich meine Bemühungen fort, mahne weiter und produziere Lösungsvorschläge. Das sollte gewürdigt werden. Wenn unsere Friedensbemühungen aufgegriffen und beantwortet werden, kann daraus der Aufbau einer demokratischen Republik werden. Dann könnten die Begeisterung, die Dynamik und die Einheit ihrer Gründungsjahre wieder aktiviert werden.

Die Lösung, die ich der Gesellschaft der Türkei und allen, die sensibel und verantwortungsbewusst sind, anbiete, ist ganz einfach. Wir wollen eine demokratische Nation. Wir haben nichts gegen den unitären Staat und die Republik. Wir akzeptieren die Republik, ihre unitäre Staatsstruktur und den Laizismus. Aber wir glauben, dass man den demokratischen Staat im Rahmen des Respekts vor Völkern, Kulturen und Rechten neu definieren muss. Durch diese Definition sollte den Kurden eine demokratische Organisierung möglich werden, durch die sie sich unter anderem auf den Feldern Kultur, Sprache, Wirtschaft, Umwelt entfalten können. Kurden, Türken und die anderen Kulturen bilden dann alle gemeinsam die *Demokratische Nation Türkei*. Dies ist nur durch einen demokratischen Nationenbegriff, eine demokratische Verfassung und durch eine fortgeschrittene, multikulturelle Rechtsordnung möglich. Für unser Verständnis einer demokratischen Nation stellen Flaggen und Grenzen kein Problem dar. Unsere Auffassung einer demokratischen Nation beinhaltet das Modell einer auf Demokratie basierenden Nation im Gegensatz zu einer auf einem Staat basierenden Nation. Die *Nation Türkei* muss so definiert werden, dass sie alle ethnischen Gruppen umfasst. Gemeint ist ein Nationenmodell, das nicht auf Türken beruht, auch nicht auf Religion oder Rasse, sondern auf den Menschenrechten. Wir gehen vom Begriff einer *demokratischen Nation* aus, der alle Ethnien und Kulturen in sich versammelt.

Meine Auffassung vom kurdischen Befreiungskampf ist die folgende: Eine Staatsgründung kann keine Freiheit bringen. Ich glaube nicht, dass die Kurden sich befreien können, indem sie zu einem Staat werden. Sowohl aus philosophischen und politischen Gründen als auch wegen der gegebenen, aktuellen politischen Bedingungen kann es tragische Auswirkungen haben, nach kurdischer Staatlichkeit zu streben. Staat bedeutet Unterdrückung. Daher interpretiere ich das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts anders als meine Vorgänger: Dieses Recht ist das Recht, eine eigene Demokratie und eigene nichtstaatliche Administrationen aufzubauen. Es ist das Recht staatenloser Gesellschaften, alle Probleme selbst zu diskutieren und zu entscheiden, das Recht, ein Modell aufzubauen, um in Dörfern, Vierteln und Städten die eigenen Probleme zu diskutieren und Lösungen zu beschließen. Dies können wir auch als *demokratische Autonomie* bezeichnen. Von einem Staat halte ich nichts, ich beabsichtige keine Staatsgründung. Ich strebe nach Demokratie. Auch für das kurdische Volk ist Demokratie notwendig. Daher schlage ich für die Kurden ein *Demokratisches Autonomes Kurdistan* vor. Für mich ist die Freiheit der Kurden innerhalb der bestehenden Grenzen und Staaten entscheidend. Demokratische Autonomie hat kein Problem mit dem Staat und seinen Grenzen. Man kann sie sich als eine Struktur vorstellen, in der das Lokale innerhalb des Staates seinen Ausdruck findet und in der die Kurden ihre Forderungen selbst, außerhalb der staatlichen Institutionen erfüllen. Dieses Modell enthält gleichzeitig das Ziel einer Demokratisierung, die sich gegen die inneren Spannungen der Kurden und ihre feudalen Relikte richtet.

Daher schlage ich für die Kurden ein *Demokratisches Autonomes Kurdistan* vor

Vor diesem gedanklichen und philosophischen Hintergrund unterbreite ich einmal mehr meine konkreten Lösungsvorschläge dieser Konferenz, auf der über die kurdische Frage diskutiert und nach Lösungen gesucht wird.

1. Die kurdische Frage sollte als grundlegende Frage der Demokratisierung behandelt werden, die kurdische Identität sollte gesetzlich und verfassungsmäßig garantiert werden. Ein bloßer Artikel in der neuen Verfassung mit dem Wortlaut „Die Verfassung der türkischen Republik erkennt die Existenz und den Ausdruck aller Kulturen auf demokratische Weise an“ würde diese Forderung bereits erfüllen.

2. Linguistische und kulturelle Rechte sollten gesetzlichen Schutz erhalten. Es sollte keine Beschränkung für Radio, Fernsehen und Presse geben. Kurdische und anderssprachige Sendungen sollten denselben Regeln und Institutionen unterliegen wie türkische Radio- und Fernsehsendungen. Auch für kulturelle Aktivitäten sollten die gleichen Gesetze und Prozeduren gelten.

3. Kurdisch sollte als Schulsprache in Grundschulen Verwendung finden. Jeder, der dies möchte, sollte sein Kind auf solchen Schulen einschulen können. Auf Gymnasien sollten Unterrichtseinheiten über kurdische Kultur, Sprache und Literatur als Wahlfach angeboten werden. An Universitäten hingegen sollten Institute für kurdische Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte eingerichtet werden.

4. Alle Hindernisse für die Meinungs- und Organisationsfreiheit sollten aufge-

hoben und sämtliche Bedingungen für freie politische Betätigung geschaffen werden. Auch bei Themen, die die kurdische Frage berühren, müssen diese Freiheiten ohne Einschränkungen gelten.

5. Die Parteien- und Wahlgesetze sollten demokratisiert werden und so garantiert werden, dass das kurdische Volk und alle demokratischen Kräfte sich nach eigenem Willen an der demokratischen Willensbildung beteiligen können.

6. Durch die Verabschiedung eines demokratischen Kommunalverwaltungsgesetzes sollte die Demokratie vertieft und ausgeweitet werden.

7. Das Dorfschützersystem und die illegitimen Banden, die sich im Staat eingenistet haben, müssen aufgelöst werden.

8. Die Rückkehr der während des Krieges aus ihren Dörfern unter Zwang vertriebenen Bewohner sollte erlaubt werden. Dafür sind die notwendigen administrativen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zu treffen. Daneben sollte eine Kampagne für wirtschaftliche Entwicklung gestartet und das Wohlstandsniveau der Kurden durch Anreize und andere Maßnahmen gehoben werden.

9. Es sollte ein *Gesetz für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Beteiligung* verabschiedet werden. Durch dieses Gesetz sollte den Mitgliedern der Guerilla, den Inhaftierten und allen, die ins Exil gehen mussten, ohne Vorbedingungen die Teilnahme am demokratischen, politischen Leben ermöglicht werden.

Wir müssen auch über sofortige Maßnahmen auf dem Weg zu einer Lösung sprechen. Ein *Demokratischer Aktionsplan* kann sofort implementiert werden. Ich halte es für besonders wichtig, dass *Wahrheits- und Gerechtigkeitskommissionen* aufgebaut werden. Wir sollten die auf beiden Seiten gemachten Fehler offenlegen, zugeben und die Wahrheit herausfinden. Nur so kann eine Verständigung erreicht werden. In Momenten, wo Staaten und Organisationen nicht weiterkommen, treten die Intellektuellen auf den Plan. In verschiedenen Ländern auf der Welt wie Südafrika, Nordirland und Sierra Leone gibt es derartige Erfahrungen. Sie übernehmen eine Art Schiedsrichterfunktion und zwingen beide Seiten auf gerechte Weise zum Frieden, zu einer Lösung. In solchen Kommissionen können Intellektuelle, Experten von Anwalts- und Ärztekammern und Wissenschaftler von Universitäten vertreten sein. Wenn wir an den Punkt des Niederlegens der Waffen kommen, so können die Waffen nur einer solchen Kommission übergeben werden. Eine solche Kommission sollte für Gerechtigkeit sorgen und Gerechtigkeit versprechen. Denn wem sollen wir die Waffen abgeben, wenn es keine Gerechtigkeit gibt?

Wir sollten die auf beiden Seiten gemachten Fehler offenlegen

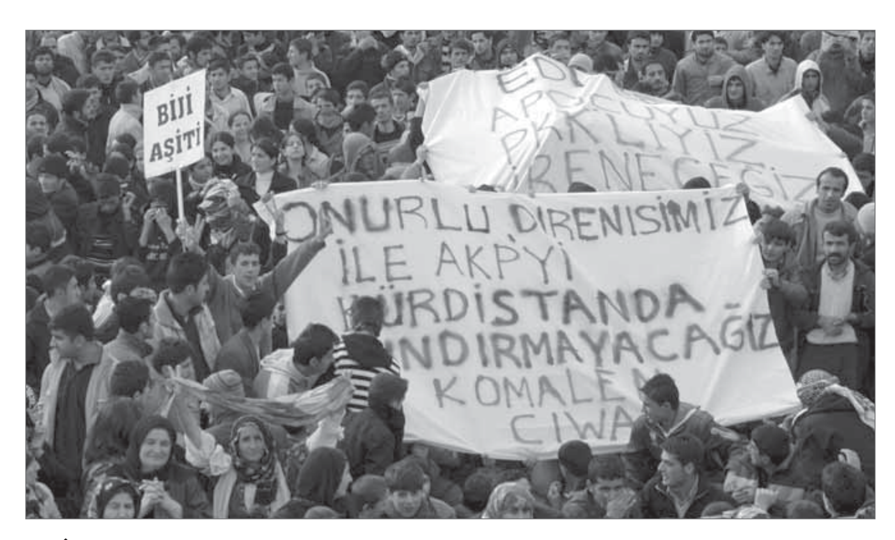
Der Beginn eines solchen praktischen Prozesses hängt vom Willen dazu und vom Dialog ab. Wenn es einen Dialog gibt, können wir einen Prozess ähnlich dem vorherigen unbefristeten Waffenstillstand einleiten. Ich erkläre ein weiteres Mal, dass ich in diesem Zusammenhang bereit bin, das Meinige zu tun. Ich kann die dafür nötige Entschlossenheit aufbringen. Die Regierung dagegen steht vor der Aufgabe, sich aufrichtiger als bisher zu verhalten und die Initiative zu ergreifen. Wenn sie nicht das Ihrige tut, wird in erster Linie sie für alles Negative verantwortlich sein, das nach diesem Prozess geschieht.

Wenn die Bemühungen um eine friedliche Lösung scheitern und die Friedensbemühungen der Tagespolitik, Machtkämpfen und Profitstreben geopfert werden, dann wird sich die Situation gegenüber heute noch einmal massiv verschlimmern. Dann entsteht ein Chaos, das uns alle verschlingen wird. Angesichts dieser Gefahr sollte man mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein an diesen Prozess herangehen.

Die Türkei muss endlich die Fähigkeit aufbringen, ihre eigene Realität, die kurdische Realität und die globalen Dynamiken zu erkennen und richtig zu analysieren. Jeder Staat, der sich der Realität verweigert, wird unweigerlich in eine Krise rutschen. Damit man in der Türkei als einem demokratischen und gerechten Land leben kann, muss man auf den Wunsch der Kurden nach Freiheit reagieren und der Tatsache ins Auge sehen, dass Gerechtigkeit und Freiheit nur existieren können, wenn sie gleich verteilt sind. Entscheidend ist letztlich, dass mutige Schritte unternommen werden, um dieses Land erfolgreich in einen dauerhaften Frieden zu führen.

Abdullah Öcalan
Einpersonengefängnis İmralı

Übersetzung aus dem Türkischen: Internationale Initiative – www.freedom-for-ocalan.com



„Êdî bes e" – Demonstration in Hakkari Foto: DIHA

Demokratische Autonomie

Kein Kurswechsel bei der DTP

Ersin Öngel, Journalist

Die DTP steht in letzter Zeit unter sehr starkem Druck. Zum einen ist sie Angriffsziel nationalistischer Kreise, zum anderen wird sie von Regierung, Generalstab, Opposition und Justiz massiv bedrängt, die PKK zu verurteilen. Auf ihrem Parteitag signalisierte die DTP, ihre bisherige Parteilinie beizubehalten. Nurettin Demirtaş, neuer Co-Vorsitzender, verwies in seiner Rede auf die Schlüsselrolle der „Demokratischen Autonomie" und die Notwendigkeit einer demokratischen Verfassung für die Lösung der kurdischen Frage. Er rief die linken Parteien dazu auf, gemeinsam eine demokratische Dachpartei zu gründen.

Der zweite Parteitag der *Partei für eine demokratische Gesellschaft* (DTP) fand am 8. November unter einem großen Polizeiaufgebot statt. Im Gegensatz zu früher, als Tausende Mitglieder am Parteitag teilnahmen, waren zum zweiten Parteitag nur Delegierte geladen. Neben den DTP-Abgeordneten und BürgermeisterInnen waren VertreterInnen von NGOs anwesend, als Gäste die ehemaligen DEP-Abgeordneten Hatip Dicle und Selim Sadak, der ÖDP-Vorsitzende Ufuk Uras, die SDP-Vorsitzende Filiz Koçali, der EMEP-Vertreter İlhan İlbay, der KADEP-Vorsitzende Şerefettin Elçi, für den Friedensrat Yavuz Önen sowie Abgesandte der Friedensmütter, von Göç-Der und dem *Rechtsbüro des Jahrhunderts*.

Der Parteitag und die Diskussionen waren bestimmt von der Resolution für eine „Demokratische Autonomie", die im Vorfeld auf dem Demokratischen Gesellschaftskongress in Diyarbakır verabschiedet worden war.

Co-Vorsitzender Demirtaş sandte in seiner Rede eine deutliche Botschaft an diejenigen Kreise, die die DTP unter Druck setzen, die PKK als „terroristisch" zu stigmatisieren. Die kurdische Frage sei das Hauptproblem der Türkei und müsse unbedingt gelöst werden. Er führte aus: „Der Wunsch der Völker, in Würde zusammenzuleben, darf in dieser Gewaltatmosphäre nicht abstumpfen. Im 21. Jahrhundert kann Gewalt weder eine Methode sein, sein Recht zu suchen, noch die Forderung nach mehr Rechten zu unterdrücken. Jede Mine und jede Bombe, die zum Einsatz kommt, explodiert in unseren Herzen. Diesen Schmerz fühlen nicht nur Mütter, die ihre Kinder im Krieg verloren haben, sondern Zehntausende türkische und kurdische Mütter, die täglich auf die Rückkehr ihrer Kinder warten. Ihre gemeinsame Sprache kann nicht Gewalt heißen."

Bulgarien-Lösung

Demirtaş unterstrich den Wunsch der Kurden nach einem friedlichen Zusammenleben, der auf dem Demokratischen Gesellschaftskongress erneut zum Ausdruck gekommen war: „Parteien, Universitäten, Akademiker und Intellektuelle sollten dieser Stimme Gehör schenken und sich für die Umsetzung dieses Wunsches einsetzen." Nach dem Hinweis auf die Schlüsselrolle der Demokratischen Autonomie und einer demokratischen Verfassung bei der Lösung der kurdischen Frage führte er das Beispiel Bulgarien an: „Die Bedingungen für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage werden erschwert. Für die Lösung könnte – wenn gewollt – das Beispiel Bulgarien den Weg weisen. In Bulgarien wurde das Problem friedlich im Rahmen einer demokratischen Verfassung gelöst, in der der türkischen Volksgruppe ihre Rechte zugestanden wurden. Zudem ist es Bulgarien innerhalb einiger Jahre gelungen, durch die EU-Tür zu schreiten, wo wir seit fünfzig Jahren auf den Eintritt warten. Wir sind als DTP bemüht, diese Probleme mittels Demokratischer Autonomie und Verfassung zu lösen. Unsere Politik ist nicht der traditionelle Versuch, den Staat zu vernichten, sondern zielt auf den gesellschaftlichen Frieden." Er kritisierte die Angriffe auf die DTP-Abgeordneten, die bei der Freilassung der von der PKK im Gefecht gefangen genommenen acht türkischen Soldaten vermittelt haben: „Ich möchte mich bei meinen KollegInnen herzlich dafür bedanken, dass sie dieses Risiko auf sich genommen haben, um diese ehrenvolle Aufgabe der Freilassung dieser Soldaten zu erfüllen." Damit unterstrich Demirtaş erneut, dass seine Partei auch in diesem Punkt kein Fehlverhalten sieht.

Appell für eine Dachpartei

Ein weiterer bedeutender Aspekt in der Rede von Demirtaş war sein Appell an linke Parteien, gemeinsam eine Dachpartei zu gründen. Er erklärte, sie betrachteten das Parlament als einen Platz, an dem Lösungen entwickelt werden, aber seine Partei sehe sich mit einem unvorstellbaren Mangel an

Akzeptanz konfrontiert. Mit den Worten „Wir werden auch weiterhin gemäß unserer Verantwortung dafür arbeiten, dass das Parlament und die Parteien eine Reife demokratischer Kultur erreichen“, signalisierte er den Wunsch nach Zusammenarbeit. Im Hinblick auf die Demokratie- und Friedenskräfte führte er aus: „Gegen die Angriffe des globalen Kapitals und seine Kriege und Zerstörungen sowie gegen die Perversität seiner Kollaborateure in unserem Land müssen wir ohne Verzug eine Dachbewegung gründen.“ Bei der Wahl am 22. Juli sei das Fehlen einer solchen gemeinsamen Organisation schmerzlich zu spüren gewesen.

Die stellvertretende Co-Vorsitzende Selma Irmak begrüßte die Anwesenden und ging auf die kritische aktuelle politische Lage in der Türkei ein, welche durch die Stärkung der Demokratie zu überwinden sei. Man wolle ihre Partei zum Schweigen bringen, aber sie würde nicht schweigen. Die DTP sei eine Partei der Türkei und die von ihr geäußerten Forderungen seien die Forderungen der Völker in der Türkei.

Türkisch-kurdische Beziehungen

Der Fraktionsvorsitzende und ehemalige Co-Vorsitzende der DTP, Ahmet Türk, und die ehemalige zweite Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk übten Selbstkritik: „Wir haben unsere Aufgabe nicht ausreichend erfüllen können.“ Während Frau Tuğluk ebenfalls auf die aktuelle politische Lage einging, verwies sie darauf, dass die kurdische Frage eine strategische Ebene erreicht habe. Das Republikregime mit seinem an die Nation angelehnten System unterdrücke die Kurden. „Die Regierung sollte auf dem Weg in die EU eine effektive demokratische Haltung gegenüber der kurdischen Frage entwickeln.“ Sie fuhr mit Kritik an den USA fort und warf ihnen Pragmatismus und eine unklare Politik gegenüber den Kurden vor. Sie unterstrich erneut ihre Überzeugung, dass die kurdische Frage nicht mit kurdischem Nationalismus, sondern mit demokratischer Kurdenpolitik gelöst werden könne und daher eine neue türkisch-kurdische Beziehungsstrategie notwendig sei. Die Existenz der DTP-Fraktion beende das bisherige Fehlen eines Ansprechpartners in der kurdischen Frage und stelle eine Chance dar, so Tuğluk.

Vorschlag für eine Dachpartei positiv aufgenommen

Ufuk Uras, ÖDP-Vorsitzender, signalisierte Interesse seiner Partei an der Fortsetzung des gemeinsamen Ganges mit der DTP hin zu einer demokratischen Verfassung und bei den bevorstehenden Kommunalwahlen: „Wenn heute an der Vernichtungs- und Verleugnungspolitik festgehalten wird, so müssen wir sagen ‚Wir sind alle Kurden, wir sind alle DTPler'.“

Der EMEP-Vertreter İlhan İlbay äußerte zum Vorschlag einer Dachpartei: „Es ist unsere Verpflichtung, unseren gemeinsamen Kampf in einer Dachpar-



100 000 Menschen kamen in Amed zur Demonstration „Êdî bes e“ – Es reicht Foto: DIHA

tei zu vereinen.“ Die SDP-Vorsitzende Kocali und der Friedensrat-Vertreter Yavuz Önen hingegen erklärten ihre Solidarität mit der DTP im Kampf für den Frieden. Dies wurde von den Delegierten mit Applaus begrüßt.

Zustimmung zu Demokratischer Autonomie

Auf dem Parteitag wurde die Resolution für eine Demokratische Autonomie, auch als das politische Grundsatzdokument der Kurden bezeichnet, welche die rote Linie ihrer nicht verhandelbaren Grundsätze festlegt und vom Demokratischen Gesellschaftskongress in Diyarbakır ausgearbeitet worden war, verlesen und einstimmig angenommen. Dieses Dokument beinhaltet Lösungsansätze für die kurdischen Frage, Reformvorschläge für den Bereich der Politik und Verwaltung sowie Lösungsansätze für die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes. Demokratische Autonomie sieht die Stärkung der Lokalität, die Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungen sowie Regionalparlamente vor. Das Dokument befürwortet anstelle einer ethnischen und territorialen Autonomie regionale und lokale Strukturen, in denen sich kulturelle Unterschiede frei artikulieren und entwickeln sollen. In dem Dokument wird gefordert, dass die Aussage „Alle Kulturen können auf demokratischer Basis ihre Existenz wahren und sich frei artikulieren“ in die neue Verfassung aufgenommen wird. Weiter wird die Aufhebung aller Hindernisse für die kurdische Sprache sowie die Abwandlung der „türkischen Nation“ in die „Nation der Türkei“ gefordert. Alle Angelegenheiten außer Finanzen, nationale Verteidigung, Rechtssystem und Außenpolitik sollen in die Zuständigkeit regionaler Parlamente fallen. Außerdem ist auch ein Aktionsplan für eine gefechtsfreie Atmosphäre enthalten. Die Verfassung solle, so die Resolution, die Lösung der kurdischen Frage, die Frage der Vermittlung, die Entwicklung der Beziehungen zu EU, USA und Kurdischer Föderalregion im Irak beinhalten. Eine Arbeitsgruppe wird ebenfalls vorgeschlagen, bestehend aus VertreterInnen der NGOs und demokratischen Massenorganisationen.

Neue Phase bei der DTP

Die DTP will mit diesem Dokument für eine Demokratische Autonomie eine neue Ära in der kurdischen Politik eröffnen. Sie gibt damit auch die Antwort auf die Frage „Was wollen die Kurden?“. Zwar ist noch nicht abzusehen, inwieweit dieser Vorschlag vom politischen System in Ankara wahr- und angenommen werden wird, aber er trägt sicherlich dazu bei, die Politik der Kurden zu verdeutlichen. Folglich wird die Politik der DTP-Fraktion sicherlich aufmerksam verfolgt werden. Der Führungswechsel bei der DTP weist Parallelen zur Kriegsphase auf, d. h. zeitweise können von der DTP-Zentrale scharfe Erklärungen zu erwarten sein. Das ist notwendig, um die eigene Basis erneut zu organisieren und den Entwicklungen entsprechend vorzubereiten. So werden im März 2009 Kommunalwahlen stattfinden. Die DTP will die Städte Siirt, Bingöl, Van und Ağrı zurückgewinnen, die sie 2004 an die AKP verloren hatte. Schon jetzt ist ein kalter Krieg zwischen AKP und DTP um die Stadt Diyarbakır zu beobachten. Die DTP-Fraktion beabsichtigt, auf parlamentarischer Ebene eine „gemäßigte” Linie zu verfolgen. Von ihr wird erwartet, im Parlament für die Lösung des Problems zu werben und zu arbeiten. Darüber hinaus soll sie die Belange der nicht im Parlament vertretenen linken demokratischen Öffentlichkeit, von Gewerkschaften, Berufsverbänden, Frauen repräsentieren, dafür zielt sie auf die Gründung einer breiten demokratischen Plattform ab. ♦

Neuer Lösungsvorschlag: Demokratische Autonomie

Ziele des Programms:

Sieht eine tiefgründige Reform vor, mit der die politische und administrative Struktur demokratisiert werden soll.

Die Problemlösungsmethodik geht von der Philosophie aus, die Lokalität zu stärken und die Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Bevölkerung auszuweiten.

Zur Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse sind ihre demokratische Beteiligung sowie das parlamentarische System lokaler Einheiten zu entwickeln.

Statt für eine Autonomie auf der Grundlage von „Ethnie“ und „Territorium“ setzt es sich für eine regionale und lokale Konstruktion ein, in der sich kulturelle Unterschiede frei artikulieren können.

„Fahne“ und „Staatssprache“ gelten für die gesamte „Nation Türkei“. Jede Region und autonome Einheit sollte ihre eigene demokratische Selbstverwaltung mit eigener Symbolik begründen können.

Die Lösung der Probleme ist nicht nur in der Veränderung des Staatssystems zu suchen, sondern die Eigenkompetenz der Gesellschaft sollte ebenfalls zur Grundlage gemacht werden.

Während in der politischen und administrativen Struktur der Türkei Änderungen vorgesehen werden, wird vor allem die Analyse des demografischen Aufbaus der Türkei einschließlich der dafür notwendigen Schritte als notwendig erachtet.

In diesem Dokument werden auch die ökonomischen und politischen Ziele geklärt. In diesem Rahmen soll die Nutzung ökonomischer Quellen auf der Behebung regionaler Ungleichheiten basieren, dabei die regionale Initiative im Vordergrund stehen.

Unter dem Titel Sozialpolitik wird im Dokument auf den Fluchtfaktor vor allem in der Region hingewiesen und ein Programm zur Behebung und Entschädigung der Fluchtfolgen vorgeschlagen. Während konkrete Schritte zur Rückkehr in die Dörfer aufgelistet werden, wird auch die Auflösung des Dorfschützersystems sowie die Entminung der Grenzregion empfohlen, um das Gebiet für die Landwirtschaft öffnen zu können.

Demirtaş: Eine Lösung von innen heraus und nicht von außen!

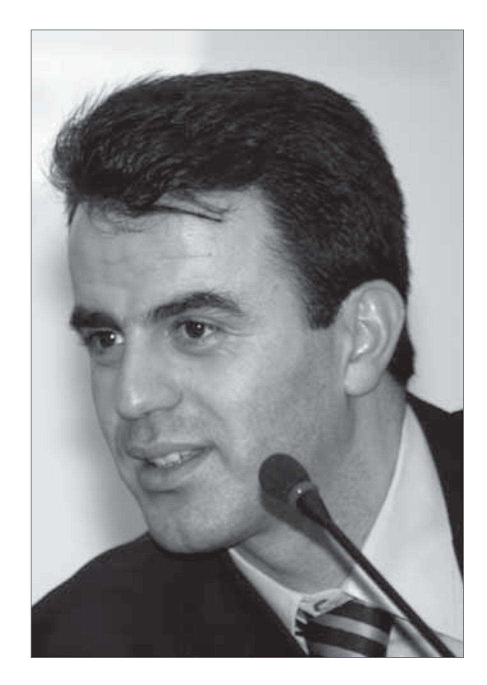
Autonomie bedeutet nicht Separatismus

İlhami Vural im Gespräch mit Nurettin Demirtaş, DTP-Co-Vorsitzender

Das Projekt der „Demokratischen Autonomie", das Sie am 8. November auf Ihrem Parteitag angesprochen haben, hat bereits viel Wirbel ausgelöst, obwohl viele sich darunter nicht recht etwas vorstellen können. Was ist das genau?

Weil wir diesen Begriff nur politisch behandeln, tritt der eigentliche Sinn nicht klar hervor und führt zudem zu ganz falschen Diskussionen. Vielleicht sollten wir ihn in Zukunft zuerst viel akademischer angehen.

In östlichen Gesellschaften wird dem Individuum keine entsprechende Bedeutung beigemessen, der Staat zählt alles. Folglich herrscht in unserem Umfeld eine Tradition, die den Willen des Individuums negiert, sogar innerhalb der Familie ist es wie gefangen. Sie werden gemerkt haben, dass ich mit östlichen Gesellschaften nicht nur die Türkei meine. Wenn wir die Familienrealität in östlichen Gesellschaften analysieren, so ist darin unschwer die Projektion des Staates zu erkennen. Im Endeffekt haben wir keine andere Wahl, als die europäische Aufklärung von vor 300 Jahren unserer Gesellschaft anzupassen. Führen wir die Autonomiediskussionen anhand der Familie, so denke ich bleibt nichts unverständlich. Wenn wir von Autonomie sprechen, meinen wir nicht die Autonomie der Kurden, sondern eine genau für solche Arten von Problemen. Das Individuum sollte gegenüber der Familie und der Gesellschaft seine Eigenständigkeit bewahren können. Gruppen sollten gegenüber anderen größeren Gesellschaftsformen und Systemen ihre Eigenständigkeit wahren können. Die Frau wird unterdrückt. Ihr einziger Ausweg besteht darin, ihre Eigenständigkeit zu erlangen. Auch unterschiedliche Glaubensrichtungen, Kulturen, Gesellschaften und Volksgruppen müssen ihre Selbstständigkeit gegenüber der herrschenden Kultur wahren können. Autonomie bedeutet nicht Trennung. Im Gegenteil, es bedeutet ein glückliches und freies Miteinander. Das ist die Hauptphilosophie unserer Auffassung. Wir lehnen folglich auch monistische politische Haltungen ab, die sich auf eine Rasse, eine Sprache und eine Religion stützen, und schlagen ein pluralistisches System vor.



Nurettin Demirtaş Foto: A. Bender

Unser Vorschlag zur Verwaltung bedeutet nichts anderes als die Stärkung der kommunalen Ebene. Wir denken, dass die Macht sich nicht in einem Zentrum konzentrieren und sammeln, sondern den lokalen Verwaltungen und direkt dem Volk überlassen werden sollte. Das fordern wir nicht nur für die Kurden. Wenn es uns gelingen sollte, dieses Projekt angemessen und ernsthaft diskutieren zu können, wird erkannt werden, dass dieser Vorschlag eine stabile philosophische und politische Basis hat. Wir werden versuchen, diese Diskussionen noch konstruktiver zu führen. Wir denken, dass dafür in der Türkei ein entsprechendes intellektuelles Potential vorhanden ist.

Glauben Sie, ausgehend von der realpolitischen Ebene, dass der Vorschlag angenommen und diskutiert werden wird?

Aus der Geschichte des Mittleren Ostens lässt sich eine verschlungene gesellschaftliche Struktur erkennen. Die gegenwärtige Landesgrenze widerspricht vollkommen der gesellschaftlichen Realität der Region. Von diesem Ausgangspunkt lässt sich eher erfassen, wie das politische System auszusehen hat. Die Lösung für miteinander verflochtene Gesellschaften liegt nicht allein im Nationalstaat. Warum sollte ein konföderales System, das dieser regionalen Vielfältigkeit entspricht, nicht angedacht werden? Zwischen der Demokratischen Autonomie und einem auf die gesamte Region angewandten konföderalen System besteht kein Unterschied. Wir können es auch Demokratische Autonomie-Struktur des Mittleren Ostens nennen. Zwischen diesem System und den Nationalstaaten, mit denen die Gesellschaften sich voneinander lossagen, bestehen gravierende

Unterschiede. Demokratische Autonomie spaltet nicht.

Welches Gewicht wird die Demokratische Autonomie, die in der politischen Positionierung beinhaltet ist, für das zukünftige politische Programm der DTP haben?

Die Vorarbeit für dieses Dokument wurde auf dem Demokratischen Gesellschaftskongress in Diyarbakır geleistet, einer Versammlung mit 600 TeilnehmerInnen, an der neben der DTP auch andere unterschiedliche Kreise teilgenommen haben. Dort wurde er mit den Stimmen der Delegierten, die sich aus annähernd 30 InstitutionsvertreterInnen und zu mehr als der Hälfte aus Volksdelegierten zusammensetzten, angenommen. Folglich war der Beschluss für die Demokratische Autonomie der Beschluss des Volkskongresses. Mit der aus diesem Volkskongress gezogenen Kraft haben wir diesen Beschluss auf unseren Parteitag getragen, diskutiert und mit den Stimmen der Delegierten dieses Programm angenommen. Weil es dort verabschiedet wurde, ist es auch für unsere Parteiorgane bindend. Folglich wird sich unsere Partei in diesem Sinne politisch betätigen.

Ihre Partei ist auch im türkischen Parlament vertreten. Dort werden Gesetze verabschiedet, die die Kommunalverwaltungen und andere soziale und politische Themen betreffen. Wird die Haltung Ihrer Partei in den entsprechenden Ausschüssen und Sitzungen vom Programm der Demokratischen Autonomie bestimmt werden?

Ja, natürlich. Unsere Politik wird bestimmt sein von den Annäherungsweisen, die wir unter der Überschrift Demokratische Autonomie aufgelistet haben. Dies gilt nicht nur für das Parlament, sondern auch für alle anderen Bereiche, wie z. B. unsere Beziehungen zu Zivilgesellschaft, demokratischen Organisationen und Einrichtungen.

Im Hinblick auf sowohl Ihre Person als auch die DTP wird davon ausgegangen, dass die Zukunft härter und angespannter werden wird. Wie bewerten Sie das, und was wird anders werden in der Politik der DTP?

Wir beteiligen uns natürlich nicht an diesen öffentlichen Diskussionen. Sie finden außerhalb von uns statt. Mit unserem Parteitag arbeiten wir an der Parteiwerdung, weil noch nicht die Rede davon sein kann, dass wir sie abgeschlossen hätten. Diese Phase wird anhalten, aber ich kann sagen, dass es uns gelungen ist, eine starke Basis zu schaffen. Politische Themen, die wir programmatisch vertreten werden, sind klargestellt worden. In dieser Hinsicht war die These der Demokratischen Autonomie richtungsweisend. Selbstverständlich werden noch weitere Diskussionen dazu nötig sein. Aber die Debatten über „Falken und Tauben“ werden woanders geführt und entsprechen auch nicht unserer Realität. Natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen innerhalb unserer Partei und das ist auch normal. Aber es gibt keine Differenzen über die politischen Grundprinzipien. Unser Parteitag hat das politische Dokument, das die Prinzipien der Demokratischen Autonomie beinhaltet, angenommen und folglich ist es für uns alle verbindlich. Es hat institutionelle Bedeutung. Die Partei wird weder durch den Stil noch durch die Haltung von Personen gemäßigter oder radikaler. Diese Diskussionen werden wie gesagt losgelöst von uns und zum Teil mit Absicht geführt.

USA, kurdische Regierung und Türkei

Es heißt, die beschädigten Beziehungen zwischen der Türkei, der Föderalregierung Kurdistans und den USA bildeten sich auf der Grundlage des türkischen Vorhabens grenzüberschreitender Operationen neu. Die Türkei habe nach dem Besuch Erdoğans in den USA das Bündnis zwischen den USA und der Föderalregierung Kurdistans akzeptiert. Teilen Sie diese Meinung? Wenn ja, wie wird sich das auf die Politik der DTP auswirken?

Wir sind der Meinung, dass die Irakpolitik der Türkei sich von Anfang an auf eine falsche Strategie stützte und dies noch immer tut. Der erste Fehler war, die im Irak gegründete Föderalregierung nicht zu akzeptieren. Es ist keine Entwicklung, die die Türkei bedroht. Die Klärung des Status quo im Irak, die Beendigung der Auseinandersetzungen dort und den Status, den die Kurden im Irak erreicht haben, sollten wir richtig einordnen können. Wenn es zwischen der Türkei, den USA und den *[kurdischen]* Kräften im Süden einen Konsens geben sollte, so müssen wir sehen, auf welcher Grundlage dieser erreicht wurde. Beruht er darauf, dass die Türkei die neue Situation akzeptiert, die Existenz dieser Regierung sowohl diplomatisch als auch politisch für legitim erachtet, oder soll diese Beziehung gegen die Kurden in der Türkei benutzt werden.? Die Frage sollte beantwortet werden, warum ein Föderativgebilde im Nachbarland eine Drohung für die Türkei darstellt. Wenn die Türkei im eigenen Land die kurdische Frage nicht löst, mit den eigenen Kurden nicht versöhnt ist, wird jede Entwicklung für die Kurden außerhalb der Türkei eine Drohung darstellen. Folglich muss sich die Türkei mit ihren eigenen Kurden aussöhnen. Nur so wird es für sie keine Bedrohung von außen geben und die Haltung gegenüber der Türkei wird sich ebenfalls ändern.

Wenn aber dieser Konsens zwischen Türkei, USA und Föderalregierung gegen die Kurden in der Türkei gerichtet sein soll – wir hoffen, dass dem nicht so ist –, wird sich das unmittelbar auf den Irak auswirken. Dort wird die gegenwärtige Struktur nicht gesichert sein, wenn die Türkei mit den eigenen Kurden nicht versöhnt ist und hier die Auseinandersetzungen weiter anhalten. Es ist eine Realität, dass die technisierte Welt ein Gebilde gegenseitiger Beeinflussung errichtet hat, aus der sich kein einziges Land heraushalten kann. Auch wir können uns dieser Realität nicht entziehen. Aus diesem Grunde müssen wir erreichen, dass die Türkei ihre Strategie auf die Aussöhnung mit den eigenen Kurden anlegt.

EU blockiert

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Situation der DTP im Parlament. Vor allem aus EU-Kreisen war zu hören: „Mit den Kurden im Parlament wird die demokratische Lösung in den Vordergrund treten und in dieser EU-unterstützten Phase könnte die kurdische Frage auf friedlicher Basis gelöst werden.“ Hegen Sie eine solche Hoffnung? Inwieweit wird das Ihre Beziehung zur EU bestimmen?

Entwicklungen im Mittleren Osten losgelöst von EU und USA sind unvorstellbar, so wie sie nicht unabhängig von Kurden und von der Dynamik in der Türkei vorstellbar sind. Im Hinblick auf demokratische Lösungen sollte es als Chance gesehen werden, dass wir im Parlament sind. Sowohl die Vernunft gebietet es als auch die Realpolitik. Aber bestimmte Annäherungsweisen, allen voran die der EU, sind einer solchen Entwicklung nicht dienlich. Die EU ist nicht der Ansicht, dass unsere Vertretung im Parlament beachtenswert und über uns eine demokratische Öffnung anzustreben wäre.

EU will eigene Kurden schaffen

Gab es diplomatische Kontakte mit EU-Staaten, um Unterstützung für eine demokratische Lösung zu finden und auf die Chancen hinzuweisen?

Natürlich. Wir würden eine solche Bewertung nicht abgeben, wenn es diese Kontakte nicht gäbe. Unsere Einschätzung der EU ist nicht abstrakt, sondern konkret. Die EU beabsichtigt nicht, der Türkei behilflich zu sein. Dabei drängt sich einem sogar der Gedanke auf, ob in diesem Punkt nicht ein strategischer Wandel stattgefunden hat. Die EU, einzelne EU-Staaten sind bemüht, ihre eigenen Kurden hervorzubringen. Klappt das nicht, wird nicht die Entstehung einer demokratischen Entwicklung unterstützt, sondern vielmehr nach umfassender Kontrolle gestrebt. Aus diesem Grunde möchte ich an dieser Stelle klar zum Ausdruck bringen, dass die Politik der EU nicht vertrauenswürdig ist und überdacht werden sollte. Während sie einerseits von der Türkei Schritte zur Demokratisierung fordert, nimmt sie auf der anderen Seite eine Haltung ein, mit der die Demokratisierung regelrecht verhindert wird.

Politikverbot für 150 000 DTPler gefordert

Der Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalçınkaya hat im Verbotsverfahren gegen die DTP nicht nur gegen 221 Führungskräfte der DTP, sondern gegen alle registrierten Mitglieder der Partei ein fünfjähriges politisches Betätigungsverbot beantragt. Wenn das Verfassungsgericht die staatsanwaltschaftliche Forderung annimmt, dürfen die ca. 150 000 DTP-Mitglieder weder Mitglied einer anderen Partei werden noch bis zum Abschluss des Prozesses bei Wahlen als unabhängige Kandidaten kandidieren.
In der Begründung Yalçınkayas werden neben Erklärungen von 221 Führungskräften der DTP und Auszügen aus Gesprächsprotokollen von Verteidigergesprächen Abdullah Öcalans auch ein von einem DTP-Provinzverbandsvorsitzenden auf Kurdisch geschriebener Brief an Ministerpräsident Erdoğan, der Brief aller DTP-Bürgermeister an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen zum Thema Roj TV sowie die Rolle dreier DTP-Abgeordneter bei der Übergabe der acht von der PKK gefangenen genommenen Soldaten der türkischen Armee aufgeführt.

Quelle: Radikal, 18.11.2007, ISKU

Sie haben auf Ihrem Parteikongress eine Dachpartei für die Demokratisierung der Türkei vorgeschlagen. Gibt es dafür bereits Vorbereitungen? Inwieweit ist Ihr Vorschlag unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen überhaupt realistisch?

Wir sind der Meinung, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte der politischen Parteien in der Türkei ein neues Parteimodell entwickeln können. Darauf sind wir aus. Auf unserem Parteitag haben wir die Notwendigkeit einer solchen Arbeit bekundet und erklärt, dass wir daran teilnehmen werden.

Es gab natürlich Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen, bis dieser Vorschlag formuliert wurde, vor allem mit den Kräften, mit denen wir zur Wahl am 22. Juli angetreten waren. Es ist nicht nur unser Vorschlag, daher werden wir gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften eine solche Dachorganisation aufzubauen versuchen. Das wird auch ein Thema unserer zukünftigen Arbeit sein. Wir werden alles in unserer Macht Stehende für die Umsetzung unternehmen. Wir sprechen von einer Struktur, an der sich alle Kräfte, die für die Demokratie eintreten, mit ihren Eigenheiten beteiligen können, ohne sich auflösen zu müssen. Wir denken, das könnte sich als eine Dachbewegung entwickeln, aber nicht gleich damit beginnen. Wir haben die Sorge, wenn es überstürzt wird, bleiben die Bemühungen ergebnislos. Mit einer basisorientierten, auf alle demokratischen Kreise ausgeweiteten Herangehensweise kann eine demokratische Dachbewegung entwickelt werden. Das würde Begeisterung auf die Tagesordnung der Türkei bringen. Außerdem hat die Wahl am 22. Juli die Notwenigkeit einer solchen Struktur gezeigt. Daher denken wir, dass sie sich als erstes als eine Dachbewegung entwickeln sollte, die selbst entscheidet, was sie will, ob sie sich zu einer Partei formen will oder nicht.

Allgegenwärtiges Lynchklima

Dann ist die Zielgruppe für diesen Appell weniger die politische Parteienlandschaft als der Zivilgesellschaftsbereich?

Ja, der Vorschlag betrifft nicht nur politische Parteien, sondern alle Kräfte, die für die Demokratie sind.

Parallel zu den Diskussionen um eine grenzüberschreitende Militäroperation ging es auch um die Lynchkultur auf der Straße. Der Generalstabschef sagte, dass er mit einem Fuß ständig auf die Bremse getreten habe, damit es nicht so weit komme. Wie bewerten Sie diese Äußerung? Welche Strategie verfolgt Ihre Partei gegen diese Gefahr?

Diese Erklärungen sollen nicht zur Entspannung beitragen, sondern anstacheln. In der Praxis haben wir gesehen, dass sie Lynchversuche nicht verhindern. Innerhalb einiger Monate wurde allein unsere Partei Ziel von Hunderten Angriffen, und das vor den Augen der Öffentlichkeit. Diese Attacken gab es auch in anderen Ländern wie Russland oder in unterschiedlichen EU-Ländern. Es wird der Eindruck erweckt, als würde eine Wahrscheinlichkeit für Lynchversuche bestehen, die verhindert werden sollen, dabei sind sie allgegenwärtig. Wenn diese Äußerungen im Zusammenhang der Entwicklungen gesehen werden, so heißt es eigentlich: „Wenn wir unseren Fuß von der Bremse nehmen, wird es noch größere Massaker geben." Rufe ich daneben eine andere Erklärung des Generalstabschefs in Erinnerung: „Wir werden ihnen Schmerzen zufügen, die sie sich nie erträumt haben.", dann werden nach den Lynchangriffen absolute Massaker angedroht. Diese Art von Erklärungen ist unglücklich. Wir können für uns sagen, dass nicht nur ein Fuß auf der Bremse steht, sondern wir mit aller Kraft auf die Bremse treten, anstatt mit dem anderen Gas zu geben. Wir reagieren höchst sensibel und konzentrieren uns nur auf die Bremse. Die Atmosphäre sollte entspannt werden. Aber die Ausführungen des Generalstabschefs dienen nicht dieser Absicht, vielmehr verstehen wir sie als ein Teil des Konzeptes. Wir hoffen, dass nicht irgendwo auf den Knopf gedrückt wurde, um die DTP aus dem Parlament auszuschließen, sie zu verbieten und somit außerhalb der politischen Phase zu drängen. Die Entwicklungen scheinen darauf hinauszulaufen.

Wie werden Sie sich verhalten, wenn das wirklich eintreten sollte?

Schauen Sie, trotz all dieser Angriffe haben wir es als DTP bewusst vermieden, unsere Basis auf die Straßen zu mobilisieren. Wir haben versucht, mit gesundem Menschenverstand zu handeln und werden das auch in Zukunft tun. Wir bekommen Drohbriefe und auch manche, die zur Vergeltung aufrufen. Mit denselben Methoden zu antworten, kann nicht die Sprache von Demokratie und Lösung sein. Wenn wir an unserer bisherigen Haltung festhalten, werden diese Angriffe sowieso ins Leere laufen. Wenn sie aber anhalten und mit der Zeit auf eine höhere Ebene gehoben werden sollten – die Entwicklungen gegen unsere Abgeordneten und Funktionäre gehen in den letzten Tagen systematisch weiter, Lebenssicherheit ist nicht mehr gegeben –, könnten wir gezwungen sein, die Lage neu zu bewerten.

Der ehemalige DTP-Vorsitzende Ahmet Türk sagte: „Wenn nötig, werden wir das Parlament verlassen und nach Hause gehen." Was meinen Sie damit: eine neue Bewertung?

Wir haben noch keine konkreten Ergebnisse und noch keine klare Entscheidung, dass wir das Parlament verlassen werden, wenn die Angriffe anhalten, denn jeder Beschluss von uns wird in der türkischen Öffentlichkeit als Drohung aufgefasst. Das ist nicht unsere Absicht. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass zur Selbstverteidigung und auch zur Verteidigung der Demokratie andere Methoden entwickelt werden. Aber das wird nicht Gewalt gegen Gewalt oder Lynchjustiz gegen Lynchjustiz sein, solchen Eindruck werden wir verhindern. Ich will auch unterstreichen, dass wir solche Methoden nie gutheißen. Aber wenn die Bedingungen sich zuspitzen, d. h. uns die Möglichkeiten, politisch zu agieren, vollkommen versperrt werden sollten, wäre das eine erhebliche Respektlosigkeit gegenüber dem Willen des Volkes. In so einer Situation werden wir natürlich unsere Leute fragen, mit ihnen diskutieren. Wir werden nirgendwo rausgehen, diesen Luxus haben wir nicht. So wie wir nicht allein beschlossen haben, hier herzukommen, so werden wir auch nicht allein entscheiden, was wir machen werden, wenn die Lage sich nicht verbessert.

Die kurdische Regierung sollte keine Fehler machen

Die kurdische Regionalregierung im Süden legt ihre politische Linie fest, indem sie strategische Interessen und Erwägungen der USA und der Türkei berücksichtigt. Die DTP spielt in diesem Kräfteverhältnis eine kritische Rolle. Wie sieht Ihre Strategie aus in dieser politischen Gleichung? Wie sehen Sie die Regionalregierung und was sind die Prinzipien Ihrer Beziehungen?

Wir erachten die Föderalregierung als legitim. Wenn sie keinen großen Fehler macht, kann sie im kurdischen Namen wichtige Errungenschaften erzielen. Sie kann mit ihren Beziehungen zu den USA und der Türkei zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage in der Türkei beitragen. Die Allianz sollte auf dieser Grundlage aufgebaut werden. Wir denken, dass sie sich von allem zurückhalten sollte, was der Einheit und der Annäherung der Kurden untereinander schaden könnte. Das bedeutet aber nicht eine kurdische Einheit, bei der die Grenzen angetastet werden. Wir kümmern uns nicht um die Grenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Probleme der Kurden in allen Ländern, in denen sie leben, innerhalb der bestehenden Grenzen mit demokratischen Methoden gelöst werden. Alle diplomatischen und politischen Beziehungen sollten sich auf die Legitimität der dortigen Regierungen stützen und dazu dienen, dass die kurdische Frage in der Türkei friedlich gelöst wird. ♦

ANF, Ankara, 13.11.2007

Die dritte Stufe des internationalen Komplottes wird umgesetzt

Unsere Bewegung streitet vom ersten Tag an für die Freiheit ...

Interview mit Cemil Bayık, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivrates der KCK

In der Tageszeitung *Yeni Özgür Politika* erschien vom 20. bis 23. November 2007 eine Interviewserie mit Cemil Bayık, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivrates der KCK, befragt vom Journalisten Azad Erdal. Sie behandelt die Pläne der USA, der Türkei und der südkurdischen Parteien KDP und PUK gegenüber der PKK und gibt die Haltung der PKK wieder. Im Folgenden eine gekürzte und redaktionell überarbeitete Fassung dieses Interviews:



Cemil Bayık Foto: YÖP

Der türkische Staat ist im In- und Ausland sehr darum bemüht, die PKK und die kurdische Frage vollkommen zu „lösen". Welche Erfolgschancen hat die Türkei bei ihrem Vorhaben?

Es ist zu beobachten, dass die Spezialkriegsabteilung der Türkei sehr bestrebt ist, die PKK zu vernichten und auf dieser Grundlage die kurdische Frage zu lösen. Die grenzenlose Organisierung von Chauvinismus und Nationalismus in der Türkei wird von dieser Abteilung aus koordiniert. Sie wurde durch die USA zur Zeit des Kampfes gegen den Sozialismus und die linken Bewegungen in der Türkei gegründet und arbeitete mit allen Mitteln. Nun ist diese Abteilung mit der Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung beauftragt. Wie damals ist ihr auch heute jedes Mittel bei ihrem Vorhaben recht. Die eigentliche Politik der Türkei wird von dieser Abteilung aus gelenkt.

Während sie im Inland Hass, Gräuel und Feindschaft schürt, um die Kurdinnen und Kurden einzuschüchtern und um die PKK zu vernichten, wirbt sie im Ausland um internationale Unterstützung. Zu diesem Zwecke macht das Außenministerium der Türkei international viele Staatsbesuche und führen Gespräche und Verhandlungen. Wobei zahlreiche Zugeständnisse gemacht wurden. Infolge dieser Bemühungen verzichtet die Türkei sogar auf die Politik, auf der sie sehr lange beharrte. In diesem Zusammenhang ist in letzter Zeit eine Annäherung der Türkei an die von den USA für den Mittleren Osten vorgesehene Politik zu beobachten. Die Verhandlungen und Gespräche der Türkei sind nicht nur auf USA und EU begrenzt, sondern umfassen auch alle möglichen anderen Kräfte im Mittleren Osten.

Die jüngsten Stellungnahmen nach diesen Staatsgesprächen zeigen, dass die Türkei einen gewissen Erfolg mit ihren Erpressungen, Drohungen und Verhandlungen erzielt hat. So erklärte US-Präsident Bush nach seinem Gespräch mit Erdoğan die PKK ebenfalls zum Feind der USA und des Irak. Des Weiteren sagte er der Türkei die Weitergabe von geheimdienstlichen Informationen zu und sprach sich für einen Mechanismus aus, mit dem ein ständiger Austausch der Militärführungen beider Länder gewährleistet sein und in den auch

US-Irakkommandeur David Petraeus eingebunden werden soll. Zum Nachteil der kurdischen Freiheitsbewegung wurden in diesem Gespräch einige Beschlüsse gefasst und gegenseitig einige Forderungen akzeptiert. So wird die Türkei nicht mehr zur Instabilität des Irak und Südkurdistans beitragen. Sie wird auch nicht mehr die *Demokratische Partei Kurdistans* (KDP) und die *Patriotische Union Kurdistans* (PUK) angreifen, sondern sich ausschließlich gegen die PKK richten. Im Gegenzug wird die USA den Irak, die KDP und die PUK dazu bringen, die Türkei bei der Vernichtung der PKK zu unterstützen. Diese Übereinkunft ist offensichtlich.

In den letzten Monaten ist erneut eine chauvinistisch-nationalistische Welle in der Türkei zu beobachten. Was ist der Grund für diesen Hass und diese Gräuel des türkischen Staates?

Die USA versuchen gemäß den Interessen der neuen Etappe des Kapitalismus, den Mittleren Osten neu zu gestalten. In diesem Zusammenhang wollen sie die Strukturen, die sich am Status quo des letzten Jahrhunderts orientieren, sowie Staaten, die am Nationalstaat festhalten, schwächen. Und sie wollten der Türkei nach ihrem Verständnis und ihren Interessen einen Platz in der neuen Gleichung des Mittleren Ostens einräumen.

Die Türkei aber hat sich dem aufgrund ihrer Verleugnungsmentalität in der kurdischen Frage nicht genähert. Sie sah es als Gefahr für ihre Interessen an. Stattdessen hat sie ihre Beziehungen zum Iran und zu Syrien fortgesetzt. Sie haben sogar bezüglich der Kurdinnen und Kurden und des Irak eine gemeinsame Politik entwickelt und verfolgt. Das wiederum führte dazu, dass sich die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei verschlechterten. Den USA ging es vor allem darum, die Türkei zur Distanz zu Iran und Syrien zu bewegen und sie für das für den Mittleren Osten vorgesehene neue System zu gewinnen. Lange Zeit stand die Türkei einer Beteiligung daran ablehnend gegenüber und beharrte auf ihrem Standpunkt. Daraufhin erweckten die USA den Eindruck, als wollten sie die Türkei aus ihrer Planung heraushalten, um sie auf diese Weise unter Druck zu setzen. Dieser Eindruck wiederum versetzte die Türkei in Furcht und Sorge. Diese Furcht äußerte sich dann in Form der Spannungen der jüngsten Zeit. Die Türkei ist bestrebt, sich zu einer Regionalmacht zu entwickeln, und versuchte, dies ungeachtet der USA zu erreichen. Mit Erpressungen wollte sie ihr Vorhaben den USA aufzwingen. Dabei besitzt die Türkei allerdings nicht eine solche Kraft, das war ihr großer Irrtum. Weil sie lange Zeit an dieser Politik festgehalten hat, wurde sie zunehmend als Akteur aus den Entwicklungen herausgedrängt. Die Türkei scheint diese Realität in letzter Zeit erkannt zu haben. Dass sie, solange sie diese Haltung nicht ändert, an der Neustrukturierung des Mittleren Ostens nicht teilhaben wird und ihre Probleme sich noch weiter zuspitzen werden. Das ist dann auch der Grund für die Staatsbesuche in den USA und Großbritannien.

Die kurdische Befreiungsbewegung führt seit Jahren einen Kampf, mit dem sie die Türkei in die Enge drängt. Des Weiteren wirkte sich die Neustrukturierung der Region durch die USA auf die Türkei aus. Diese beiden Faktoren erschwerten die Probleme der Türkei zunehmend.

Um aus dieser Situation herauszukommen und um an der Restrukturierung teilnehmen zu können, hat sie sich die Vernichtung der kurdischen Bewegung zum Ziel gesetzt. Entweder sie wird die kurdische Frage auf friedlich-demokratischem Wege zu lösen versuchen und somit als eine starke Kraft an der Restrukturierung der Region teilnehmen oder sie wird die kurdische Bewegung zerschlagen und sich somit des Problems entledigen wollen und sich auf diese Weise an der Neuordnung beteiligen. Sie hat sich für Letzteres entschieden.

Unsere Freiheitsbewegung stellt eine Kraftquelle für alle Kurdinnen und Kurden dar, sie gibt den Kurdinnen und Kurden aus allen vier Teilen Kurdistans Inhalt und Motivation und verstärkt den kurdischen Freiheitskampf überall. Das missfällt natürlich der Türkei. Daher plant sie, sich dieses Problems durch die Vernichtung der Bewegung und Zerschlagung des Widerstandes zu entledigen und so eine Regionalmacht zu werden. Dafür schürt sie zum einen Chauvinismus und Nationalismus im Inland, um die Kurdinnen und Kurden einzuschüchtern, und zum anderen versucht sie, im Ausland eine Öffentlichkeit herzustellen.

Die eigentlichen Machtzentren in der Türkei sind bestrebt, durch Beeinflussung der Öffentlichkeit im In- und Ausland die kurdische Freiheitsbewegung zu treffen, indem sie die AKP hierbei benutzen. Denn die AKP unterhält gute Kontakte zu KDP und PUK in Südkurdistan, zu den Kollaborateuren und nationalistischen Kreisen in Nordkurdistan, zu arabischen Staaten und zum Iran. Auch genießt sie die Unterstützung aus den USA und der EU. Der türkische Staat versucht, sein Ziel zu erreichen, indem er diese Position der AKP nutzt.

Wie die Türkei die AKP so versuchen auch die USA, die Türkei zu benutzen. Die USA entwickelten in der Türkei für ihre Interessen mittels der AKP den gemäßigten Islam. Dass die AKP an die Macht gelangte, lag größtenteils an der Unterstützung der USA.

Dieses in der Türkei begonnene Modell versuchen die USA auf die gesamte Region auszuweiten. Die Türkei, die sich aus unterschiedlichen Gründen dagegen wehrte, sich dem zu fügen, scheint sich nun nach der Wahl vom 22. Juli 2007 gemeinsam mit der AKP dem US-Projekt für den Mittleren Osten zugewandt zu haben.

Aber ohne die Überwindung der PKK kann die AKP diese Rolle nicht wie vorgesehen spielen. Daher wurden Chauvinismus und Nationalismus grenzenlos forciert. Trotz dieser nationalistischen Welle der letzten Monate in der Türkei reagierten USA und EU nicht. Die Freiheitsbewegung der PKK deckt sich nicht mit den Interessen von USA und Türkei. Sie stellt eher ein Hindernis dar. Die

USA wollen die kollaborierenden Kurdinnen und Kurden mit der Türkei versöhnen, um beide für ihre Interessen einspannen und ihre Ziele im Mittleren Osten verwirklichen zu können.

Die Türkei hingegen möchte an der Neugestaltung des Mittleren Ostens teilnehmen, ohne Zugeständnisse in ihrer Verleugnungspolitik gegen die Kurdinnen und Kurden zu machen. Auch wenn die Türkei lange eine Beziehung zu den südkurdischen Parteien abgelehnt hat, so scheint sie dafür nicht mehr die Kraft aufbringen zu können. Im Endeffekt ist sie genau an der Stelle angelangt, wo sie die US-Politik haben will.

Welche Absicht verfolgen die südkurdischen Parteien KDP und PUK?

Die Türkei fordert von den USA und von den südkurdischen Parteien KDP und PUK, sich an den Angriffen gegen die PKK zu beteiligen. Sie ist sich im Klaren, dass sie ohne deren Beteiligung im Kampf gegen die PKK kein nennenswertes Resultat erzielen wird. USA, KDP und PUK sehen im Moment eine direkte Beteiligung an den Operationen nicht in ihrem Interesse, erklären aber dennoch ihre Unterstützung bei der Vernichtung der PKK. Es scheint, dass nach dem Gespräch von Bush und Erdoğan die Phase begonnen wurde, in Zukunft gemeinsam gegen die PKK zu operieren. Sowohl die Erklärung der EU, das Anliegen der Türkei sei berechtigt, als auch die Zusage der USA für die Weitergabe geheimdienstlicher Informationen und die Annäherung von PUK, KDP und Irak an die Türkei weisen darauf hin. Unmittelbar nach diesem Gespräch in Washington verstärkten PUK und KDP den Druck auf das Flüchtlingscamp Maxmur und die Büros der *Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan* (PÇDK) wurden geschlossen. Des Weiteren erklärten sie, dass sie gemeinsam mit der irakischen Regierung den Spielraum für die kurdische Freiheitsbewegung in Südkurdistan (Nordirak) stark begrenzt hätten. Sogar die Behandlung kranker Menschen wird von ihnen verhindert.

Plangemäß soll die kurdische Freiheitsbewegung in den Medya-Verteidigungsgebieten bewegungsunfähig gemacht und dann mit intensiven Militärschlägen der türkischen Armee zur Kapitulation gezwungen werden. Luftangriffe, punktuelle Operationen sowie gezielte Operationen gegen Führungskräfte der Bewegung sind beschlossene Sache.

Ziel der Türkei ist die totale Vernichtung unserer Bewegung. Dies wurde offen deklariert. Auch die USA schlossen sich dem in ihren Stellungnahmen an. Trotzdem KDP und PUK dies nicht offen aussprechen, so erklären sie doch: „Die PKK schadet dem kurdischen Volk und der südkurdischen Föderation." Ebenso heißt es, wenn die PKK nicht bedingungslos ihre Waffen niederlege oder einen bedingungslosen Waffenstillstand verkünde, sei sie für die weiteren Entwicklungen verantwortlich. Mit solchen Äußerungen wird die Bereitschaft signalisiert, sich am Vernichtungsplan zu beteiligen. Die dritte Stufe des internationalen Komplotts soll mit diesem Plan nun umgesetzt werden. Auch jetzt sind dieselben Kräfte wie damals involviert.

Wie bewerten Sie den Sinneswandel der Türkei, nicht Südkurdistan, sondern ausschließlich die PKK angreifen zu wollen?

Uns war schon klar, dass die Türkei nicht in den Süden einmarschieren wird und KDP und PUK nicht zum Angriffsziel hat. Denn würde der türkische Staat sie und die PKK gleichzeitig angreifen, dann entständen unter den Kurdinnen und Kurden ein starkes Einheitsgefühl und eine Widerstandskraft mit dem möglichen Ergebnis der Loslösung Kurdistans von der Türkei. Ein solcher Angriff würde nicht nur in Nordkurdistan, sondern in allen Teilen Kurdistans zu Aufständen führen, die dann vielleicht das freie Kurdistan auf die Tagesordnung setzen könnten.

Genau aus diesem Grunde verfolgte die Türkei nie eine derartige Politik. Sie hat lediglich bis zum Gespräch zwischen Erdoğan und Bush mit Erpressungen und Drohungen den Anschein erweckt, als würde sie zur Instabilität im Süden beitragen. Die Türkei weiß, dass die USA im Irak in Bedrängnis sind. Ihr Einmarsch in den Süden und Angriffe gegen PUK und KDP würden auch den USA Schwierigkeiten machen.



Amed, 25.11.2007 Foto: DIHA

Resultat der US-türkischen Gespräche ist eine Annäherung zwischen Südkurdistan/Irak und Türkei, was die USA seit längerem zu erreichen versuchen. Sie glauben, solange diese nicht hergestellt ist, können sie ihre Ziele im Mittleren Osten nicht verwirklichen. Aus diesem Grunde wurde die dritte Stufe des internationalen Komplotts aktiviert.

Die Türkei kennt die Ansicht des internationalen Komplotts über die PKK. Sie versucht, für sich einen Nutzen daraus zu ziehen und – wie schon in der Vergangenheit – mit der Unterstützung von KDP und PUK gegen die PKK vorzugehen. Sollte dieser Plan aufgehen, dann wären alle anderen kurdischen Errungenschaften an der Reihe. Denn an die wird sie nicht drankommen, ohne die kurdische Freiheitsbewegung aus dem Weg geräumt zu haben. Das weiß sie. Die Freiheitsbewegung stärkt mit ihrer Haltung die freien Kurdinnen und Kurden – die freie Gesellschaft –, sie stärkt den kurdischen Geist, den Geist der demokratischen Nation

und den Widerstand. Sie entwickelt auf der Grundlage der Demokratie die Lösung der kurdischen Frage.

Die eigentliche Kraft und Dynamik des kurdischen Volkes ist die PKK. Aus diesem Grunde ist die PKK Angriffsziel. Die Türkei geht davon aus, die Wirkung aller Kräfte – seien diese auch Kollaborateure – brechen zu können, sobald sie die PKK aus dem Weg geräumt hat. Auch wenn sie zeitweise Fehler in der Vergangenheit einräumt und zugibt, mit dieser Politik zur Entstehung eines Staates im Süden Kurdistans beigetragen zu haben, so hält sie doch daran fest. Sie hofft noch immer, mit KDP- und PUK-Unterstützung die PKK vernichten zu können, und würde dafür die südkurdischen Parteien und sogar den Föderalstaat anerkennen. Wenn heute PUK und KDP gegen die kurdische Freiheitsbewegung agieren, dann nur, weil sie den Zugeständnissen der USA Glauben schenken.

Wem nützt eine Vernichtung der PKK?

Die Türkei rechnet sich aus, wenn sie die Hauptdynamik des kurdischen Volkes – die PKK – vernichtet habe, könne sie die Kurdinnen und Kurden problemlos weiter angreifen, einschließlich der Gebiete in Südkurdistan. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass das kurdische Volk diese Realität erkennt und sich nicht von der Türkei täuschen lässt. Ich möchte an dieser Stelle die südkurdischen Kräfte ermahnen: Die Türkei schmiedet einen Plan, um mit Eurer Hilfe die PKK zu vernichten und sich anschließend auch gegen Euch zu wenden. Stellt keine falschen Berechnungen an, beteiligt Euch nicht an diesen Plänen, die mit einem Massaker an den Kurdinnen und Kurden enden könnten. Wenn Ihr wirklich Euer Land liebt, wenn Ihr Patrioten seid und wenn Ihr die Errungenschaften im Süden schützen wollt, dann kann das nur über eine Lösung der kurdischen Frage im Norden Kurdistans erfolgen und nicht über die Vernichtung der PKK. Dafür solltet Ihr Euch einsetzen, nur so könnt Ihr Eure Existenz und Eure Interessen sichern!

Wie bewerten Sie die Haltung von KDP und PUK?

Sowohl KDP als auch PUK täuschen das kurdische Volk und die Öffentlichkeit. Das ist ihre Art, Politik zu machen. Hält man sich die Praxis dieser Parteien vor Augen, so ist eine prinzipientreue Haltung nicht zu erwarten. Anstatt auf eine nationale Politik sind sie auf ihre täglichen Interessen bedacht. Mit ihrer Haltung, als seien sie schon immer gegen die Türkei gewesen, wollen sie das kurdische Volk täuschen. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, als würden sie dem Druck der Türkei standhalten und eine patriotische Linie verfolgen.

Ihre Äußerungen haben sich nach dem Gespräch zwischen Ankara und Washington zum Nachteil der kurdischen Freiheitsbewegung verändert. Hätten sie von vornherein eine solche Haltung gegen die kurdische Freiheitsbewegung gezeigt, wäre es zu einer Reaktion innerhalb des kurdischen Volkes gekommen und sie hätten seine Unterstützung verloren. Sie versuchen jetzt, den Eindruck zu erwecken, als sei ihnen keine andere Wahl geblieben. Auf diese Weise wollen sie aus den Verhandlungen auf dem Rücken der PKK maximalen Profit schlagen.

Bis zur Übergabe der acht gefangen genommenen Soldaten erklärten KDP und PUK, unsere Politik zu befürworten. Danach und nach dem Gespräch in Washington veränderte sich ihre Haltung schlagartig. Gemäß dem Wunsch der Türkei und der USA haben sie angefangen, eine Haltung gegen den Freiheitskampf zu entwickeln.

In dem Moment, in dem unsere Bewegung vernichtet werden soll und dieses Vorhaben von der Türkei und anderen offen zur Sprache gebracht wird, fordern diese Kräfte von uns, bedingungslos unsere Waffen niederzulegen oder einen Waffenstillstand. Die Zeit des bewaffneten Kampfes sei längst beendet und würden wir nicht machen, was von uns erwartet wird, müssten wir die Konsequenzen tragen. Sie zwingen uns ganz offen zur Kapitulation. Sie gehen sogar so weit, uns vorzuwerfen, wir würden dem kurdischen Volk und dem Föderalstaat in Südkurdistan schaden, und werfen uns Verrat vor.

Was ist Verrat? Sich am Vernichtungsplan gegen die PKK zu beteiligen oder

„Kauft nicht bei Kurden“

Die mit rassistischen Kampagnen aufgefallene Zeitschrift „Türk Solu“ (Türkische Linke) ruft in ihrer neuesten Ausgabe dazu auf, nicht bei Kurden einzukaufen. Unter dem Motto „Ich mache meinen Einkauf bei Türken, mein Geld geht nicht zur PKK“ ist eine neue Kampagne gestartet worden. Buttons mit derselben Aufschrift sind bereits in Istanbul verteilt worden. In dem entsprechenden Artikel in der Zeitschrift heißt es, überall werde versucht, das „Türkentum zu vernichten“, deshalb müsse sich „der Türke“ auf jedem Gebiet verteidigen, dürfe nur bei Türken einkaufen, nur türkisch sprechen, gegen alle vorgehen, die eine andere Sprache sprechen, türkische Musik hören und türkisches Essen zu sich nehmen.



Die Zeitschrift hatte im vergangenen Jahr eine Umfrage durchgeführt, in der Orhan Pamuk, Baskın Oran und der ermordete armenische Publizist Hrant Dink als Kandidaten für den „Faschisten des Jahres“ aufgeführt wurden. Die Umfrage wurde gerichtlich verboten. In anderen Ausgaben waren Kurden und Armenier als Angriffsziele aufgeführt und die Leser aufgefordert worden, kein Lahmacun und kein Kebab zu essen, weil es sich dabei um kurdische Gerichte handele.
Quelle: DIHA, 04.12.2007, ISKU

für die Freiheit des kurdischen Volkes zu kämpfen?

Während die Türkei eine absolute Verleugnungspolitik betreibt, versucht sie, die PKK als größtes Hindernis vor der Lösung der kurdischen Frage darzustellen. Wie bewerten Sie dies?

Der türkische Staat beharrt auf seiner Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber der kurdischen Frage. Aus diesem Grunde akzeptiert er in keinster Weise unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan, die PKK oder jeglichen annehmbaren Lösungsvorschlag.

Die PKK hat bislang mehrere Projekte zur Lösung des Problems entwickelt und unterbreitet und fünfmal einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Aber der türkische Staat tat all unsere Schritte als Taktik ab und bewertete sie als Schwäche der PKK. Folglich ging er nie auf unsere Lösungsvorschläge ein. Im Wissen, von unterschiedlichen Kräften unterstützt zu werden, hielt er an seiner Politik der Lösungslosigkeit fest. Das liegt nicht an der Stärke der Türkei, sondern an der Unterstützung, die sie von den USA und der EU erhält. Denn auch diese sind nicht an einer wirklichen Lösung der kurdischen Frage interessiert.

Wenn USA und EU diese Politik der Türkei nicht mitgetragen und eine Lösung tatsächlich gewollt hätten, wäre das Problem längst gelöst. Sie sehen eine Lösung der kurdischen Frage zwischen PKK und Türkei auf geschwisterlicher Grundlage nicht in ihrem Interesse, ebenso wenig wie eine demokratisierte Türkei. Durch die permanente Lösungslosigkeit der kurdischen Frage ringen sie der Türkei ständig Zugeständnisse ab und führen sie immer näher an ihre Politik heran.

Weil die Türkei auf der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik beharrt, versucht sie, die PKK als Ursache des Problems hinzustellen, während sie sich selbst als Opfer ausgibt, das sich wehren muss. Da sie dabei allein unglaubwürdig wäre, will sie diese Vorwürfe mithilfe einiger mit dem Staat kollaborierender Kurden untermauern. Diese kommen in Zeitungen und TV-Programmen zu Wort und vertreten die staatlichen Thesen. Sie behaupten, die Interessen des kurdischen Volkes zu vertreten, dass die Türkei gewisse demokratische Schritte eingeleitet habe, sich im Rahmen der EU-Mitgliedschaft demokratisieren und auf dieser Grundlage die kurdische Frage lösen werde. Obwohl diese Personen zum einen keinerlei Einfluss auf das kurdische Volk haben, zum anderen nichts für dessen Interessen getan haben und ihre Zukunft auch nicht dort sehen, treten sie jetzt in die Arena und betreiben Anti-PKK-Propaganda.

Ihr einziges Ziel ist es, unseren Vorsitzenden und unsere Bewegung zu diffamieren. Weil deren Vernichtung beschlossen wurde, wollen sie mit dieser Politik die Unterstützung des Volkes schwächen. Nach langem Schweigen treten sie von einem Tag auf den anderen in der Öffentlichkeit auf und agieren als wichtigste Akteure des Spezialkrieges.

Der türkische Staat, die AKP, die anderen etablierten politischen Parteien und die kurdischen Kollaborateure haben sich zusammengetan und verkünden, Abdullah Öcalan und die PKK würden die Kurdinnen und Kurden nicht vertreten, sondern ihnen schaden. Sie gehen sogar so weit und behaupten, der Staat und die türkischen regulären Parteien würden sich der Interessen der Kurdinnen und Kurden annehmen und die AKP würde diese eigentlich vertreten.

Was könnte die Türkei mit Militäroperationen erreichen?

Die Türkei hat bislang sowohl im Norden als auch im Süden viele Angriffe durchgeführt, diese halten noch immer an. Sie selbst erklärt, dass sie bislang nicht viel gebracht hätten. Im Norden finden die Vernichtungsoperationen ununterbrochen statt und verfolgen trotz ausbleibender erwünschter Resultate doch eine bestimmte Absicht: die Widerstandskraft zu brechen. Türkische Generäle und Politiker verkünden ganz offen, dass die Hoffnung und der Wille gebrochen werden müssten, um die Kapitulation zu erzwingen.

Auch in der Vergangenheit wurden ähnliche Pläne umgesetzt, aber mit dem Widerstand der Bewegung konnten sie zurückgeschlagen werden. Das Gleiche gilt auch für heute.

Wie wird Ihre Haltung gegenüber den Militäroperationen aussehen?

Unsere Haltung ist offensichtlich. Wir werden als Bewegung die aufgezwungene Kapitulation nie und nimmer akzeptieren. Unsere Bewegung streitet vom ersten Tag an für die Freiheit und ist hierin sehr entschlossen. Bislang gab es mehrere Pläne für unsere Kapitulation, viele Drohungen und Erpressungen gegen uns, ohne dass wir uns ihnen gebeugt hätten. Diese Bewegung hat die demokratische friedliche Problemlösung immer zu ihrer Grundlage gemacht. Auch heute setzen wir uns dafür ein. Wir werden auch in Zukunft jeden Schritt in dieser Richtung unterstützen. Eine solche Lösung liegt im Interesse vor allem des türkischen Volkes.

Aber wir sehen, dass eine demokratisch-friedliche Lösung nicht erwünscht ist. Im Gegenteil, die kurdische Freiheitsbewegung soll mit Gewalt liquidiert werden. Vor allem ist man bestrebt, nach der Verschleppung unseres Vorsitzenden die Führung der PKK handlungsunfähig zu machen und zu vernichten. Der freie Kurde soll aus dem Weg geräumt werden, damit Kollaborateure an die Macht gebracht werden können.

Kurdinnen und Kurden, die wirklich an die Freiheit glauben, werden niemals Sklaverei und Kapitulation akzeptieren. Entweder werden sie frei sein oder im Freiheitskampf würdevoll sterben. Vor allem diejenigen, die den Willen dieser Bewegung brechen wollen, sollten wissen, dass sie sich niemals unterwerfen wird.

Je mehr die Angriffe zunehmen, umso mehr wird unser Widerstand sich verstärken. Wenn diese Kräfte glauben, ihren Interessen dadurch dienen zu können, indem sie uns opfern, so irren sie sich gewaltig. Auch diese Bewegung und dieses Volk haben Interessen und werden sie zu wahren wissen. ♦

Wenn der Staat sich nicht über die Freilassung seiner Soldaten freuen kann

Hätten uns doch nur ihre Särge erreicht

Songül Karabulut

Normalerweise kennt man diese Art von Äußerungen eher aus chauvinistischen und nationalistischen Kreisen, wenn sie über ihre „Feinde" reden. Unter den Neonazis heißt es z. B. „Ein toter Türke ist ein guter Türke" oder unter den türkischen Nationalisten „Ein toter Kurde ist ein guter Kurde". Aber was bewegt einen Staat dazu, etwas in dieser Richtung über seine eigenen Soldaten zu sagen?



Übergabe der Soldaten an die Delegation Foto: HPG Online

Ein Staat, der seine Staatsbürger in seinem Dienste sieht anstatt sich im Dienste seiner Bürger, ist ohne Weiteres zu solch einem Spruch fähig. Er fühlt sich in seiner „Ehre" verletzt, wenn seine Soldaten in die Hände „feindlicher Kräfte" fallen. Er erinnert an einen patriarchalen feudalen Vater, der seine Tochter lieber tot sehen würde, als erleben zu müssen, dass sie entführt und „entehrt" wird. Ihm geht es nicht darum, wie er seine Tochter befreien kann, sondern um seine verletzte Ehre und darum, wie er sie wieder herstellen könnte. Denn für ihn ist seine Tochter in erster Linie SEINE Tochter. Sie ist kein freies Individuum, sondern hat die Aufgabe, für den Ruf ihres Vaters und ihrer Familie zu leben. Das allein ist ihre Lebensaufgabe.

Die folgende Geschichte über die acht entführten türkischen Soldaten weist sehr große Parallelen zu dem oben beschriebenen Vater auf. Man braucht nur die Akteure auszuwechseln und schon findet man einen Vater vor sich, der kurz davor ist, einen „Ehrenmord" zu begehen, der ihn besser gesagt auf moralischer Ebene bereits vollzogen hat. Hier nun die Geschichte:

Am 21. Oktober wurden in Oremar im Kreis Yüksekova bei Hakkari in einem Gefecht zwischen der türkischen Armee und den kurdischen *Volksverteidigungskräften* HPG zwölf türkische Soldaten getötet und acht Soldaten gefangen genommen. Der türkische Staat verschwieg die Entführung der Soldaten so lange, bis Aufnahmen veröffentlicht wurden, die zeigten, dass die Soldaten sich in den Händen der kurdischen Guerilla befinden. Erst danach gab der türkische Generalstab auf seiner Homepage bekannt, dass kein Kontakt mehr zu acht Soldaten bestehe.

Die Familien der Soldaten waren froh, ein Lebenszeichen ihrer Kinder zu haben, und zugleich hilflos, weil der türkische Staat sich nicht um sie kümmerte und nichts für ihre Freilassung unternahm. Allein die Familien waren zusammen mit einigen NGOs und der *Partei für eine demokratische Gesellschaft* (DTP) bemüht, die Freilassung der Soldaten zu erreichen. Jede Aktivität dieser Art wurde sowohl von der Armee als auch von der Regierung behindert und in den Medien öffentlich diskreditiert.

Erneut wandten sich die Soldaten über Videoaufnahmen an die Öffentlichkeit. Sie erklärten, dass sie keine schlechte Behandlung erleiden müssten, und sprachen sich für eine politische Lösung des Problems aus. Des Weiteren appellierten sie an die Staatsvertreter, sich für ihre Freilassung einzusetzen.

Die Ignoranz auf militärischer und politischer Ebene hielt auch danach an. Das Thema sollte von der Tagesordnung verschwinden, weil diese Soldaten nicht gestorben und zu Märtyrern für ihren Staat geworden waren. Anstatt Schritte einzuleiten, die zur Freilassung der Soldaten führten, wurde das Gerücht in die Welt gesetzt, dass die Soldaten kurdischer Herkunft womöglich Agenten der PKK seien und die Verschleppung nach einem gemeinsamen Plan vollzogen worden sei. Sie wurden von militärischen, politischen und chauvinistisch-nationalistischen Kreisen schon vor ihrer Freilassung moralisch gelyncht.

Die Soldaten wurden schließlich am 4. November freigelassen. Sie wurden einer Delegation, bestehend aus Hacı Mahmut Osman (Innenminister der Regionalregierung von Südkurdistan), Kerim Sincari (Vorsitzender von „Internationale Toleranz") und den DTP-Abgeordneten Osman Özçelik, Aysel Tuğluk und Fatma Kurtulan, übergeben. Nach der Übergabe wurden sie mit

einem US-Flugzeug in die Türkei gebracht.

Die Freigelassenen wurden nicht – wie es normal sein sollte – mit Freudenrufen empfangen, sondern eine neue Angriffswelle erfolgte gegen sie. Nun waren es nicht nur die Soldaten, die zum Angriffsziel gemacht wurden, sondern auch die DTP-Abgeordneten, die in den Irak gereist waren, um die Soldaten freizubekommen.

Der türkische Staat konnte sich nicht über die Freilassung der acht freuen und sah auch keinen Grund, das zu verheimlichen. So sagte der türkische Justizminister Mehmet Ali Şahin: „Als türkischer Staatsbürger bedauere ich sehr, dass Mitglieder der türkischen Armee in die Hände der separatistischen Terrororganisation gefallen sind. Kein Personal der türkischen Streitkräfte sollte je in solch eine Lage geraten. Daher habe ich mich über ihre Freilassung nicht freuen können."

Der stellvertretende Ministerpräsident Cemil Çiçek hingegen griff die DTP-Abgeordneten an, weil sie die Freilassung vermittelt hatten. Er sagte während einer Fernsehsendung bei CNN-Türk, als die Bilder von der Übergabe der Soldaten ausgestrahlt wurden: „Die Täter sind auf frischer Tat ertappt." (bezogen auf die DTP-Abgeordneten). Unmittelbar nach dieser Äußerung leitete die Staatsanwaltschaft in Ankara ein Ermittlungsverfahren gegen Osman Özçelik, Aysel Tuğluk und Fatma Kurtulan ein.

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei, Doğu Perinçek, – ermutigt durch die Äußerung des Justizministers – brachte es mit den Worten auf den Punkt: „Hätten uns doch nur ihre Särge erreicht." Somit war eigentlich das gesagt, was politische und militärische Vertreter der Türkei dachten.

Das Militärgericht in Van verhängte allen Medien einen Maulkorb bezüglich der Soldaten. Zudem beschloss es bis zum Ende der Ermittlungen ein Verbot für Nachrichten, in denen Informationen zum Thema eingeholt und verbreitet sowie kritisiert oder bewertet werden.

Während all diese Diskussionen und Entwicklungen um die Freilassung der Soldaten die Tagesordnung bestimmten, wurden diese selbst am 11. November vor das Militärgericht in Van gebracht. Nach der Verhandlung wurde ihre Verhaftung angeordnet. Die Begründung für diesen Beschluss ist genauso absurd wie der Fall selbst: Die HPG hatten nach dem Gefecht erklärt, dass die Guerilla die Soldaten abgewehrt habe, als diese die Grenze überschreiten wollten. Jetzt wird den Soldaten vorgeworfen, ihr Vergehen der Befehlsverweigerung habe die militärische Diziplin extrem erschüttert, außerdem sei ohne Erlaubnis ein anderes Land betreten worden.

Der ganze Vorfall ging den Familien sehr nahe. Die Mutter von Mehmet Şenkul, einem der Entführten und anschließend Verhafteten, sagte gegenüber der Presse: „Ich habe meinen Sohn mit großer Freude und in Begleitung von Davul *[Pauke]* und Zurna *[Flöte]* zum Militär geschickt. Wir sind im letzten Monat regelrecht zusammengebrochen. Sie sollen uns sagen, welches Vergehen unser Sohn sich zu Schulden kommen ließ. Sie haben ihm eine Waffe an den Kopf gehalten. Er sagte mir: ´Mutter, ich bin aufgrund deiner Gebete am Leben. Die Kugeln sausten neben und über mir.` Ich verweise diejenigen, die nun meinen Sohn beschuldigen, an Gott. Während die Kommandanten unten gegrillt haben sollen, haben unsere Kinder oben gekämpft. Während wir unseren Sohn in Ankara erwarteten, bekam ich einen Anruf, in dem man mir lediglich mitteilte, dass mein Sohn verhaftet ist."

Militärgericht lehnt Haftentlassung von acht Soldaten ab

Ein Militärgericht in Ağri hat den Antrag der Verteidiger der acht Soldaten, die nach zweiwöchiger Gefangenschaft von der PKK freigelassen worden waren, auf Haftentlassung abgelehnt. Die Soldaten waren im PKK-Gebiet einer Abordnung, in der sich auch DTP-Abgeordnete befanden, übergeben und am 11. November direkt nach ihrer Ankunft in der Türkei verhaftet worden, weil nach Meinung des zuständigen Haftrichters „starke Verdachtsmomente" für eine Straftat vorlägen und die „militärische Disziplin extrem erschüttert" worden sei. Vorgeworfen wird den Soldaten Befehlsverweigerung sowie Flucht ins Ausland.
Quelle: ANF, 04.12.2007, ISKU

Auch der Vorsitzende der Anwaltskammer Batman, Sedat Özevin, kritisierte die Art und Weise, wie mit dem Leben der Soldaten umgegangen wird: „Die Angelegenheit hat eine noch bedenklichere Form angenommen, weil die Sichtweise, die anstelle des Menschenlebens den Tod heiligt und den Tod dem Leben vorzieht, von einer Stelle zur Sprache gebracht wurde, die eigentlich die Gerechtigkeit vertreten sollte."

Inzwischen haben zwei Familien der verhafteten Soldaten einen Antrag beim Menschenrechtsverein IHD gestellt. Die Familien von İlhami Demir und Ramazan Yüce haben den IHD in Van beauftragt, juristische Schritte gegen die Festnahme ihrer Söhne einzuleiten.

Diese Geschichte reicht aus, um einen Staat zu charakterisieren. Während in anderen Ländern dieser Erde die Würde eines Staates daran gemessen wird, wie er seinen entführten Staatsbürgern unversehrt zur Freiheit verhilft, so ist die Würde der Türkei nur über den Tod aufrechtzuerhalten. Staaten, Gesellschaften, Religionen, Gruppen und Familien, in denen demokratische Werte gar nicht oder sehr schwach ausgeprägt sind, neigen dazu, rückständige Eigenschaften an den Tag zu legen. Die Rückständigkeiten der Türkei springen einem in sehr vielen Bereichen ins Auge. Diese Geschichte wirft natürlich auch für mich die Frage auf, inwieweit ein Staat, der so mit seinen Staatsbürgern umgeht, tatsächlich in der Lage ist, gegen die patriarchal-feudalen Strukturen innerhalb der Gesellschaft vorzugehen. Dieser Staat produziert Hass, Gewalt, Intoleranz und Machtherrschaft auch innerhalb der Gesellschaft. Warum also wird nicht auch die Rolle des Staates hinter all den Frauenmorden in der Türkei und in Kurdistan gesehen und angeprangert? ♦

Generäle im Ruhestand räumen Fehler des türkischen Staates ein

Baki Gül, Journalist

Es ist allgemein bekannt, dass die Politik in der Türkei unter der Vormundschaft des Militärs steht. Seit der Gründung der Republik bis heute spielt das Militär in dem Mechanismus, der die politische Macht in der Türkei bestimmt, eine bedeutende Rolle. Es ist eine geradlinige Entwicklung, seit Mustafa Kemal im Jahre 1920 die militärisch geprägte Politik übernahm und in den neuen Nationalstaat einfließen ließ.

Mustafa Kemal und seine Waffenbrüder versuchten nach der Gründung der Republik, der Gesellschaft die eingeleitete Modernisierungsphase von oben zu verpassen und bestimmten dabei auch die Staatspolitik mit. Regierungen kommen und gehen, doch wesentliche staatspolitische Themen wie die armenische und die kurdische Frage, Islam, Kommunismus bleiben unverändert. So stellt die sowohl in der Türkei als auch weltweit aktuelle armenische Frage noch heute ein Tabuthema dar. Die „Gefahr" des Kommunismus löst sich auf, nachdem der Kalte Krieg ein Ende genommen hat. Auch wenn es mit dem Thema Islam gewisse Probleme gibt, so wird es von der Türkei benutzt. Eine pragmatische Haltung ist zu beobachten. Es ist nicht ausschlaggebend, wenn von Zeit zu Zeit von einer Islam-Gefahr die Rede ist.

Die „kurdische Frage" hingegen bildet unter der Überschrift „Verleugnung – Assimilation – Vernichtung" eines der Grunddogmen des Staates. 28 kurdische Aufstände wurden durch die Geschichte hindurch mit dieser Zielrichtung beendet. Diese Politik hielt bis 1990 an, dann erklärte der damalige Ministerpräsident Süleyman Demirel während des letzten kurdischen Aufstandes der PKK: „Wir erkennen die kurdische Realität an", und Staatspräsident Turgut Özal sprach sich für eine friedliche Lösung des Problems aus. Während seiner Amtszeit kam er auf rätselhafte Weise ums Leben und Demirel wiederholte seine Ankündigung nicht noch einmal. Denn auch hochrangige Militärs wie Bahtiyar Aydın und Eşref Bitlis, die die Meinung vertraten, die kurdische Frage sei mit der Gewaltpolitik nicht zu lösen, fanden ebenfalls einen mysteriösen Tod.

Aber vor allem in jüngster Vergangenheit erklären ehemalige Staatspräsidenten, Generalstabschefs, Oberbefehlshaber der türkischen Armee, hochrangige Geheimdienstler, dass sie zu ihren Amtszeiten die kurdische Frage nicht richtig analysiert hätten, das Problem mit falschen Mitteln angegangen seien.

Der Kolumnist Fikret Bila von der Tageszeitung Milliyet, der bekannt ist für seine Nähe zum Generalstab, hat in einer Zeit schwerer Gefechte und starker Anspannung in der kurdischen Frage vor allem türkische Generäle im Ruhestand zu Wort kommen lassen, die in dem 25-jährigen Krieg gegen die PKK das Sagen hatten.

Kenan Evren ist der verantwortliche General für den Militärputsch am 12. September 1980. Dieser Putsch kostete Zehntausende Menschen das Leben, Tausende wurden behindert, Millionen mussten fliehen und Hunderttausende wurden ins Gefängnis gesteckt. Er war gegenüber Bila aufgebracht über die Sichtweise, die PKK sei aufgrund der Folter und Unterdrückung in den Gefängnissen von Diyarbakır während des Militärputsches entstanden.

Evren gestand Folter und Gewalt in dieser Zeit ein und fuhr fort: „Als hätte ich angeordnet, im Gefängnis die Häftlinge zu foltern (...) Gab es die Folter in der Türkei vor dem 12. September nicht? In jedem Gefängnis gab es die. Wenn du einmal inhaftiert warst, wurdest du immer schlecht behandelt. Ab dem 12. September haben wir der Polizei freie Hand gelassen, damit sie ungehindert arbeiten konnten. Sie haben gefoltert. Sie haben Verhöre durchgeführt. Um die Menschen zum Reden zu bringen, werden eben bestimmte Methoden angewandt. So werden Informationen gesammelt. Die Deutschen, Engländer, Amerikaner und Franzosen haben auch gefoltert, seinerzeit alle. Die Deutschen haben es gemacht und später behauptet, die Baader-Meinhof-Bande habe Selbstmord begangen.

Evren gibt Fehler während des 12. September zu. Dass kurdische Kinder in der Schule geschlagen wurden, damit sie Türkisch sprechen und lernen, und dass die Sprache eines Volkes vollkommen verboten wurde, erklärt er so: „Wir ordneten an, in den Schulen darf es kein Kurdisch geben. Warum haben wir das gesagt? Als ich Staatspräsident war, besuchte ich in einem Dorf eine Grundschule, eine dritte oder vierte Klasse, ich weiß es nicht mehr. Ich habe ein Buch aufgeschlagen und ein Kind aufgefordert, daraus vorzulesen. Der Junge konnte das nicht, in der vierten Klasse und kein Türkisch lesen. Ich war wütend. Ich wandte mich zum Lehrer: ‚Der Junge ist in der vierten Klasse und kann kein Türkisch, wie ist das möglich?' Es stellte sich heraus, dass der Lehrer ebenfalls Kurde war. Er unterrichtete also auf Kurdisch. Ich kehrte nach Ankara zurück und wir erließen das Kurdisch-Verbot. Wir sagten, Kurdisch als Lehrsprache ist nicht erlaubt. Das war etwas zu hart. Später wurde das Verbot aufgehoben, aber es zu erlassen war ein Fehler. Das habe ich erst später erkannt. (…) Meiner Meinung nach muss ein Beamter, der im Südosten arbeitet, kurdisch und türkisch sprechen können. Mit harter Haltung ist es nicht zu machen." Auf die Frage, wie sie denn Kurdisch lernen sollen, ob es an den Schulen angeboten werden solle, gab Evren die ironische Antwort: „Keinesfalls, Kurdisch in den Schulen ist nicht möglich. Es gibt ja legale Sprachkurse."

Erstaunlich ist, dass, obwohl er selbst Fehler eingesteht und diese rechtlich gesehen auch Vergehen darstellen, bislang gerichtlich keinerlei juristische Schritte eingeleitet worden sind.

Auch wenn Generäle im Ruhestand an einigen Punkten zu erkennen scheinen, wie sich die kurdische Frage ausdrückt, so haben sie im Schatten von Panzern und Geschützen keine rationalen Annäherungsweisen entwickeln können.

Doğan Güreş war 1992 Generalstabschef, als gegen die Kurden ein äußerst harter Kurs gefahren wurde. Er bereut nichts und ist unzufrieden mit der Politik. Zu seiner Zeit hatte er gemeinsam mit der damaligen Ministerpräsidentin Tansu Çiller Ortschaften verbrannt und entvölkert und Menschen aus der Haft verschwinden lassen. Er sagt, die USA würden die Türkei teilen wollen und er hege keinen Zweifel, dass eines Tages irgendjemand Kurdistan Barzani aushändigen werde.

Die Bewertungen von Aytaç Yalman, dem ehemaligen Befehlshaber der Gendarmerie und der Landstreitkräfte, über die Phase, als Öcalan aus Damaskus gedrängt wurde, sind äußerst interessant. Besonders in einer Zeit, in der Regierung und Armee die gleiche Politik wie seinerzeit gegen Damaskus heute gegen Südkurdistan anwenden.

Yalman zufolge hätten die USA eine Intervention in den Irak schon viel früher beschlossen gehabt, und aus diesem Grunde sei Öcalan aus der Region herausgedrängt worden, um den Einfluss von KDP und PUK zu erhöhen.

„Die Unterstützung von Barzani und Talabani für die USA und umgekehrt und die Möglichkeiten, die sie bieten, bekräftigen meine Annahme. Daher bewerte ich die Auslieferung Öcalans an die Türkei 1999 als einen Wendepunkt“, so Yalman.

In der Phase der Politisierung der PKK gebe es einige Wendepunkte, und die Auslieferung Öcalans sei einer davon.

Die Worte Yalmans fallen wie ein Geständnis aus: „Hätte die Türkei das Problem noch in seinem sozialen Charakter richtig erkannt, hätte es schon damals gelöst werden können. Aber das wurde nicht geschafft. Aus dieser Warte ist das Problem in seiner sozialen Dimension als der Wunsch zu beschreiben, sich zu artikulieren, die eigene Sprache zu sprechen, die Lieder in eigener Sprache zu hören und die eigene Kultur zu leben.

Aber damals wurden wir so erzogen, dass es ‚keine Kurden gibt‘. Wir sahen die Kurden als Teil der Türken und ihre sozialen Forderungen im Rahmen ‚zerstörerischer Tätigkeiten‘.“

Armeekommandeur Ismail Hakkı Karadayı, 1994–1998 Generalstabschef, benutzt den Begriff „Aufstand“ in der Einschätzung der PKK. Die Überlegungen des hochrangigen Generals a. D., der bislang die PKK als eine „terroristische“ Organisation bewertete, sind verblüffend:

Der PKK-Fall sei im Vergleich zu früheren kurdischen Bewegungen ein organisierter Aufstand. Das Beispiel des Seyh Sait-Aufstands und alle anderen seien ziellose blindwütige Akte gewesen. Die PKK hingegen habe internationale Unterstützung und sei ein organisierter, auf Abtrennung fixierter Aufstand. In der Türkei gebe es einen gefährlichen Entwicklungsverlauf.

Hilmi Özkök war Vorgänger des jetzigen Generalstabschefs Yaşar Büyükanıt. Auch er spricht von „Aufstand“. Aber auch er wählt militärische Ausdrücke statt politische, um diesen Aufstand darzustellen.

Den Unterschied zwischen der PKK-Erhebung und der vorherigen bringt er mit dem weltweiten Wandel in Zusammenhang und führt aus: „Zu meiner Zeit als Brigadekommandant im Südosten gab es nur wenig Bomben-Aktionen der PKK, selbst als Heereskommandant noch. Aber jetzt haben sie sich technisch entwickelt, sie benutzen einfach ferngesteuerte Bomben. Das zeigt, wo wir waren und wo wir heute sind.“

Özkök vertritt die Meinung, dass einer Militäroperation gegen die PKK kein Erfolg beschieden sein werde: „Als wäre diese Angelegenheit zu beenden, wenn im Norden des Irak eine Militärbewegung durchgeführt wird. Nein, sie ist nicht zu beenden. Warum? Wir haben schon früher grenzüberschreitende Operationen durchgeführt. Die bewaffneten Einheiten der Gegenseite operieren strategisch weit hinter der Grenze. Sie nehmen ihren Rucksack auf den Rücken und bewegen sich 200 km. Wo sie hingehen, gibt es Menschen, die sie kennen und unterstützen. Sie haben keine Operationszentren, Offiziersmessen, Quartiere oder Ausbildungszentren, die wir angreifen und ausschalten können.“

Es scheint, dass Özköks Verwirrung über die Entstehungsgründe der PKK und die Basis für die kurdische Frage sich in seinen Äußerungen niederschlägt: „Ist Armut der einzige Grund? Wir müssen uns darüber Gedanken machen. Nach 23 Jahren wird ein Mensch doch überdrüssig, sagt irgendwann, es geht nicht. Oder sagt, wir müssen die Angelegenheit anders erledigen. Hoffnungslosigkeit ist es, was eine Bewegung beenden kann. Wenn die Hoffnung aufgegeben ist, dann war es das. Denn die Lösung ist nicht nur, die Ursachen zu beheben. Auch das wurde versucht.

Wenn ich mir Indien anschaue, so haben die Engländer gedacht, wenn sie Fürsorge und Nationaleinkommen erhöhen, wird der Separatismus geschwächt. Aber einmal umgesetzt, mussten sie jedoch erkennen, dass die Separatisten noch stärker wurden. Das ist doch interessant.“

Ex-Generäle können Kurdenpolitik des Staates nicht ändern

Eingangs meines Artikels hatte ich darauf verwiesen, dass in der Türkei das Militär einen großen Einfluss auf die Politik hat. So stellt sich nun die Frage, ob diese Erklärungen zu Veränderungen in der türkischen Politik gegenüber der kurdischen Frage beitragen können? Leider ist diese Frage mit einem klaren Nein zu beantworten. Denn die Stellungnahmen von Militärs oder hochrangigen Staatsbürokraten aus ihrem Ruhestand heraus wirken sich nicht auf die aktuelle Politik aus. Somit wird auch der folgende Aspekt erhellt. Die Macht des Militärs über die Staatspolitik der Türkei ist sehr formell (nicht im Sinne von offiziell, sondern eher scheinbar). Die Funktion des Militärs gegenüber der Staatspolitik ist nur Mittel. Die Realität, dass Staatspolitik einen Teil der Politik großer Unternehmen und globaler Herrschaft ausmacht, führt dazu, dass Äußerungen dieser Generäle a. D. keine Wirkung auf die reelle Politik zeigen. ♦

Für die irakischen Kurden werden die anderen Kurden geopfert

Die kurdische Frage aus russischer Sicht

Rahmi Yağmur, ANF, Moskau (15.11.2007)

Wie der Fachbereichsleiter des russischen Instituts für politische Forschung und militärische Analysen, Aleksandr Hramçihin, erklärte, sollen für die irakischen Kurden die anderen Kurden geopfert werden. Ein Misserfolg bei einer grenzüberschreitenden Operation der Türkei könne dazu führen, dass die Auseinandersetzungen außer Kontrolle geraten. Hramçihin, Experte für die Außenpolitik und Verteidigung Russlands, verwies darauf, dass es nicht zum offenen Konflikt zwischen den USA und der PKK kommen werde. Russland ziehe es aufgrund der Probleme mit Abchasien, Tschetschenien und Kosovo vor, zur kurdischen Frage zu schweigen.
Rahmi Yağmur führte dieses Interview für die Nachrichtenagentur ANF.

Warum beharren die Türken gerade jetzt auf einer grenzüberschreitenden Militäroperation?

Einer der Hauptgründe ist die kurdische De-facto-Staatenbildung. Die Kurden im Nordirak schaffen zunehmend eine juristische Anerkennung für eine Unabhängigkeit. Nordirak wird zum Anziehungspunkt für alle Kurden und insbesondere für die Kurden in der Türkei. Aus diesem Grund versucht die Türkei, diese Entwicklung gleich zu Beginn zu verhindern.

Wie sind die Ergebnisse des Gipfeltreffens Bush/Erdoğan zu bewerten?

Die Türkei ist NATO-Mitglied und enge Verbündete der USA. Auch wenn die Beziehungen sich in letzter Zeit etwas abgekühlt haben, wollen beide Seiten eine weitere Verschlechterung vermeiden. Auf der anderen Seite sind die USA auf die Kurden angewiesen und haben zumindest mit den Südkurden enge Beziehungen. Die USA wollen sich nicht für eine Seite entscheiden müssen. Stattdessen wollen sie einen anderen Weg finden. Es lässt sich schwer sagen, aber im Moment verfolgen sie eine Politik nach dem Motto „PKK-Kurden sind schlecht, alle anderen Kurden sind gut“. Aber da die PKK mittlerweile eine große Mehrheit der Kurden umfasst, entstehen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dieser Politik.

Werden die USA die Südkurden nicht irgendwann fallen lassen?

Zweifellos besteht die Möglichkeit, dass die USA die Kurden im Stich lassen. Denn die Kurden haben große Nachteile, z. B., dass sie über keinen eigenen Staat verfügen.

Die USA und die Türkei haben sich auf einen Informationsaustausch geeinigt. Wird das Ihrer Meinung nach irgendetwas nützen?

Der Informationsaustausch ist das Einzige, was die USA gegen die PKK unternehmen will. Es ist der einzige Beitrag, den die USA zu einer möglichen Militärintervention der Türkei gegen die PKK leisten kann. So sehr die USA die PKK schlechtmachen, sie werden niemals in Erwägung ziehen, es direkt zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen zu lassen.

Was denken Sie zum Thema einer möglichen militärischen Operation in Südkurdistan?

Es kann zu Punktoperationen kommen. Die USA haben deutlich gemacht, dass sie generell gegen Operationen sind. Also sie werden es nicht zulassen, dass die Türkei den Nordirak besetzt. Deshalb wird lediglich versucht werden, mit punktuellen Angriffen der kurdischen Guerilla zu schaden. Danach wird man sich zurückziehen müssen. Es wird sehr darauf geachtet, dass nicht mehr geschieht. Ein Übergreifen militärischer Auseinandersetzungen auf den Nordirak würde bedeuten, dass die Stabilität in der einzig stabilen Region, die von den USA kontrolliert wird, ins Wanken gerät. Das könnte für die USA zu sehr harten Konsequenzen führen.

Was für Resultate können gegen die Guerilla mit solchen Operationen erzielt werden?

Die kurdische Guerilla gibt es bereits sehr lange. Sie kennen ihre eigenen Gebiete sehr gut. Trotz der Haltung und der Unterstützung der USA wäre die türkische Armee mit einem sehr großen und harten Guerillakampf konfrontiert. Wenn der türkische Staat nicht den gewünschten Erfolg erzielt – was wahrscheinlich ist –, können die Auseinandersetzungen außer Kontrolle geraten und das kann zu sehr harten Konsequenzen für die Türkei führen. In gleicher Form können auch die USA betroffen sein.

Ohnehin ist es undenkbar, dass die Kurden und insbesondere die PKK den Kampf aufgeben. Für beide Seiten ist es unwahrscheinlich, dass eine Lösung näher rückt, weil es sich um einen sehr langen und komplizierten Prozess handelt. Das hängt sowohl mit den speziellen Bedingungen als auch mit der Situation in der Region zusammen. Aber wenn beide Seiten ihr Gewaltpotential kontinuierlich steigern, kann es zu neuen Konflikten kommen, die viele Menschenleben kosten werden.

In der Türkei werden DTP-Mitglieder verhaftet, die Abgeordneten sollen aus dem Parlament entfernt und die Partei verboten werden. Wie sehen Sie das?

Ich denke, dass der Druck, der auf die DTP ausgeübt wird, mit dem politischen Gleichgewicht innerhalb der Türkei in Zusammenhang steht. Er resultiert aus den Widersprüchen, die zwischen Armee und Regierung bestehen. Die türkische Politik will dem Militär die Botschaft vermitteln, dass die Armee gegen die Guerilla Krieg führt und die Regierung gegen ihre Politiker. Es wird versucht, die DTP als ein Gleichgewichtselement zu benutzen.

Inwieweit können die Kurden im Irak gegen die Angriffe der Türkei Widerstand leisten?

Zweifellos ist die Lage der Kurden sehr interessant. Meiner Meinung nach wird versucht, die These durchzusetzen, dass es nur ein wahres Kurdistan gibt, und zwar das irakische. Es wird versucht werden, die Zustimmung für diese These nicht nur von bestimmten Staaten, sondern auch von den Kurden im Nordirak zu erhalten. Von diesen wird gefordert, für ein kleines unabhängiges Kurdistan alle anderen Kurden zu übergehen und zu opfern.

Wie kann in dieser angespannten Situation die Haltung des Iran aussehen und was ist dessen Platz in dieser Gleichung?

Zweifellos kann Teheran der Türkei keine Unterstützung bieten oder zeitgleich Operationen in der gleichen Region durchführen. Bekanntermaßen ist die Beziehung des Iran zu den USA anders, die USA werden es nicht zulassen, dass der Iran in diese Region eindringt. Aber der Iran kann die Türkei unterstützen, denn trotz vieler Widersprüche sind sie sich zum Thema Kurden einig. Natürlich haben die Auseinandersetzungen auch eine Auswirkung auf den Iran, ein Teil der Kurden lebt schließlich dort. Der Iran versucht, nicht in diese Auseinandersetzungen gezogen zu werden.

Haben diese Auseinandersetzungen und Konflikte keinen Einfluss auf eine mögliche US-Intervention im Iran?

Ich gehe nicht davon aus, dass die USA den Iran in naher Zukunft angreifen. Zumindest solange die Irak-Frage nicht geklärt ist, halte ich eine solche Intervention für unwahrscheinlich, weil selbst der Irak immer noch nicht besetzt ist. Der Iran ist doppelt so groß. Wenn die USA eine solche Initiative starten, wird der Iran die USA über die Schiiten im Irak angreifen. Der Iran hat die USA im Irak sozusagen in Geiselhaft genommen. Die USA denken über Luftschläge nach, aber selbst das können sie nicht wagen. Die USA sind nach dem Irakkrieg sehr geschwächt. Die Zugeständnisse, die sie gegenüber dem Iran und der Türkei machen, sind Ergebnis dieser Schwäche.

Russland äußert sich nicht offen zu dieser Operation und im Allgemeinen zur kurdischen Frage. Wie sieht die aktuelle Kurdenpolitik Russlands aus?

Meiner Meinung nach wird Russland seine neutrale Haltung beibehalten. Vielleicht wird es beide Seiten dazu aufrufen, die Ruhe zu bewahren. Wegen der Gegnerschaft zu den USA wird Russland keine Haltung gegen die PKK beziehen. Auch wird Russland wegen der Beziehungen zur Türkei und um zu vermeiden, dass die Probleme mit Abchasien, Tschetschenien und dem Kosovo auf den Tisch kommen, die PKK nicht aktiv unterstützen. Manchmal wird es einem nicht klar, aber internationales Recht und Politik werden sehr unterschiedlich benutzt. Auf internationalem Gebiet werden manchmal bei gleichen Themen verschiedene Haltungen eingenommen. Und manchmal wird bei verschiedenen Themen die gleiche Haltung gezeigt. Beispielsweise könnte man diejenigen fragen, die sich für eine Freiheit des Kosovo einsetzen, warum sie nicht auch für die Kurden Freiheit fordern.

Wird die kurdische Frage auf internationalem Terrain immer aus diesem Grund übergangen?

Obwohl jeder sieht, dass die Situation der Kurden eine sehr schwere ist, will niemand sich gegen die Türkei stellen. Kurdistan macht einen großen Teil des Territoriums der Türkei aus. Deshalb will niemand etwas mit dieser Frage zu tun haben. Und dann ist da noch die geopolitische Lage der Türkei. Wie Sie wissen, wurde die Türkei als naher Verbündeter oder zukünftiger Stützpunkt in der Vergangenheit gegen die Sowjetunion und heute gegen einige problematische Länder im Osten benutzt. Deshalb kommt es in der kurdischen Frage oder auch armenischen Frage nicht zu einer harten Haltung gegen die Türkei.

Kann es zu einer Veränderung in der Haltung der EU kommen?

Die EU wird die Türkei weitere 10 bis 15 Jahre hinhalten. Aber danach werden die Begründungen dafür ausgehen. Der Hauptgrund dafür ist, dass die EU zunehmend ihr Militär reduziert und in Zukunft die türkische Armee zur Schutzmacht der EU werden kann. Schon jetzt sind die Bodentruppen der Türkei stärker als die der europäischen Armeen zusammen. Deshalb stellt sich die EU zunehmend die türkische Armee als die eigene Verteidigungskraft vor. ♦

Aleksandr Hramtçihin war lange Zeit politischer Berater des ehemaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin. Später gründete er das Institut für politische Forschung und militärische Analysen und arbeitete zu Themen wie Verteidigung und Außenbeziehungen Russlands. Bekannt wurde Hramtçihin durch Arbeiten zu China, Kasachstan und der russischen Armee.

Es geht um die Vorherrschaft in dieser für die westlichen Industriegesellschaften lebenswichtigen Region mit ihren reichen Öl- und Gasressourcen

Iran: Die Bombe tickt weiter

Norman Paech und Maria Oshana

Der jüngste Bericht der US-amerikanischen Geheimdienste zum iranischen Atomprogramm platzt in die Verhandlungen des UN-Sicherheitsrats über eine neue Resolution mit schärferen Sanktionen wie die auf Reisen gewähnten Eltern in die heimliche Party ihrer Sprösslinge. Gerade hatten die USA bei den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats für Unterstützung einer neuen Resolution geworben und eine erste zurückhaltende Zustimmung der ständigen Mitglieder zu schärferen Sanktionen erhalten. Die USA wähnten sich, wenn nicht am Ziel, so doch in erreichbarer Nähe einer geschlossenen Haltung zu ihrem Kurs gegen den Iran. Genau in diesem Moment melden sich die US-Geheimdienste mit einem Bericht. Die Geheimdienste gehen davon aus, dass der Iran sein Atomwaffenprogramm bereits 2003 eingestellt hat und können keinerlei Anzeichen dafür erkennen, dass der Iran sein Nuklearprogramm zu anderen als zivilen Zwecken nutzt.

Dieser Bericht lässt nicht nur Präsident Bush schlecht aussehen, sondern müsste die Mitglieder des Sicherheitsrats zu einem Rücktritt von ihrer Zustimmung bewegen. Auf jeden Fall ist es ein schwarzer Tag für Vizepräsident Dick Cheney, den unumstrittenen Falken in der Administration.

Noch wenige Wochen vor Veröffentlichung des Geheimdienstberichtes hatte Präsident Bush die Gefahr eines Dritten Weltkriegs durch den Iran heraufbeschworen. Wusste er nichts von den Erkenntnissen seiner Geheimdienste? Oder sind es etwa die Geheimdienste, die ihr angekratztes Image aufmöbeln wollen? Noch heute leidet ihre Glaubwürdigkeit unter dem Debakel, dass sie mit ihren Berichten über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak ausgelöst hatten. Vielleicht halten sie es kurz vor Ende der Amtszeit Bushs für ungefährlich, auf Distanz zum Präsidenten zu gehen und ihre Unabhängigkeit und Seriosität unter Beweis zu stellen. Oder sie sahen die Gefahr eines unmittelbaren Militärschlages der USA so groß, dass sie sich entschlossen, diese Pläne direkt zu torpedieren.

Diese Gefahr ist zunächst wohl gebannt, aber an die Vorstellung von der CIA als Friedensengel muss man sich erst noch gewöhnen. Die Staaten, die sich bisher dem Konfrontationskurs der USA angeschlossen hatten, tun sich schwer, ihren Irrtum so einfach einzugestehen. Stattdessen versuchen sie, den Bericht mit allerlei Akrobatik so zu interpretieren, dass er den bisherigen Kurs der Sanktionen und Kriegsandrohungen bestätigt.

Außenminister Steinmeier sieht in dem Bericht den Beweis dafür, dass die Sanktionspolitik und der internationale Druck auf Iran Wirkung gezeigt habe und dafür verantwortlich sei, dass der Iran sein Programm eingestellt habe. Er vergisst allerdings zu erwähnen, dass im Jahr 2003 keinerlei UN-Sanktionen existierten und es ganz sicher nicht die Bundesregierung war, die irgendeine Form von Druck auf den Iran ausgeübt hat. Druck kam damals nur von den USA, die schon seit langem ein gestörtes Verhältnis zum Iran haben.

Vom engen Verbündeten zum Feind der USA

Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten ist belastet, seitdem die USA mit einem von der CIA inszenierten Putsch den bisher einzigen demokratisch legitimierten Regierungschef Mohammad Mossadegh im Jahr 1953 stürzten. Dieses war seinerzeit die Antwort der US-Administration auf die Nationalisierung der Ölindustrie und ist fest in das Gedächtnis der Iraner eingegraben. Dies umso mehr, als die Rückkehr des ins Exil geflüchteten Schahs dem Land eine fast dreißigjährige Diktatur brachte, die die USA militärisch zur zentralen Ordnungsmacht im Mittleren Osten aufrüstete und zu ihrem engsten Verbündeten machte. 1979 fand die strategische Partnerschaft mit der islamischen Revolution und dem Sturz des Schahs ein Ende. Die Islamische Republik unter Ayatollah Chomeini wurde von der US-Administration als Schurkenstaat angesehen und später auf die „Achse des Bösen" gesetzt. US-Präsident Jimmy Carter verkündete im Januar 1980 nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan: „Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfs zu erlangen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der USA betrachtet und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen." Die USA hatten nacheinander zwei wichtige Stützpunkte, Iran und Afghanistan, im Kalten Krieg verloren. Diese versuchten sie nun durch die Aufrüstung der Mujaheddin in Afghanistan und durch den Angriff des Irak zurückzugewinnen.

Das Verhältnis zwischen den USA und Iran blieb auch in den folgenden Jahrzehnten nach dem Tod des Revolutionsführers im Jahre 1988 getrübt. Die interne Bewegung in der iranischen Gesellschaft, die sich vor allem in dem Wechsel nach Chomeini vom ersten Staatspräsidenten Ali Akbar Hashemi

Rafsandschani auf Mohammad Chatami im Jahre 1997 äußerte, stellte den islamischen Gottesstaat nicht in Frage. Auch änderte sie nichts an seiner außenpolitischen Haltung gegenüber den USA und dem Westen.

Irans Sicherheitsinteressen und das Atomprogramm

Die Konfrontation verschärfte sich allerdings mit den Kriegen in Afghanistan und Irak, mit denen die USA seit 2001 wieder unmittelbar an die Grenzen Irans heranrückten. Dieser ist nun vollständig von Staaten umgeben, die entweder enge Verbündete oder direkte Protektorate der USA sind. Obwohl Pakistan, Israel und die USA über Atomwaffen verfügen und praktisch unangreifbar sind, verschließen sich die USA dem begründeten Sicherheitsbedürfnis des Iran und verweigern den von Iran geforderten Nichtangriffspakt bzw. Gewaltverzicht. Nicht genug damit, die Konzepte, die aus den Zirkeln der Neokonservativen in den USA zur Vision eines „Greater Middle East“ an die Öffentlichkeit dringen, beinhalten alle einen Regimewechsel im Iran.

Angesichts der Nachbarschaft dreier Staaten mit Atomwaffen, Israel, Indien und Pakistan, sowie der unverhüllten Kriegsdrohungen aus den USA würde es nicht überraschen, wenn der Iran wirklich ein Atomwaffenprogramm verfolge. Seine Beteuerungen, dies nicht zu beabsichtigen, sind allerdings nicht zu widerlegen. Der jüngste Bericht der US-Geheimdienste unterstreicht diese vielmehr.

Den Mangel an Beweisen für ein Atomwaffenprogramm haben die USA bislang dadurch zu kompensieren versucht, dass sie die Beweislast einfach umgekehrt haben. Nicht sie haben dem Iran die gefährlichen Absichten nachzuweisen, sondern der Iran hat seinen Verzicht zu beweisen. Die Beweise kamen nun von den US-Geheimdiensten.

Dennoch bestehen die USA auf einem Verzicht auf Urananreicherung, einem Recht, das ausdrücklich durch den Atomwaffensperrvertrag, den Iran unterzeichnet hat, gewährt wird. Diese Forderung ist absurd, wenn man den Nachbarstaaten (Israel, Indien und Pakistan) ohne jegliche Einschränkung dieses Recht gewährt und selbst dessen Missbrauch duldet. Wer, wie die USA, ständig den Atomwaffensperrvertrag durch die Entwicklung neuer Atomwaffen verletzt und jegliche Abrüstung verweigert, besitzt darüber hinaus nicht die überzeugendste Legitimation, die Einhaltung des Vertrages von anderen Staaten zu verlangen.



Norman Paech (rechts) auf dem Podium der Veranstaltung *Quo Vadis, Türkei? Die kurdische Frage zwischen Krieg und politischer Lösung* in Hamburg Foto: A. Bender

Der Verdacht mag stimmen oder nicht. Auf jeden Fall muss man bei einem Staat, der umzingelt ist von Staaten mit Atomwaffen, sei es in eigener oder in der Verfügung der USA, damit rechnen, dass er der Bedrohung mit gleichen Waffen zu begegnen versucht. Erinnern wir uns an die Stimmen aus der Volksrepublik China, die nach dem Überfall der NATO auf Jugoslawien den kleineren Staaten rieten: Schafft Euch Atomwaffen an, wenn ihr vor den USA sicher sein wollt!

Das Ringen um die Macht in der Golfregion

Vieles deutet darauf hin, dass auch dieser Konflikt zwar seinen Namen vom Atomprogramm bezieht, aber viel größere Dimensionen hat. Es geht um die Vorherrschaft in dieser für die westlichen Industriegesellschaften lebenswichtigen Region mit ihren reichen Öl- und Gasressourcen. Diese Vorherrschaft beanspruchen die USA. Unter dem Label des „Greater Middle East“ verbergen sich knallharte US-Interessen an politischer Kontrolle und dem Zugriff auf Ressourcen von der Golfregion über den Kaukasus bis Mittelasien. Seit seinem überraschenden Wahlsieg im Sommer 2005 scheint Ahmadinedschad alles daranzusetzen, sich diesen Machtanspruch zu eigen zu machen und über eine Polarisierung der arabischen Welt gegen den Westen den Iran als Widerstandszentrum gegen die USA und Israel aufzubauen. Dessen Drohungen gegen den Staat Israel und die Leugnung des Holocausts bedienen einen auch im Nahen und Mittleren Osten weit verbreiteten Antizionismus und latenten Antisemitismus. Sie haben im Westen massive Kritik hervorgerufen, die wiederum in der muslimischen Welt nicht ganz zu Unrecht als arrogant und interventionistisch interpretiert wird und damit die Polarisierung noch verstärkt.

Der Iran bietet neben seiner schwer erträglichen antiwestlichen und antiisraelischen Rhetorik viel Angriffsfläche

für Kritik: die nach wie vor von Unterdrückung geprägte Stellung der Frau in der Gesellschaft, die verschärften Repressionen gegen Oppositionelle und religiöse Minderheiten, die Hinrichtungspraxis, die selbst vor Minderjährigen nicht Halt macht. Selbst die lang unbeachtete Repression gegen ethnische Minderheiten wird zunehmend von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen. Dies alles hat die Konfrontation um das iranische Atomprogramm erheblich verschärft.

Die deutsche Iranpolitik

Die Bundesregierung hat sich in dem Konflikt bislang vor allem dadurch ausgezeichnet, sich nicht festzulegen. So liest sich die Pressemitteilung von Außenminister Steinmeier nach Veröffentlichung des Geheimdienstberichts entsprechend kryptisch. Da wird vom *gemeinsamen Ziel der internationalen Gemeinschaft, eine nukleare Bewaffnung des Mittleren Ostens zu verhindern,* gesprochen und von der Notwendigkeit einer *festen Haltung, die den Iran bewegen kann, den Weg der Vertrauensbildung zu beschreiten. Gleichzeitig findet auch die ausgestreckte Hand dem Iran gegenüber und die Bereitschaft zu umfassender politischer und wirtschaftlicher Kooperation* ihren Platz. In keinem Satz erwähnt er die Einstellung des Atomprogramms und die Konsequenzen für die diplomatischen Beziehungen zum Iran, aber auch nicht die Notwendigkeit, auf das Sicherheitsbedürfnis Irans einzugehen.

Erst nach dem jüngsten Besuch auf der Ranch Bushs im November 2007 gab Kanzlerin Merkel die uneindeutige Haltung auf. Sie verkündete ihre Zustimmung und Beteiligung an weiteren Sanktionen und rief damit die deutsche Wirtschaft auf den Plan. Für sie steht in der Tat einiges auf dem Spiel.

Anders als die USA unterhält Deutschland seit Jahrzehnten intensive Handelsbeziehungen zum Iran. Der Iran ist ein wichtiger Exportmarkt für deutsche Unternehmen. Noch 2006 exportierte Deutschland Waren im Wert von über 4,11 Milliarden Euro in den Iran. Mit der wachsenden Spannung zwischen Iran und den USA erhöhte sich auch der Druck auf die Bundesregierung, die sich bislang gegen Wirtschaftssanktionen gesträubt hatte. Die drohenden Einbußen deutscher Unternehmen und die Besorgnis um den Verlust wichtiger Handelspartner trugen dazu bei, dass die Bundesregierung in Bezug auf Sanktionen eher zurückhaltend reagierte und vehement auf die Geschlossenheit der Staatengemeinschaft drängte. Die deutschen Unternehmen befürchten zu Recht, dass bei einem Wirtschaftsembargo die Handelslücken von Unternehmen anderer Länder geschlossen werden könnten und sie damit langfristig aus dem Markt gedrängt würden. Die jahrelangen intensiven Handelsbeziehungen zum Iran spiegeln sich auch in der Vergabepraxis von Hermes-Bürgschaften wider. Nach Russland und China belegte Iran lange Platz 3 auf der Liste der deutschen Export-Bürgschaften. Die Bundesregierung vergibt seit Jahren Ausfuhrgarantien in Milliardenhöhe und machte damit bislang gute Geschäfte. Erst mit Beginn des Atomstreits änderte sich diese Praxis. Das Wirtschaftsministerium spricht seitdem von einer risikobedingten restriktiven Vergabe von Bürgschaften. Trotz eines deutlichen Rückgangs der Bürgschaften konnte der Bundeshaushalt im Jahr 2006 noch 2,6 Milliarden Euro aus dem Kreditversicherungsgeschäft einstreichen. Dem Finanzministerium zufolge könnte eine Verschärfung des Iran-Embargos den Bundesetat mit einem Ausfall von bis zu 800 Millionen Euro belasten.

Die Bundesregierung dürfte sich daher über den Geheimdienstbericht freuen. Sie sollte daraus aber auch die Konsequenzen ziehen und zu normalen diplomatischen Beziehungen zu Iran zurückkehren: ohne Sanktionsdrohungen und mit einem gesteigerten Verständnis für die unabweisbaren Sicherheitsbedürfnisse des Iran angesichts der Kriege in seinen Nachbarstaaten. Diese sollten allerdings auch die Fähigkeit zu konstruktiver Kritik an der iranischen Regierungspolitik beinhalten. Die bislang so gründlich fehlgeschlagene Politik der Konfrontation und Sanktionsdrohungen sollte zudem die Erkenntnis gefördert haben, dass auf Gleichheit und Kooperation basierende Diplomatie der Verhandlungen viel eher eine Veränderung der iranischen Haltung erreichen kann. ♦

Todesstrafe gegen kurdischen Journalisten im Iran bestätigt

Das oberste Gericht des Iran hat das gegen den Journalisten Adnan Hassanpour verhängte Todesurteil aufrechterhalten. Das Todesurteil wird nun der obersten Justizautorität vorgelegt, bevor es vollstreckt werden kann. Das gegen Abdolwahed (Hiwa) Butimar verhängte Todesurteil ist hingegen aufgrund von Unregelmäßigkeiten im rechtlichen Verfahren aufgehoben worden. Sein Fall ist an das Revolutionsgericht der Stadt Marivan in der Provinz Kurdistan (Kordestan) zurückverwiesen worden, welches das ursprüngliche Todesurteil verhängt hatte. Gegen ihn wird eine Neuverhandlung stattfinden.

Die Urteile in beiden Verfahren wurden am 23. Oktober 2007 gesprochen, aber nicht sofort veröffentlicht. Saleh Nikhbakht, einer der Verteidiger von Adnan Hassanpour und Abdolwahed Butimar, war zwar am 5. November 2007 über das Urteil des Obersten Gerichtshofs in Kenntnis gesetzt worden, erklärte aber gegenüber der studentischen iranischen Nachrichtenagentur ISNA, der Oberste Gerichtshof habe das Urteil nicht offiziell veröffentlicht, und somit sei es nicht rechtskräftig.

Beide haben für die auf Kurdisch und Persisch erscheinende Wochenzeitschrift „Aso" (Horizont) gearbeitet, die von den iranischen Behörden im August 2005 nach weit verbreiteten Unruhen in den kurdischen Gebieten verboten wurde.

Quelle: ANF, 10.11.2007, ai, ISKU

Starke Beteiligung von Frauen in kurdischen Parteien nach 1990 ist sehr bedeutend

Ohne Befreiung der Frau keine befreite Gesellschaft

Pelguzar Kaygusuz, DTP-Bildungskommission

Am 3. und 4. Dezember 2007 fand im Europaparlament in Brüssel die 4. Internationale Konferenz „Die EU, die Türkei und die Kurden" statt. Sie wurde von der EUTCC (EU Turkey Civic Commission) durchgeführt.

Verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Konferenz!

Weil die türkische Republik seit ihrer Gründung bis heute ihren totalitären und oligarchischen Charakter beibehalten hat, blieb ihr ein demokratisches Wesen versagt. Den Demokratie- und Friedenskampf gegen diese Strukturen führen daher die Völker, die Werktätigen und die Frauen. Das Niveau der Demokratisierung dieses Landes hängt unmittelbar von der Teilnahme der Frauen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene ab.

Schauen wir uns die Fakten zur Situation der Frauen in der Türkei an, so sehen wir, wie berechtigt die Kritik an der Türkei ist. Obwohl dort schon Anfang des 20. Jahrhunderts das Wahlrecht für Frauen eingeführt worden war, betrug der Anteil von Frauen im türkischen Parlament lange Jahre nur 4 %. Parallel dazu werden die alten kulturellen Rollenzuweisungen für Männer und Frauen bis heute weiterhin aufrechterhalten.

Aus Sicht der kurdischen Frauen ist die Situation noch viel schlimmer. Die Tatsache, dass die kurdische Identität noch immer nicht akzeptiert und Bildung in anderen als der offiziellen Amtssprache Türkisch nicht zugelassen ist, dass für die Lösung der kurdischen Frage kein anderer Weg außer Verleugnung und Gewalt vorgesehen wird, sowie die starken feudalen und religiösen Einflüsse erschweren die Lage der kurdischen Frauen noch mehr. Daher hat ihr Kampf einen doppelten Charakter. Der Kampf der kurdischen Frauen verändert die kurdische Gesellschaft, was wiederum die türkische Gesellschaft verändert und demokratisiert.

Verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

die Parteien- und Wahlgesetze verbieten für politische Parteien und bei Wahlkampagnen den Gebrauch anderer Sprachen als der türkischen. Das bedeutet, dass diejenigen, die kein Türkisch sprechen, von diesen Informationen ausgeschlossen sind. Eine kurdische Frau, die kein Türkisch gelernt hat, hat sowieso keine Chance zu kandidieren.

Die östlichen und südöstlichen Regionen Anatoliens waren die gesamte Republikgeschichte hindurch Zeugen von kurdischen Aufständen und ihrer blutigen Zerschlagung und von Verboten. Die Geschichte der Türkei ist zugleich eine Geschichte von Militärputschen. Die Tatsache, dass in der Türkei in jeweils zehnjährigen Abständen drei Militärstreiche stattfanden, verhinderte die Demokratisierung der Republik. Die Militärstreiche, die Repressionen, die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik sowie die monistische offizielle Ideologie führten dazu, dass Frauen im Demokratiekampf mehr Verantwortung auf sich luden. Die Repressionen verstärkten den Freiheitsdrang der kurdischen Frau und ließen einige für ihren Freiheitskampf zu den Waffen greifen. Frauen litten unter staatlicher Repression, wurden sexuell belästigt und vergewaltigt, nur weil sie sich für Demokratie und Gleichberechtigung einsetzten. Nur wenige dieser Frauen fanden den Mut und die Unterstützung, dagegen rechtliche Schritte einzuleiten. Die Verfahren von Şükran Aydın und Remziye Dinç wurden vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gebracht. Die Rechtsanwältin Eren Keskin wurde zu Gefängnis verurteilt, weil sie die Fälle der von ihr vertretenen Frauen an die Öffentlichkeit getragen und behauptet hatte, dass türkische Sicherheitskräfte Frauen in Polizeigewahrsam sexuell belästigten und vergewaltigten. Noch immer gibt es Morddrohungen gegen Frau Keskin.

Frauen, die den Kampf um die Demokratisierung führten, haben überwiegend ihren Platz in der Politik eingenommen. Die friedliche Lösung der kurdischen Frage und die Anerkennung der kurdischen Identität sind für die Frauen von großer Bedeutung. Denn die starke Beteiligung von Frauen in kurdischen Parteien nach 1990 ist sehr bedeutend. Die kurdischen Frauen blieben nicht Reservekraft der kurdischen Opposition, sondern wurden zum Subjekt im Kampf für Demokratie und Frieden. Eine dieser Frauen, Ihnen gut bekannt, ist Leyla Zana. Sie wurde ins Gefängnis gesteckt, als sie ihren Kampf für Demokratie als Abgeordnete führte, verbrachte einen Großteil ihres Lebens dort und ist noch immer mit einem politischen Betätigungsverbot belegt. Dabei setzte sie sich nur für Demokratie und Gleichberechtigung ein. Heute ist die Zahl dieser Frauen viel größer. Viele Frauen können heute in kurdischen Parteien, von der damaligen HEP (Partei

der Arbeit des Volkes) bis zur derzeitigen DTP (Partei für eine Demokratische Gesellschaft), bei Kommunal- und bei Parlamentswahlen kandidieren und werden auch vom Volk unterstützt. Heute kommt die Hälfte aller – wenn auch wenigen – weiblichen Bürgermeister und Kommunalpolitiker von der DTP. Auch annähernd die Hälfte aller Parlamentsabgeordneten aus der DTP, die aufgrund der bestehenden Zehnprozent-Wahlhürde nur wenige KandidatInnen aufstellen konnte, sind Frauen. Die Beteiligung von kurdischen Frauen an der Politik, sonst in der Türkei in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Soziales weit unterdurchschnittlich vertreten, ist daher bemerkenswert. Es ist zugleich ein Beweis dafür, dass Frauen den Zusammenhang zwischen der Lösung der kurdischen Frage und der Verbesserung ihres Status als Frau erkennen. Innerhalb der *Demokratischen Partei des Volkes* (HADEP) führten die Frauen ihren Kampf anfänglich innerhalb der Frauenkommission, später in Form einer Gruppe, um ihre Arbeit zu institutionalisieren und zu systematisieren. Erst nach diesem HADEP-internen Schritt wurde die Bildung von Gruppen in Parteien in das Parteiengesetz aufgenommen. Außerdem fand der Kampf der Frauen Eingang in die Parteistatuten mit der Formulierung: „Ohne die Befreiung der Frau ist die Gesellschaft nicht zu befreien.“ Die Frauengruppe der DEHAP (Demokratische Volkspartei) führte eine Frauenquote von 35 % ein, um zumindest auf diese Weise die gesellschaftliche Ungleichheit etwas zu überwinden. In der DTP wurde diese Frauenquote als Geschlechterquote auf 40 % erhöht. Ein weiterer Schritt, um die Teilnahme der Frauen an Entscheidungsmechanismen und Führungsebenen zu sichern sowie ihre Beteiligung und ihren Willen auf allen Ebenen Ausdruck finden zu lassen, war der Beschluss, den DTP-Vorsitz doppelt zu besetzen. Offiziell wurde diese Doppelspitze verboten, weil sie im Parteiengesetz nicht vorgesehen ist, aber inoffiziell weitergeführt.

Auch die Sitzaktion der Familien von Verschwundenen vor dem Galatasaray-Gymnasium sowie die Gruppe der Friedensmütter, wo Mütter im Alter von 60



Demonstration zum 25. November in Dersim
Foto: DIHA

bis 70 Jahren sich organisierten, um sich für eine demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage einzusetzen und um den Weg für die Eingliederung ihrer Kinder aus den Bergen ins gesellschaftliche Leben zu eröffnen, sollte wichtig genommen werden.

Verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

kurdische Frauen, die diesen Kampf führen, erlitten schwere Repressionen. Ich möchte einige Beispiele anführen:

Die Friedensmütter ketteten sich im Februar 2005 in einer belebten Straße Diyarbakırs an, um gegen die anhaltenden Militäroperationen zu protestieren. Sie wurden auf brutale Weise festgenommen. Das Verfahren, in dem sie als Terroristinnen beschuldigt werden, läuft noch immer.

In Cizre bei Şırnak wurde die Frauendemonstration zum 8. März von Sicherheitskräften angegriffen und 32 Frauen wurden festgenommen. Nach Monaten wurden sie zwar freigelassen, aber das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Seit der Gründung der DTP bis heute werden gegen Mitglieder unserer Partei, die als politische Gefangene in den Gefängnissen saßen, Schritte eingeleitet, um eine Mitgliedschaft und eine politische Betätigung zu verbieten, obwohl es hierfür keinerlei rechtliche Grundlage gibt.

In diesem Zusammenhang erstaunt es nicht, dass bei den „Lynch-Kampagnen“ gegen die DTP und gegen die DTP-Fraktion die Frauen zum Angriffsziel gemacht werden. Die kurdischen Vertreterinnen werden allseits auf eine Weise angegriffen, die an das Motto „Erschießt zuerst die Frauen“ denken lässt. Das Verhalten der Abgeordneten, wie Fatma Kurtulan, Sabahat Tuncel, Aysel Tuğluk, Ayla Akat Ata, wird detailliert, ihr Privatleben eingeschlossen, unter die Lupe genommen und in den Medien attackiert. Zuletzt wurde vonseiten aller staatlicher Institutionen und anderer Kreise versucht, sie physisch, politisch und ethisch zu lynchen, weil sie eine menschliche Aufgabe auf sich genommen und die Freilassung der entführten Soldaten erreicht haben.

Verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

an diesen wenigen Beispielen können Sie ablesen, wie beschwerlich der Kampf für Frieden und Demokratie ist. Aber die Sehnsucht nach und die Leidenschaft für Demokratie und Frieden sind die historische und die aktuelle Stütze der Frauen. Wir Frauen, als Hauptleidtragende dieses männerbeherrschten Systems, werden mit dieser Stütze an unserem Kampf für Demokratie und Frieden festhalten. Denn ein geschwisterliches Leben ohne Gewalt ist möglich.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. ♦

Zur Person:
Pelguzar Kaygusuz wurde 1970 in Dersim geboren. Sie ging im letzten Semester von der wirtschaftlichen Fakultät Istanbul ab. Aus politischen Gründen war sie zwischen 1992 und 2001 inhaftiert. 2002–2005 war sie in unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Mesopotamien-Kultur-Zentrum, der „Föderation der Vereine zur Unterstützung der Familien der Gefangenen und Verurteilten“ (TUHAD-FED) sowie der Frauengruppe der DEHAP aktiv. Seit 2005 arbeitet sie in unterschiedlichen Bereichen innerhalb der DTP, für deren Bildungskommission sie heute als Co-Vorsitzende fungiert.

Die Ilisu-Auflagen sind nichts als ein Alibi – Der Widerstand geht weiter!

Die Umsiedlungsverfahren verstoßen gegen die Auflagen

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Als die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz im März 2007 ihre Kreditbürgschaften für das Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekt vergaben, brüsteten sie sich damit, welch tolle 150 Auflagen, auch *Terms of Reference* (TOR) genannt, sie für dieses Projekt ausgearbeitet hatten. Auch die türkische Regierung hätten sie dazu gebracht, diese zu unterschreiben. Sie sollen das Projekt angeblich mit den Weltbankstandards in Einklang bringen. Und immer wieder die Drohung: Wenn sich die Europäer nicht beteiligen, würde das Projekt mit chinesischen Unternehmen umgesetzt werden. Dann gäbe es jedoch gar keine Standards.

Die Realität

Im Frühsommer 2007 erfuhren wir, die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf*, dass der erste Teil des Umsiedlungsprozesses für die geplante Baustelle – diese betrifft insgesamt vier Dörfer – in den Dörfern Ilisu und in Karabayır begonnen hatte. Die Verträge der türkischen Regierung mit den Banken und Unternehmen waren zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht unterzeichnet; auch nicht die endgültigen Vereinbarungen zwischen türkischer Regierung und den Exportkreditagenturen (ECA). Dies passierte höchstwahrscheinlich in den vergangenen Wochen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die Umsiedlungen wurden durch die türkische Regierung bereits ein halbes Jahr vor der Unterzeichnung der Verträge durchgeführt und die hochgepriesenen 150 Auflagen wurden dabei komplett ignoriert.

Infolge von Gesprächen mit den Betroffenen stellte sich heraus, dass die Betroffenen von den Auflagen nie gehört hatten und sie über ihre Rechte nicht informiert worden waren. Dies wurde, wie bei allen bisherigen türkischen Umsiedlungsprozessen, umgangen.

Den BewohnerInnen von Ilisu wurde ein Umsiedlungsort vorgeschlagen, der von vornherein inakzeptabel war. Er bot keine Flächen für Landwirtschaft und kein Wasser. Es war ein bewaldeter steiler Hang und es drohten Konflikte mit dem Nachbardorf. Deshalb entschieden sich fast alle für die angebotene finanzielle Entschädigung. Alle Vorschläge der Dorfbewohner für ihr neues Dorf wurden sofort kategorisch abgelehnt.

Es wird deutlich, dass das türkische staatliche Wasseramt (DSI) die Menschen nie, wie in den Weltbankkriterien vorgeschrieben, in der Nähe ihrer früheren Lebensorte umzusiedeln oder ihnen gute Einkommensquellen zu verschaffen beabsichtigte. Die Erfahrung zeigt, dass die Betroffenen schnell mit möglichst wenig Geld entschädigt werden sollen, sofern sie nachweisen können, dass das bewohnte und bearbeitete Land sich in ihrem Besitz befindet.

Als nun im Sommer 2007 die ersten Entschädigungszahlungen erfolgten, haben die meisten nur die Hälfte der vereinbarten Summe erhalten. Dies ist eine bittere Enttäuschung. Auch die Frage bezüglich der Thermalbäder, die direkt neben der Baustelle am Tigris von einer Dorfgemeinschaft bewirtschaftet wird, bleibt noch ungeklärt. Als Einnahmequelle einer ganzen Dorfgemeinschaft müsste diese laut Auflagen ersetzt werden. Auch dazu wurden den Betroffenen von den Unternehmen, allen voran von der türkischen Baufirma Nurol, größte Versprechen gemacht.

So wurde gezielt die ehrenvolle Tradition des gegebenen Wortes, das unter diesen Menschen noch gilt, missbraucht. Sie wurden bewusst getäuscht, damit bis zum Umsiedlungsprozess weder Widersprüche noch Protest aufkommen. Aufgrund der Versprechungen war die Mehrheit der Menschen um Ilisu und Dargeçit, einer Stadt in der Nähe der geplanten Baustelle, im Gegensatz zu allen betroffenen Gebieten bis zu diesem Zeitpunkt für das Projekt. Erst jetzt denken sie um.

Die ausgezahlten Beträge für die Häuser reichen nicht aus, um annähernd ein gleichwertiges Haus im 13 km entfernten Dargeçit zu kaufen oder zu bauen. Denn angesichts der ausgezahlten Beträge sind die Grundstücks- und Immobilienpreise gestiegen. Auch mit den Entschädigungen für ihre Ländereien können an dem neuen Lebensort keine vernünftigen Einkommensquellen geschaffen werden. Die Folge ist Verarmung. Zumeist werden aus ihnen Tagelöhner.

Die Auflagen sehen weiter vor, dass die Betroffenen beim Umsiedlungsprozess durch eine Kommission beraten werden. Davon war nicht mal die Spur zu sehen.

Diese Umsiedlungsverfahren gleich zu Beginn verstoßen eindeutig und sehr umfassend gegen die Auflagen. Sie zeigen klar, wie wenig die Türkei an der Erfüllung interessiert ist. Wir als *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* hätten erwartet, dass sich zumindest am Anfang das DSI bemühen würde, einige dieser Auflagen umzusetzen. Selbst wenn im Nachhinein doch noch im Fall des Dorfes Ilisu einige Auflagen erfüllt werden,

wird es im Laufe des Projektes seitens der Türkei immer wieder Verletzungen der Auflagen geben. Die Türkei versucht mit allen Mitteln, das Ilisu-Projekt umzusetzen. Dabei begeht sie auch vorsätzliche Täuschungen. Sie unterschreibt Verträge, die sie nie richtig zu erfüllen gedenkt.

Die Lösung für alles: Expertenkomitee

Interessant ist auch das von ECAs und DSI eingesetzte „unabhängige" Expertenkomitee CoE (Committee of Experts), welches die Erfüllung der Auflagen überprüfen soll. Mit diesem aus internationalen und türkischen „Experten" bestehenden Komitee antworten die Projektbetreiber und die drei europäischen Regierungen, wenn sie auf alle Kritik nichts mehr zu antworten wissen. Wenn wir uns die türkischen Mitglieder ansehen, erkennen wir, dass es sich überwiegend um „staatstreue" Wissenschaftler handelt, von denen nicht viel erwartet werden kann. Selbst wenn dieses Expertenkomitee feststellen würde, dass die Auflagen nicht ausreichend erfüllt sind, hätte dies keinerlei Auswirkungen auf die drei europäischen Regierungen.

Das CoE befand sich zur Überwachung der Projektauflagen vom 29.11. bis zum 10.12.07 in der Ilisu-Region. Warten wir ab, mit welchen Ergebnissen!

Auflagen sind ein Alibi!

Es ist deutlich, dass für die europäische Beteiligung die Auflagen im Endeffekt ein Alibi sind. So können sie mit großen Geschäften im Talsperren- und Wasserkraftwerksbau kalkulieren, denn die Türkei will mindestens noch 540 weitere Wasserkraftwerke bauen. Das österreichische Unternehmen VA Tech (Andritz) ist beispielsweise direkt und indirekt an knapp 70 % der Wasserkraft in der Türkei beteiligt. Dabei zeigt ihr Handeln und auch das ihrer türkischen Partnerunternehmen, dass ihnen die Kultur, Natur und das Leben anderer gleichgültig ist, unabhängig von imagewirksamen Äußerungen oder Auflagenplänen.

Dies ist die Meinung von uns, den Betroffenen. Denn für dieses Projekt gibt es einfach keine vernünftigen Gründe. Der Nutzen steht in keiner Relation zu dem Schaden und Verlust.

Die Erfüllung der Auflagen selbst widerspricht dem Ilisu-Projekt, deswegen ist dies niemals zu akzeptieren. Denn

a) die Auflagen können keine soziale Umsiedlung garantieren, da essentielle Probleme wie die Landfrage nicht gelöst werden.

b) das bisherige Verhalten des DSI zeigt, dass es gar kein Interesse an der wirklichen Umsetzung dieser hat.

c) jegliche Projektpartizipation der Betroffenen fehlt. Stattdessen verschlechtert sich seit 1–2 Jahren die menschenrechtliche Situation.

d) unsere Kultur und Natur würde zerstört.

e) die Menschen der Region werden keinen Nutzen aus dem Projekt haben. Der Strom ist eh für den Westen bestimmt.

Ilisu und Menschenrechte?

Vor knapp zwei Monaten hörten wir von Menschen aus Dargeçit und Hasankeyf, dass der Staat nun beginnt, 12 Militärstationen um das Dorf Ilisu zu bauen, um die Baustelle angeblich gegen die kurdische Guerilla zu sichern. Schon Anfang des Jahres hatte die türkische Regierung diskutiert, bis zu 5 000 Soldaten nur zu Sicherung von Ilisu bereitzustellen. Den ECAs – wie diese bestätigten – wurde mitgeteilt, dass 2 000 Soldaten eingesetzt würden. Dieser Umstand eines solch umfangreichen Militäreinsatzes zeigt, wie problematisch dieses Projekt ist. Und wie wenig die OECD- und Weltbankstandards, eine Partizipation und die Menschenrechte eingehalten werden. Wie können unter solchen Bedingungen Betroffene sich über ihre Rechte informieren und sie einfordern? Sie haben in den 90er Jahren miterlebt, wie hunderte Dörfer in ihrer Region vom Militär dem Erdboden gleichgemacht wurden, wie hunderte Menschen gefoltert und verschleppt wurden. Während dieses Unrecht bis heute nicht aufgearbeitet ist, haben die Menschen noch immer berechtigte Angst und Misstrauen gegenüber dem Militär. Dazu kommt, dass seit 2006 die Gefechte und die Menschenrechtsverletzungen wieder zugenommen haben. Wir können hier nicht von freien Umständen reden. Da erscheinen die 150 Auflagen teilweise wie von einem anderen Stern.

Es kann sein, dass im Frühjahr oder Sommer 2008 mit dem Bau des Staudammprojektes tatsächlich begonnen wird. Unsere Kampagne für den Erhalt von Hasankeyf und dem Tigristal geht in jedem Fall weiter, bis dieses Projekt gestoppt ist.

Wir werden in den kommenden Monaten unsere Kampagne intensivieren. Geplant ist, das Bündnis in der Türkei auszuweiten, denn die Präsenz vor Ort ist wichtiger denn je. Die Betroffenen werden ihren Widerstand ausweiten und ihre Proteste verstärken. Auch in Europa rufen wir die Menschen und Organisationen dazu auf, ihren Protest fortzuführen und auszubauen. ♦



Protest gegen die Beteiligung der DekaBank an der Zerstörung Hasankeyfs
Foto: A. Bender

Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit

Die PKK und die kurdische Frage in den deutschen Medien

Nick Brauns, Journalist

Nach der Verschleppung und Verurteilung des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan war es in den deutschen Medien lange still geworden um die Kurden. Die türkischen Drohungen mit einem Militäreinmarsch nach Südkurdistan und die pogromartigen Übergriffe türkischer Rechtsextremisten auf kurdische Bürger in Deutschland haben in den letzten Monaten zu einer verstärkten Berichterstattung geführt. Analysen von Türkei-Korrespondenten und Reportagen aus PKK-Guerillacamps im Nordirak verheißen Authentizität. Tatsächlich zeigen sie vor allem die Schwierigkeiten deutscher Journalisten beim Schreiben der Wahrheit. Im folgenden Artikel soll es nicht um plumpe Hetze im Stile von „Terrorbande" oder „PKK-Kindermörder" gehen, die sich nach wie vor auch in den deutschen Medien findet, sondern um subtile und umso gefährlichere Manipulationen in Beiträgen, die in ihrer Grundtendenz sogar prokurdisch erscheinen.

Kurdischer Staat als Ziel?

Zu den am häufigsten verbreiteten Lügen über die PKK gehört die auch von Nachrichtenagenturen regelmäßig kolportierte Behauptung, die PKK kämpfe noch für einen eigenen kurdischen Staat. „Türkische Soldaten wurden ermordet und in türkischen Städten explodierten Sprengsätze. Die Kurden kämpfen hart für die Schaffung eines eigenen Staates. Die Zustimmung der Türkei wollen sie dabei erzwingen.", leitet Boris Kalnoky einen Artikel in der Internet-Ausgabe der konservativen Tageszeitung DIE WELT ein (PKK setzt auf blutige, medienwirksame Aktionen, Welt Online 9. Oktober 2007). „Die Welt" hatte sogar ihre Reporterin Birgit Svensson zu den Guerillakämpferinnen in den nordirakischen Kandil-Bergen geschickt, die dort auch mit Hevale Mizgin, einer führenden Vertreterin des aus der PKK hervorgegangenen Dachverbandes der „Vereinigten Gemeinschaften Kurdistan" KCK sprach. So richtig zugehört hat die Journalistin offenbar nicht, wenn sie schreibt: „Die `Sache´ ist ein unabhängiges Kurdistan, die zwischendurch zwar kurzzeitig Autonomie hieß und mehr Rechte für die Kurden in der Türkei, seit Kurzem aber wieder auf die ursprüngliche Forderung zurückfällt." Der in Istanbul lebende Türkei-Korrespondent der linksliberalen Berliner Tageszeitung „taz", Jürgen Gottschlich, schwadroniert gar von einem „Traum von Großkurdistan, den die PKK als angebliche Befreiungsorganisation für alle Kurden träumt". (Militärschläge bringen nichts, taz 4.11.2007). Der Träumer ist dabei Gottschlich selber, denn wie Wolfgang-Günther Lerch von der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in seiner „Kleinen Geschichte der PKK" richtig erkannte, wurde das ursprüngliche Zie,l „die Errichtung eines sozialistisch geprägten Staates Kurdistan", längst zugunsten einer „kurdischen Autonomie" aufgegeben (Wiederaufflammender Kampf, FAZ 30.10.2007).

Bereits im März 1993 kündigte der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der südkurdischen *Patriotischen Union Kurdistans* Jelal Talabani im syrischen Bar Elias erstmals öffentlich den Verzicht auf die Forderung nach einem eigenen Staat zugunsten einer Autonomielösung an. Nach seiner Verschleppung in die Türkei sprach sich Öcalan ab 1999 für eine „demokratische Republik Türkei" mit der Anerkennung der kurdischen Sprache und Kultur aus. Heute vertreten die aus der PKK hervorgegangenen Organisationen das Konzept des „demokratischen Konföderalismus" als Aufbau einer demokratisch-ökologischen Zivilgesellschaft durch kommunale Basisorganisierung, ohne bestehende Staatsgrenzen anzutasten.

Schwäche der PKK?

Oft war in den letzten Monaten von einer Schwäche der PKK zu lesen. Um ihren angeblich schwindenden Einfluss zu kaschieren, habe die PKK zu verstärkten militärischen Aktivitäten gegriffen, lautet der Tenor.

Der Wunsch scheint hier Vater des Gedankens zu sein. Schließlich machte sich kaum ein Journalist in den letzten Jahren die Mühe und nahm im März an den Newrozfesten in den kurdischen Provinzen der Türkei teil. Sonst wäre ihnen aufgefallen, dass die dort versammelten Massen Öcalan und die PKK hochleben ließen. Verirrt sich doch mal ein Journalist einer großen deutschen Tageszeitung nach Diyarbakır, sucht er kaum das Gespräch mit den Menschen auf dem Basar oder im Teehaus, sondern lässt sich lieber in den Lobbies der Hotels vom liberalen Geschwätz eines örtlichen Geschäftsmanns einseifen, der sich kaum öffentlich zur PKK bekennen kann. Wenn dann selbst eine kurdische Großdemonstration in Deutschland für die Freilassung von Abdullah Öcalan mit Zehntausenden Teilnehmern nicht einmal in den Randspalten der überregionalen Presse Erwähnung findet, weil keine Autos brannten, dann schließt

mancher Journalist schnell auf eine Schwäche der PKK.

So mutmaßen Annette Grossbongadt und Bernhard Zand im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Militärisch mag die PKK stark genug sein, immer wieder die türkische Armee herauszufordern, doch politisch ist sie angeschlagen und kämpft um ihr Überleben.“ (Kurdische Katzen, Der Spiegel 29.10.2007). Als Beweis wird das gute Abschneiden der Kandidaten der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP auch in den kurdischen Landesteilen und das vergleichsweise schwache Ergebnis der Kandidaten der kurdischen *Partei für eine Demokratische Gesellschaft* DTP angeführt, „deren Aktivisten der PKK mitunter sehr nahe stehen“. Auf die Hintergründe des Wahlergebnisses, die vorangegangenen Putschdrohungen des Generalstabes, massive Einschüchterung von Wählern durch Soldaten und Dorfschützer, Wahlmanipulation in den kurdischen Landesteilen und Schulterschluss aller Parteien hinter der AKP gegen die unabhängigen kurdischen und linken Kandidaten schweigen sich die Autoren aus.

Ein „Terrortrupp[s] von 3 000 Mann, der aus Schwäche zuschlägt, nicht aus Stärke“, heißt es im Artikel von Kai Strittmatter. „Der PKK kann nur eines neues Leben einhauchen: der gewaltige Militärschlag, der gerade vorbereitet wird.“ (Türkische Angst, SZ 31.10.2007) Noch drei Monate zuvor wusste derselbe Autor: „Die PKK ist im kurdisch besiedelten Südosten der Türkei noch immer so verwurzelt, dass die DTP-Führung sich bislang nicht zu einem klaren Bruch mit der PKK durchringen konnte.“ (Die Brücke der Versöhnung, SZ 20.07.2007) Entweder hat die PKK innerhalb weniger Wochen rapide an Einfluss verloren oder Herr Strittmatter lässt sein Fähnlein mit dem Wind wehen ...

Die schon zitierte Birgit Svensson schrieb zusammen mit ihrer Kollegin Andrea Böhm in der liberalen Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ über das angebliche „Kalkül der Guerillaführer: sich buchstäblich aus der politischen Irrelevanz herauszubomben, auf neue türkische Repressionen und Ausschreitungen gegen Kurden zu hoffen – und damit auch auf neue Rekruten für die eigenen Reihen.“ (Frauen an der Front, Die Zeit, 25.10.2007) Es ist schwer zu sagen, ob es sich hier um Böswilligkeit oder Dummheit der Autorinnen handelt. Es gibt zahlreiche Statements von Seiten der PKK bzw. Kongra-Gel oder KCK gegen einen türkischen Einmarsch und für die Bereitschaft zu einer politischen Lösung, die aber von der deutschen Presse weitgehend verschwiegen wurden.

Nur wer die kurdische Frage seit Jahren beharrlich ignoriert, kann jetzt von einem Kalkül der PKK auf „neue türkische Repressionen“ schwafeln. Diese Repressionen finden permanent statt. Morde von Militär und Dorfschützern an Zivilisten, hunderte Militäroperationen, chemische Waffen gegen Guerillakämpfer, Checkpoints im ganzen Land, Verschleppungen und Folterungen Oppositioneller, Tränengas und scharfe Schüsse gegen Demonstranten, verbrannte Wälder, Zeitungsverbote, Prozesse gegen Journalisten und Musiker wegen „Beleidigung des Türkentums“. All das gehört zur Realität in den kurdischen Landesteilen, doch fast nichts davon findet Eingang in die deutsche Presse.

Einseitige Quellen

Agenturmeldungen in den Randspalten der Zeitungen vermerken mitunter getötete Soldaten und Guerillakämpfer. Dabei werden nur die Angaben der offiziellen türkische Seite berücksichtigt, die von der HPG-Guerilla regelmäßig im



Gedenken am 4.12. in Istanbul
In der Nacht des 3. Dezember 1994 wurde das Zentralbüro von Özgür Ülke in Istanbul und ihr Zweigbüro in Ankara durch Bombenattentate erheblicher Sprengkraft völlig zerstört. Ein Redaktionsmitarbeiter kam ums Leben und weitere 17 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.
Özgür Ülke konnte dann nur noch wenige Wochen erscheinen, jede Ausgabe wurde beschlagnahmt. Die Herausgabe der Tageszeitung Özgür Ülke wurde schließlich am 3.2.1995 verboten.
Fotos: DIHA

Internet veröffentlichten Berichte über Gefechte und Opfer finden keine Erwähnung. Indem über fast 400 türkische Militäroperationen zwischen Januar und September geschwiegen wird, kann durch die plötzliche Meldung eines einzelnen Gefechts suggeriert werden, die Guerilla habe ihre Angriffe erheblich gesteigert.

Mit Ausnahme der marxistischen Tageszeitung „junge Welt" haben alle deutschen Medien im Falle des Gefechts vom 20. Oktober, bei dem acht türkische Soldaten in Kriegsgefangenschaft gerieten, unkritisch die Darstellung des türkischen Militärs übernommen. „Allein am vorvergangenen Sonntag starben zwölf türkische Soldaten beim Überfall eines PKK-Stroßtrupps, der vom Süden her über die Grenze eingedrungen war", heißt es im „Spiegel" (Kurdische Katzen, 29.10.2007). Der Kommandantenrat der kurdischen *Volksverteidigungskräfte* HPG erklärte dagegen, die türkische Armee habe im Gebiet Oremar in der Provinz Hakkari eine Probeoffensive nach Südkurdistan gestartet, die von der Guerilla zurückgeschlagen wurde. Dabei seien 35 Soldaten getötet worden (Presseerklärung der HPG vom 21. und 22. Oktober 2007 auf www.hpg-online.net/ger/).

„Ausländerextremismus"

Tendenziös war auch die Berichterstattung über die antikurdischen Demonstrationen und anschließenden Übergriffe türkischer Nationalisten und Faschisten auf kurdische Bürger und ihre Vereine in Deutschland Ende Oktober. „Tausende Menschen haben am Wochenende in Baden-Württemberg gegen Terror und die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK demonstriert", meldet der Sender SWR in der Druckfassung seiner Nachrichten. „In Stuttgart kamen am Sonntag laut Polizei rund 2000 Türken zusammen. Am Vortag waren in der Landeshauptstadt etwa 600 Kurden auf die Straße gegangen." (SWR 4. November 2007) Glaubt man der Eintopfküche des SWR, dann hatten die kurdischen Demonstranten am Samstag und die türkischen am Sonntag fast das gleiche Ziel. In Wirklichkeit demonstrierten die türkischen Gruppierungen für einen militärischen Überfall auf Südkurdistan, während sich die Kurden gegen einen solchen Angriff wandten.

Im Vorfeld kurdischer Demonstrationen malte nicht nur die Boulevardpresse das Bild vom kurdischen Krawallmacher an die Wand. „Es gibt Hinweise, dass PKK-Kämpfer die Gelegenheit nutzen wollen, um die Machtverhältnisse auf Berlins Straßen wieder gerade zu rücken. Koste es, was es wolle", heißt es in einem Artikel von A. Joeres und J. Schindler in der sozialdemokratischen „Frankfurter Rundschau" anlässlich einer geplanten kurdischen Kundgebung gegen die vorangegangenen Angriffe der Grauen Wölfe (Aufgehetzt, FR 3.11.2007). Die Kundgebung in Berlin-Neukölln verlief übrigens – wie auch in anderen Städten – völlig friedlich.

Häufig findet in der Berichterstattung eine unzulässige Gleichsetzung von Opfern und Tätern, PKK-Anhängern und Grauen Wölfen statt. Die einigende Klammer ist dann „Ausländerextremismus". „Niedrige Gewaltschwelle, getarnte Strukturen: Die Konfliktparteien: PKK gegen Graue Wölfe", ist beispielsweise ein Beitrag von Andreas Poulakos für den Westdeutschen Rundfunk in der Onlinefassung überschrieben (wdr.de, 02.11.2007).

„Kurden gegen Graue Wölfe: 18 Polizisten in Berlin verletzt", meldete die Onlineausgabe des Nachrichtensenders N24 nach den Straßenschlachten in Berlin-Kreuzberg. Während in der Meldung korrekterweise „türkische nationalistische Gruppierungen mit Nähe unter anderen zu den Grauen Wölfen" als Urheber der Gewalt benannt werden, suggeriert die Überschrift, die Kurden seien die Angreifer gewesen (N24.de 29.Oktober 2007). Welcher Journalist käme auf die Idee, etwa einen Artikel über die rassistische Hetzjagd in der sächsischen Kleinstadt Mügeln mit „Inder gegen Neonazis" zu betiteln?

Lösung ohne die PKK?

Auffällig ist, dass auch scheinbar „wohlwollende" Autoren, die grundsätzlich eine Unterdrückung der Kurden in der Türkei zur Kenntnis nehmen, eine Lösung ohne die PKK suchen. So fordert Kai Strittmatter in der „Süddeutschen Zeitung" von der türkischen Regierung, das Kurdenproblem „an der Wurzel zu packen" und nicht „einzig als Sicherheitsanliegen zu definieren". Doch weiter schreibt er: „Die PKK trocknet man aus mit einer Politik, die den Kurden Würde, Identität und vor allem die Entwicklung ihrer Wirtschaft verspricht" (Türkische Angst, 31.10.2007). Was aber fordert die PKK seit Jahren anderes als „Würde und Identität" für die Kurden? Dies zu erkennen verhindert die ideologische Verblendung Strittmatters, für den die PKK ein „Terrortrupp" bleibt – Beweise für deren angeblich „perfide Anschläge" bleibt der Autor schuldig.

Wäre es wohl dem Journalisten einer liberalen Tageszeitung in den 80er Jahren eingefallen, dem südafrikanischen Rassistenregime eine Lockerung der Apartheid vorzuschlagen, um den ANC „auszutrocknen"? Eine politische Lösung bedeutete damals noch die Einbeziehung beider Parteien. Das hat sich nach dem Ende der Blockkonfrontation grundlegend geändert. Nur dem Westen genehme Bewegungen werden als Vertreter ihrer Völker anerkannt. Während der irakische „Präsident" und Führer der mit den USA verbündeten *Patriotischen Union Kurdistans* Jalal Talabani mit Diplomatenpässen durch die Welt jettet und dabei kurdische Interessen ausverkauft, bleibt Abdullah Öcalan auf Imralı isoliert und die PKK auf den Terrorlisten von USA und EU, weil sie nicht bereit ist, ihre Unabhängigkeit aufzugeben. Ein ähnliches Schicksal erleidet die von einer Mehrheit der Palästinenser gewählte Hamas, die als „terroristische Organisation" ausgegrenzt wird, während Mahmut Abbas und seine Fatah-Warlords sich in Annapolis als Hilfssheriffs des israelische Besatzungsregimes anbieten.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker beinhaltet auch das Recht, seine eigene politische Führung und Vertretung zu bestimmen. Doch dieser demokratische Grundsatz ist in Washington, Brüssel und Berlin ebenso in Vergessenheit geraten wie in den Redaktionsstuben von SZ, Welt und taz. ♦

14 Jahre Verbotspolitik bedeuten Verfolgung und Einschüchterung

Diese Mauer muss durchbrochen werden

Monika Morres, Azadî, Dezember 2007

Er fordere „ja keine Sonderrechte gegen Rechts, aber ein sehr genaues Hinschauen", erklärte der Vorsitzende des Vereins gegen Fremdenfeindlichkeit *„Gesicht zeigen"*, Uwe-Karsten Heye, gegenüber der *Frankfurter Rundschau* vom 27. November 2007. Es müsse vielmehr kapiert werden, dass „die unser demokratisches System zerstören" wollen – „mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln". „Die", das sind die Rassisten und (Neo-)Nazis, die durch schwere Gewaltaktionen gegen Flüchtlinge und Migrant(inne)n ganze Landstriche zu „ausländerfreien Zonen" prügeln. So gab es im Jahr 2006 einen traurigen Rekord rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Laut einer von der Linksfraktion erstellten Statistik aufgrund monatlich vom Bundesinnenministerium erfragter Taten mit rechtsextremem und ausländerfeindlichem Hintergrund sind für das vergangene Jahr 726 rechtsmotivierte Gewalttaten zu verzeichnen. Ferner gab es 522 verletzte Personen, 7 427 Tatverdächtige, 947 vorläufige Festnahmen, 31 Haftbefehle und 8 738 Propagandadelikte. Fremdenfeindlich motivierte Straftaten wurden offiziell insgesamt 2 094 gezählt – hinzu kommen 352 fremdenfeindliche Gewalttaten mit 237 Verletzten und 1 732 Tatverdächtigen. Dies sind die offiziellen Zahlen, die Dunkelziffer dürfte um einiges höher liegen.

Die Statistik für 2007 wird nicht besser aussehen.

Mit zweierlei Maß

„Die", das sind nicht nur die „Kameradschaften" oder Nazi-Bands, sondern auch Parteien wie DVU, NPD oder rechte „Bürgerbewegungen" wie die „Pro Nordrhein-Westfalen". Sie alle sind Sammelbecken ehemaliger Nazi-Skins, vorbestrafter Schläger oder langjähriger Funktionäre anderer rechter Truppen. Nur mühsam können sie ihren Fremdenhass und militanten Rassismus hinter einer bürgerlichen Fassade verbergen.

In vielen Fällen kommt eine einäugig ausgerichtete Justiz rechten Gesinnungs- und Gewalttätern entgegen. Immer wieder kritisieren Opfer und Opferberatungsstellen, dass die Gerichte ausländerfeindliche Taten als lediglich „unpolitische Schlägereien" bagatellisieren und zu milde Urteile verhängen. So auch in dem Fall einer Gruppe Inder, die im August 2007 im sächsischen Mügeln von Nazis angegriffen und zum Teil schwer verletzt wurden. Lediglich zu einer Geldstrafe von 600 Euro wegen Volksverhetzung hat das Amtsgericht Oschatz einen der Täter am 27. November verurteilt. Keiner der Geschädigten war als Zeuge gehört worden.

Auch die politisch Verantwortlichen zeichnen sich – trotz besseren Wissens – nicht durch eine konsequente Haltung gegen den zunehmenden Einfluss neonazistischen Gedankenguts insbesondere auf Jugendliche bzw. auf die Mitte der Gesellschaft aus. Überlegungen, ein Verbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten, stößt insbesondere bei CDU/CSU auf Ablehnung nicht zuletzt deshalb, weil V-Leute des Verfassungsschutzes dort an maßgeblicher Stelle sitzen und nicht nur, um die „Szene" zu beobachten. Weder werden die Aktivitäten dieser Parteien und ihrer Mitglieder als „kriminell", geschweige denn als „terroristisch" eingestuft. Plötzlich heißt es, man müsse sich politisch mit solchen Gruppen und ihrer Ideologie, die laut Heye „unser demokratisches System" zerstören wollen, auseinandersetzen. Beachtlich!

Wie eklatant anders ist dagegen der Umgang mit Kurdinnen und Kurden und ihren Institutionen in Deutschland. Hier zeigt(e) sich die Politik weniger zurückhaltend und ist bis heute nicht bereit, sich politisch mit den Hintergründen des Konflikts auseinanderzusetzen. Und: Man mag Herrn Heye zustimmen, wenn er keine „Sonderrechte gegen Rechts" fordert, doch sei auch hier darauf hingewiesen, dass im Gegensatz dazu Kurdinnen und Kurden durch eine Menge „Sonderrechte" in ihrer Meinungs-, Versammlungs- und Organisierungsfreiheit eingeschränkt wurden und werden. Zu verdanken ist das dem damaligen CDU-Innenminister Manfred Kanther, der im November 1993 das Betätigungsverbot der PKK erlassen hat. Er, der ständig den Rechtsgehorsam predigte, ist jetzt allerdings wegen Veruntreuung von Geldern in Millionenhöhe vorbestraft.

14 Jahre „Säulen-Theorie"

Seit 14 Jahren nun zeichnet sich der Umgang des Staates gegenüber einem großen Teil der kurdischen Bevölkerung durch Misstrauen, Stigmatisierung, Diffamierung und strafrechtliche Verfolgung von Aktivistinnen und Aktivisten aus. Das Betätigungsverbot wird ungeachtet tatsächlicher politischer Veränderungen innerhalb der PKK, von KADEK oder des KONGRA-GEL weiter angewendet. Es wird von Seiten der Verwaltungsbehörden und Strafgerichte die Gleichung PKK = KADEK = KONGRA-GEL usw. aufgemacht. Mit dieser Sichtweise rechtfertigt die Politik eine Aufrechterhaltung ihrer Verbotspolitik, wodurch die Strafverfolgungsbehörden ihre Arbeit gegen die Kurden getrost fortführen und die Staatsschutzsenate von Oberlandesgerichten

weiterhin nach § 129 Strafgesetzbuch verurteilen können. Auffallend hierbei, dass sich Bundesanwaltschaft und Richterschaft in solchen Prozessen nach wie vor auf ihre „Säulentheorie“ (als da sind: aktionistische Aktivitäten, heimatgerichtete Aktivitäten, Strafgewalt) stützen und auf Handlungsweisen, die aus den 1990er Jahren stammen. Bricht eine Säule weg – z. B. aktionistische Aktivitäten –, wird rasch ein neuer Aspekt eingeführt. So geschehen im Verfahren gegen den Kurden Halil Dalkılıç. In dem noch nicht rechtskräftigen Urteil wurde plötzlich die Aufforderung zum Spenden als massenhafte Aufforderung zum Verstoß gegen das Vereinsgesetz gewertet, was wiederum als mitgliedschaftliche Betätigung einer kriminellen Vereinigung (§ 129) angesehen wurde. Neu ist, dass damit eine Verbindung zwischen dem verwaltungsrechtlichen Vereinsverbot (§ 20 Vereinsgesetz) mit der Kriminalstrafe der kriminellen Vereinigung hergestellt würde. Zweifellos, sollte das Urteil rechtskräftig werden, wäre damit die Dimension der strafrechtlichen Verfolgung erweitert. Die Kurden als eine „kriminelle Gesellschaft“ ?

Muzaffer Ayata vor Gericht

Derzeit steht der kurdische Politiker Muzaffer Ayata als Angeklagter vor dem Oberlandesgericht Frankfurt/M. (Zu diesem Verfahren befragte AZADÎ seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Kronauer. Siehe Interview auf der AZADÎ-Internetseite im infodienst nr. 60)

Wenige Wochen zuvor hatte AZADÎ den Vorsitzenden des KONGRA-GEL, Zübeyir Aydar, danach gefragt, ob die in den Anklageschriften genannten Vorwürfe („Säulen“) tatsächlich Bestandteil der politischen Linie der Organisation seien, von ihr befohlen oder Personen mit derartigen Handlungen beauftragt würden. Aydar verweist in seiner Antwort darauf, dass die PKK eine Partei sei, „die unter den Bedingungen des Kalten Krieges gegründet“ worden sei, „als alles und jeder unter dem Einfluss einer bipolaren Welt“ gestanden habe. Die Bemühungen der Partei um Veränderung seien „mit dem Waffenstillstand von 1993“ – dem Jahr des PKK-Verbots – begonnen worden und hätte sich bis heute fortgesetzt. Momentan liege der Entwurf eines Vertragsdokuments als Fortsetzung des Kongra-Gel-Programms vor. Dieses sei „demokratischer als die Verfassungen einiger EU-Länder und ein sehr modernes Dokument“. Das System bestehe „auf dem Prinzip der Gewaltenteilung (Legislative, Judikative, Exekutive)“. Wenn behauptet werde, die Struktur heute sei dieselbe wie 2000, stehe „dahinter entweder eine bestimmte Absicht oder aber zumindest ein Ignorieren der Realitäten“. Es gebe „keine Strafaktionen“ und entgegen den Behauptungen von bestimmter Seite werde „auch niemand bedroht oder verurteilt, weil er sich von der Organisation getrennt oder sich gegen die Organisation gewendet“ habe.

Außerdem gehöre es nicht zu „unserer Politik, von irgendjemand unter Zwang Geld zu bekommen“. Die Einnahmequelle sei „ausschließlich die freiwillig geleistete Hilfe unseres Volkes“. Ferner werde „Schleuserei oder auch Menschenschmuggel“ weder betrieben noch gebilligt. Derartige Vorwürfe seien „ungerecht“ und entbehrten „jeder Grundlage“.

Die kurdische Bewegung verstoße nicht gegen deutsche Gesetze. Das Verbot nutze „lediglich der Türkei und ihren Ablegern in Deutschland“.

Kurdisches „Lösungsmodell Deutschland“: Polizei- und Strafrecht

Das trifft wohl auch auf die polizeiliche Großrazzia in verschiedenen Bundesländern zu, mit der am 10. Januar das neue Verbotsjahr 2007 eingeläutet wurde, nachdem Kanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Recep Erdoğan die Hannoveraner Industriemesse eröffnet hatte. Wohnungen und kurdische Vereine wurden durchsucht, Unterlagen jeglicher Art beschlagnahmt, Kurden vorläufig festgenommen und ED-behandelt. Das wiederholte sich im April und Juli in den südlichen Bundesländern. Im Zuge dieser Razzien wurde u. a. der kurdische Schriftsteller Haydar Işık unter „abwegig anmutenden Vorwürfen“, wie sein Verteidiger sagte, festgenommen und verhaftet. Nach 12 Tagen Untersuchungshaft ist Işık nach einer Beschwerde seines Anwalts unter bestimmten Auflagen aus der Haft entlassen worden. So sollte er z. B. mit einer Reihe von angeblich konspirativen Personen keinen Kontakt mehr aufnehmen dürfen. Unter anderem stand er selbst auf dieser Liste. Im August wurden dann sämtliche Auflagen zurückgenommen.

Einen besonders mysteriösen Polizeiübergriff gab es am 26. Juli. Sondereinsatzkommandos stürmten in den Kreisen Gießen und Marburg die Privatwohnungen von vier Mitgliedern des *Mesopotamischen Kulturvereins*, darunter die des Vereinsvorsitzenden Ali Aktaş. Alle wurden festgenommen, am selben Tag aber wieder entlassen. Der absurde Hintergrund der Polizeiaktion: Es bestehe der Verdacht, dass „die Tötung des Polizeibeamten Klaus B.“ geplant worden sei. Hierfür hätte man „diesen an einen nicht näher bekannten Ort locken“ wollen. Es sollte sich um „eine Art Abstrafungsaktion aufgrund eines dienstlichen Handelns des Polizeibeamten in den 90er Jahren“ gehandelt haben. (Im Juni 1994 wurde der kurdische Jugendliche Halim Dener in Hannover beim Kleben von Plakaten der verbotenen ERNK von zwei Zivilbeamten überrascht und durch einen Schuss in den Rücken getötet. Der Polizist Klaus B., der geschossen hatte, war später vom Verdacht der fahrlässigen Tötung freigesprochen worden.) Ali Aktaş und die Vereinsmitglieder wiesen die Vorwürfe scharf zurück und warfen den Behörden „Staatsterrorismus“ vor.

Am 16. Januar hat das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt/M. den Kurden Hasan K. nach § 129a zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass K. sich 1993/94 als Funktionär der seinerzeit noch als terroristisch eingestuften PKK betätigt habe. Im Juli konnte er die JVA Darmstadt verlassen und nach Frankreich ausreisen, wo er als politischer Flüchtling anerkannt ist.

Im März wurde in Berlin der 57-jährige Kurde Muharrem A. festgenommen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) warf ihm aufgrund seiner politischen Betätigung in den früheren 90er Jahren vor, als *Mitglied einer terroristischen Vereinigung* (§ 129a StGB) aktiv gewesen zu sein. Seit Ende Oktober läuft sein Prozess vor dem Staatsschutzsenat des Berliner Kammergerichts.

Am 2. Juli verurteilte das OLG Düsseldorf den im März 2006 verhafteten kurdischen Journalisten und Politiker Riza E. wegen *Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung* (§ 129 StGB) zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 9 Monaten.

Asylwiderrufe, die Verweigerung von Aufenthaltserlaubnissen oder Einbürgerungsablehnungen als Folge des politischen Betätigungsverbots zogen sich zahlreich durch das Jahr 2007.

So verweigerte die Stadt Stuttgart einem Kurden die beantragte Einbürgerung, weil er aufgrund seiner Vorstandsaktivitäten in einem kurdischen Verein „zum Kreis der Anhänger" gehöre, „die es der PKK ermöglicht habe, entgegen dem vereinsrechtlichen Verbot aus dem Untergrund (!) heraus zu operieren", um auf diese Weise die „die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigenden und ihre auswärtigen Belange gefährdenden Tätigkeiten fortzusetzen". Deshalb könne beim Antragsteller nicht davon ausgegangen werden, dass er „Loyalität gegenüber dem deutschen Staat" ausübe.

Die Behörde der baden-württembergischen Landeshauptstadt ist der Ansicht, dass „die Einbürgerung von PKK-Aktivisten selbst dann verhindert werden" müsse, wenn „entsprechende Bestrebungen nicht sicher nachgewiesen werden" könnten.

Die Einschätzung insbesondere des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge*, die politische Situation in der Türkei habe sich allgemein durch demokratische Reformen und substanzielle Verbesserungen der Menschenrechte auch die Lage der kurdischen Minderheit entspannt, hat für viele zur Folge, dass ihnen der Asylstatus aberkannt wird.

Dass sich die Repression auf ganz unterschiedlichen Ebenen auswirkt, zeigt auch das Beispiel des Finanzamtes III der Stadt Frankfurt/M., das dem dortigen *Mesopotamischen Kulturzentrum e.V.* die Gemeinnützigkeit aberkannte. Die Begründung dafür lautet, dass es „personelle und ideelle Verflechtungen" zwischen dem Verein und „der Organisation YEK-KOM" gebe, „welche durch ihre Verbindungen zum *Volkskongress Kurdistans* (KONGRA-GEL), ehemals *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK), als verfassungsfeindlich einzustufen" sei. Das ursprüngliche PKK-Verbot erstrecke sich „auch auf den KONGRA-GEL". Die Behörde hob u. a. hervor, dass eine im Tätigkeitsbericht des Vereins erwähnte Informationsveranstaltung mit Diskussionsrunde über den Stand der juristischen Bemühungen um die Haftbedingungen und die Freilassung von Abdullah Öcalan einen „weiteren wichtigen Anknüpfungspunkt zur ideologischen Ausrichtung des Vereins sowie zu den ideologischen Verflechtungen" darstelle. Politische Meinungsäußerungen träten „nicht nur zufällig" auf, sondern seien „beabsichtigt".

Geschürter Hass gegen Kurden und ihre Bewegung in der Türkei und Europa

Dass es in der Türkei keine Normalisierung des politischen Lebens und damit keine verfolgungsfreie Situation für die kurdische Minderheit gibt, zeigen die letzten Monate in großer Deutlichkeit. Massenhafte Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Südkurdistan/Nordirak, Angriffsdrohungen und Vernichtungspläne gegen die kurdische Freiheitsbewegung, Lynchversuche gegen Kurden, Zerstörung von DTP-Büros und Zivileinrichtungen, Verfahren gegen kurdische Parlamentarier und ein angedrohtes Parteienverbot – das ist aktuelle Wirklichkeit.

Das antikurdische Klima, verbreitet in türkischen Medien, schwappte auch nach Europa, insbesondere in die Bundesrepublik. Aufgehetzte türkische Demonstranten „gegen den PKK-Terror" bedrohten oder griffen in vielen deutschen Städten Kurden und kurdische Vereine an. Ein Großteil der deutschen Presse berichtete häufig recht einseitig, was sich schon in der Schlagzeilenaufmachung ankündigte: „Eskaliert jetzt der PKK-Terror?" (Express, 2.11.), „Türken und Kurden: Kommt es zu Gewalt in Hamburg" (Hamburger Abendblatt, 1.11.), weil „PKK-Aktivisten" eine Demonstration angekündigt hätten. Die taz vom 31.10. gar titelte „Brandanschläge auf Türken befürchtet", die FR sieht „Kurdistan in Berlin" und die *Deutsche Welle* den „Kurdenkonflikt auf deutschen Straßen".

Den Vogel abgeschossen hat allerdings das grüne Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europaparlaments, Cem Özdemir. Dem „anatolischen Schwaben" kann es nicht grob genug zugehen. Er meint in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* am 30. Oktober, das PKK-Verbot in Deutschland sei de facto „löchrig wie ein Schweizer Käse". Die „Nachfolgeorganisationen" dürften „quasi tun und lassen, was sie wollen". Auf die Frage, ob Führungsmitglieder der PKK an die Türkei ausgeliefert werden sollten, meinte er, man müsse sie ja nicht ausliefern, weil: „Da muss die Türkei noch eine Menge tun, um den Zustand ihrer Gefängnisse zu verbessern (!)". Man könne aber die Leute „ja hier festnehmen". Deutschland müsse eine „Null-Toleranz-Politik" machen „gegen jede Art von Rechtsverletzung". Doch sei das seines Wissens „bislang nicht geschehen". Des Schwaben Fazit: Die PKK habe „ganz ernsthaft kein Interesse an einer politischen Lösung der kurdischen Frage". Das könne daran festgestellt werden, dass „Öcalan sich zum Verhandlungspartner bomben möchte". Dass sich deutsche Medien auf dieses jämmerliche Niveau begeben mit solch simpel gestrickten Politfiguren (oder Karikaturen?), ist eher ein Armutszeugnis.

Die Mauer durchbrechen – PKK-Verbot aufheben

Zum 14. Jahrestag des Verbots haben sich Azadî und Yek-Kom mit Unterstützung des *Republikanischen Anwälte- und Anwältinnenvereins* (RAV) und der *Internationalen Liga für Menschenrechte* mit einer Eingabe an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt. Die Mauer aus Repression und Einschüchterung gegen die kurdische Bewegung muss endlich fallen. Allen hier lebenden Kurdinnen und Kurden muss das uneingeschränkte Recht auf freie politische Betätigung, freie Meinungsäußerung und ungehinderte Organisierungsfreiheit gewährt werden! Hierfür gehört das PKK-Verbot aufgehoben! ♦

Wie Friedensprozesse zerstört werden

Lippenbekenntnisse für Sri Lanka

Viraj Mendis

Am 2. November – nur drei Wochen vor dem jährlichen Gedenken der Gefallenen der *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) anlässlich des „Heroes Day" – setzte ein Präzisionsschlag der srilankischen Luftwaffe dem Leben des Chefunterhändlers und politischen Leiters der LTTE, S. P. Thamilchelvan, ein Ende.

In seiner Grundsatzrede zu diesem Tag sagte LTTE-Führer Vellipillai Prabhakaran zu der Ermordung Thamilchelvans:

„Die Handlungen der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf die tamilische nationale Frage sind ungerecht. Das Vertrauen, das unser Volk in die internationale Gemeinschaft gesetzt hat, wurde ausgehöhlt. Indem die internationale Gemeinschaft lediglich Lippenbekenntnisse zum Frieden abgelegt hat, hat sie zur Ermordung eines außergewöhnlichen Sohns unserer Nation, Thamilchelvan, beigetragen. Sie hat den Herzschlag eines Lichtes gestoppt, das den Weg des Friedens gegangen war. (...) Die internationale Gemeinschaft hat die gesamte tamilische Welt in ihren Tränen ertränkt." (Die komplette Rede kann nachgelesen werden unter: http://www.tamilnet.de/art.html?catid=13&artid=23870)

Warum hat der LTTE-Führer so viel Betonung auf die internationale Gemeinschaft gelegt? Hatte nicht Norwegen mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Friedensgespräche ermöglicht, die 2002 begannen?

Der Friedensprozess, dessen Zusammenbruch und die internationale Gemeinschaft

Tatsache ist, dass es seit 2002 einen Positionswechsel der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich des srilankischen Friedensprozesses gegeben hat.

Es wäre nicht vorstellbar, dass der Friedensprozess, der unter norwegischer Moderation 2002 begonnen wurde, ohne die positive Beteiligung der internationalen Gemeinschaft überhaupt hätte stattfinden können. Norwegens Verhandlungsführung beruhte auf dem Prinzip der Gleichstellung (Parity of Status) beider Verhandlungsparteien, wie es in dem von der srilankischen Regierung und den Tamil Tigers unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen vereinbart worden war. Die Unterstützung für die Norweger durch die mitverantwortlichen Staaten (Co-Chairs), repräsentiert durch machtvolle internationale Kräfte wie die EU, die USA und Japan, die ihrer Mitverantwortung durch ihre Unterschriften effektiven Ausdruck verliehen, erweckte in der ersten Phase des Friedensprozesses großen Optimismus. Auf dieser Grundlage gab es bereits Pläne zur Vergabe internationaler Hilfen für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Insel. Am 25. November 2002 fand in Oslo das erste Treffen einer „Aid Group" (Unterstützergruppe) statt, um praktische Wege für den Wiederaufbau des zerstörten Nordens und Ostens der Insel zu diskutieren. Außer den Geberländern hatte auch die srilankische Regierung ebenso wie die LTTE Anteil an der allgemein geradezu herzlichen Atmosphäre. Auf diesem Treffen beschlossen alle Teilnehmer gemeinsam, dass eine zweite Runde der Konferenz der Geberländer im Juni 2003 in Tokio (Japan) stattfinden sollte.

Bald danach jedoch, während der Vorlaufzeit der durch die USA angeführten Invasion des Irak, begann sich die Haltung der Co-Chairs zu ändern. Die USA schlugen vor, dass ein Vorbereitungstreffen in Washington stattfinden müsse, um die Tagesordnung für die Zusammenkunft in Tokio festzulegen. Das Problem war aber, dass die LTTE, die in den USA auf der Liste der „Verbotenen Organisationen" steht, dadurch nicht in der Lage war, an solch einem Treffen in Washington teilzunehmen. Die LTTE erwiderte diesen Vorschlag der USA mit Schärfe und beschwerte sich, dass der vorsätzliche Ausschluss der LTTE von der Diskussion kritischer Punkte, die das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der tamilischen Bevölkerung tangierten, ein gravierender Vertrauensbruch sei. Die USA, anstatt nach einem alternativen Veranstaltungsort zu suchen, bestanden darauf, dass das Treffen in Washington abzuhalten sei. Am 14. April 2003 fand das Meeting ohne die LTTE statt, unter Vorsitz des Stellvertretenden Außenministers Richard Armitage; es nahmen Vertreter von dreißig Ländern daran teil. Zum ersten Mal wurde das Prinzip der Gleichstellung (Parity of Status) zwischen den beiden Verhandlungsparteien verletzt, das durch das Waffenstillstandsabkommen zugesichert worden war. Die Friedensgespräche – von denen bereits sechs Runden stattgefunden hatten – kamen zum Stillstand, als die LTTE sie unter Protest wegen „übertriebener Internationalisierung des Friedensprozesses" verließ.

Probleme bei der Verteilung der Tsunami-Hilfe

Der asiatische Tsunami im Dezember 2004 hatte fürchterliche Auswirkungen in Sri Lanka. Mehr als 30 000 Menschen verloren ihr Leben, und ein großer Teil der Bevölkerung wurde zu Flüchtlingen. Millionen einfacher Menschen überall auf der Welt spendeten Geld und Hilfsgüter, und viele Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), einige von ihnen neu in Sri Lanka, beteiligten sich an der Aufgabe des Wiederaufbaus der vom Tsunami verwüsteten Insel. Auf Grund der breiten Skala der Beteiligung an der humanitären Hilfe wurde bald bekannt, dass die Tamilen und Muslime im Norden und Osten, obwohl proportional schwerer geschädigt, nicht annähernd den ihnen zustehenden Anteil der internationalen Tsunami-Hilfe erhielten. Es war die Folge dieser Bedingungen, dass der Vorschlag für eine „Post Tsunami Operational Management Structure" (PTOMS) (etwa: funktionelle Management-Struktur nach dem Tsunami) erfolgte, die die Grundlage für eine faire Aufteilung der internationalen Hilfe zwischen den von der srilankischen Regierung und den von der LTTE verwalteten Regionen bilden sollte, gegründet von den Co-Chairs und den norwegischen Förderern.

Die Hardliner unter den singhalesischen nationalistischen Parteien, die JVP und die JHU, opponierten auf das Schärfste gegen die PTOMS.

Das im Juni 2005 herausgegebene folgende Statement: „… die Co-Chairs unterstreichen die Verpflichtung von Präsidentin Kumaranatunge, ihrer Regierung und der *Liberation Tigers of Tamil Eelam*, die Strukturen zur Verwaltung der Tsunami-Hilfe zu schaffen. Wir fordern die sofortige Unterzeichnung des Abkommens, um eine korrekte Verteilung der Wiederaufbauhilfen zu sichern", war in Wirklichkeit im Namen der Co-Chairs vom US-Außenministerium verfasst worden. Am 24. Juni 2005 brachen die srilankische Regierung und die Befreiungstiger die Blockade und unterzeichneten die historische Vereinbarung der PTOMS.

Die hoffnungsvollen Erwartungen stiegen erneut, insbesondere weil, trotz des Stopps der Friedensgespräche auf Grund der Washingtoner Episode, das Waffenstillstandsabkommen immer noch Bestand hatte und sich keine gravierenden feindseligen Zusammenstöße ereigneten. Und es gab die große Hoffnung, dass die gemeinsame Arbeit an einem humanitären Projekt, das die Grenzen der ethnischen Spaltung überspannen würde, den Friedensprozess erneut anschieben könnte. Nicht nur Tamilen, sondern ebenfalls eine beachtliche Zahl von Singhalesen, die gegen eine Wiederaufnahme der kriegerischen



S. P. Thamilchelvan Foto: tamilnet.com

Der letzte Weg. Beisetzung von S. R. Thamilchelvan
Mehr als 25 000 Menschen kamen zur feierlichen Beisetzung von S. R. Thamilchelvan am Montag nach Kilinochchi. Dort im tamilischen Norden Sri Lankas war der Chefunterhändler und politische Leiter der »Befreiungstiger« der LTTE am Freitag morgen bei einem Angriff der Armee Colombos gezielt getötet worden – ein schwerer Schlag für zukünftige Bemühungen, den Waffenstillstand zwischen Regierung und LTTE wiederherzustellen. Der norwegische Sondergesandte für den Friedensprozeß in Sri Lanka, Jon Hanssen Bauer, hatte Thamilchelvan am Wochenende als einen »Moderaten innerhalb der LTTE« gewürdigt, der auf geduldige Weise die berechtigten Forderungen der Tamilen dargelegt habe. (jW, 6.11.2007)

Handlungen waren, unterstützten die PTOMS.

Sobald jedoch die PTOMS unterzeichnet war, entzog die singhalesische nationalistische *Peoples Liberation Front* (JVP) der regierenden *United Peoples Freedom Alliance* ihre Unterstützung, um so ihren Protest gegen die PTOMS auszudrücken. Und am 27. Juni (drei Tage nach der Unterzeichnung der Vereinbarung) ging die JVP noch einen Schritt weiter: Sie suchte beim Obersten Gerichtshof von Sri Lanka um eine gerichtliche Verfügung gegen die Durchführung des PTOMS-Vertrages nach.

Am 5. Juli traf sich eine Delegation der extrem singhalesisch-nationalistischen JHU (Partei des Nationalen Erbes) mit dem US-amerikanischen Botschafter in Colombo. Zwei Tage später, am 7. Juli, veröffentlichte die JHU eine Bilanz dieses Treffens. Darin erklärte sie, dass der Botschafter der USA ihnen die Versicherung gegeben hätte, dass der „US-amerikanische Tsunami-Unterstützungsfonds dem Finanzminister der (srilankischen) Regierung zugewiesen würde und nicht dem regionalen Fonds der PTOMS".

Einen Tag später, am 8. Juli, gab die amerikanische Botschaft in Colombo eine Presseerklärung heraus, die dritte zum selben Thema. Der Sprecher der Botschaft erklärte kategorisch: „Wir werden dem (PTOMS-)Treuhänderfonds keine Mittel zuweisen!"

Eine Woche später, am 15. Juli, erließ der Oberste Gerichtshof von Sri Lanka eine einstweilige Verfügung, die die wichtigsten Arbeitsklauseln der PTOMS-Vereinbarung in einer Weise einschränkte, durch die ihre Einführung blockiert wurde.

Trotz dieser zwei massiven Schläge der USA brach der Krieg dennoch nicht aus. Die Tatsache, dass ein Teil der Co-Chairs – insbesondere die EU – immer noch eine relativ neutrale Position einzunehmen schien, erlaubte denjenigen, die sich für einen Frieden auf der Insel einsetzten, die Überhand zu behalten und die singhalesischen Extremisten im Zaum zu halten. Zu diesem Zeitpunkt begannen die USA und ihre britischen Alliierten, massiven Druck auf die EU auszuüben, die *Liberation Tigers* zu verbieten. Die von der internationalen Gemeinschaft mit der Überwachung des Waffenstillstands betraute und aus skandinavischen Ländern zusammengesetzte *Sri Lanka Monitoring Mission* (SLMM) lehnte ein EU-Verbot der LTTE ab und erklärte, dass ein Verbot zu einem erneuten Ausbruch des Krieges führen werde.

Der schwedische Generalmajor Ulf Henricsson, damaliger Leiter der SLMM, sagte dazu: „Es hat sich negativ auf den Friedensprozess ausgewirkt. Es ist schwer, ein Verbot als terroristische Organisation wieder aufzuheben, und dann stehen natürlich auch die USA hinter dieser Entscheidung. Die USA und Großbritannien haben starken Druck ausgeübt, um dieses Verbot zu erwirken."

Die SLMM warnte die EU in einem Memo, dass ein einseitiges Verbot der LTTE dazu führen werde, dass „bewaffnete Gruppen, die der LTTE feindlich gesonnen sind, und singhalesische Extremisten wahrscheinlich zusätzliche Unterstützung durch solch eine Entscheidung erhalten" werden würden.

Bashana Abeywardene von der fortschrittlichen singhalesischen „Hiru Group" stimmte diesem Punkt zu und erklärte, wie er als singhalesischer Aktivist, der darum bemüht sei, eine Verbindung und Vertrauen zwischen der tamilischen und singhalesischen Bevölkerung zu schaffen, die Auswirkungen des EU-Verbots der LTTE auf die singhalesische Politik erlebte. Er erklärte, wie sich das EU-Verbot der LTTE sich direkt auf die Machtbalance innerhalb der singhalesischen Gesellschaft ausgewirkt habe – und zwar in dem Maße, dass er zum Verlassen des Landes gezwungen war:

„Das Verbot der LTTE in der Europäischen Union steht in direkter Verbindung zur Situation in Sri Lanka. Denn es hat nicht nur Einfluss auf das Kräfteverhältnis zwischen LTTE und Regierung. Es geht darum, dass das Verbot auch die Kräfteverhältnisse im Süden beeinflusst hat. Die Kräfteverhältnisse zwischen den Gruppen, die für den Krieg sind, und jenen, die dagegen sind. Die Kräfteverhältnisse zwischen Menschen, die glauben, dass wir zusammen leben können, und jenen, die nein sagen, die meinen, dass die Tamilen sich uns unterordnen müssen. Nicht als Gleiche, sondern als Bürger zweiter Klasse.

Als die Europäische Union die LTTE verbot *[Mai 2006]*, sandte sie ein Signal zu den extremsten Hardlinern, ‚Ihr seid auf dem richtigen Weg' und ‚die EU steht hinter Euch'. (...) Sie half den Rechten, in den Augen der Singhalesen an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Ihre Linie war realistischer. Ihre Linie wurde weltweit akzeptiert. Und so wurden sie binnen vier Jahren Herrscher des Landes. Und der Raum, den wir hatten, um zu existieren, zu funktionieren und zu arbeiten, wurde vollkommen ausgelöscht. Dies drückte den wichtigen Raum zusammen, der im Süden für Menschen existierte, die bereit waren, an einer Art von Verständigung oder Verbindung zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zu arbeiten."

(Die kompletten Vorträge von Ulf Henricsson und Bashana Abeywardene können auf www.friedenfuersrilanka.de als Video gesehen werden.)

Diejenigen, die sich in der kurdischen Frage engagieren, werden nicht überrascht sein, dass die USA auf derartige Weise Einfluss auf den Friedensprozess genommen haben. Was für spezifische Interessen die USA haben, geht über den Rahmen dieses Artikels hinaus. Für Interessierte gibt es keine bessere Möglichkeit, einen ersten Einblick zu gewinnen, als sich das Videointerview anzusehen, dass wir mit dem tamilischen Journalisten und Militäranalytiker Sivaram Dharmaratnam geführt haben, bevor er ermordet wurde:
http://www.humanrights.de/doc_en/countries/sri-lanka/sivaram/sivaram_4_d.wmv

Der Autor – Viraj Mendis – ist ein fortschrittlicher Singhalese und Vorstandsmitglied des *Internationalen Menschenrechtsvereins Bremen e.V.* (www.humanrights.de). ♦

Gedichte und Erzählungen

15. Hüseyin-Çelebi-Literaturveranstaltung

Meral Çiçek

Tiefe Stille hat alle Seiten überzogen
Nur das Surren einer Ameise durchbricht diese Stille
Und dein Ein- und Ausatmen
Die kühle Luft hält deinen Körper frisch
Gleich dämmert es
Ein letztes Mal schaust du auf deinen Genossen
Eure Hände treffen sich
Dann umschlingst du deine Waffe, ganz eng
Dein Finger geht zum Abzug
Dir gegenüber die Stellung des Feindes
In der unbewussten Stille des kommenden Moments
Gleich wird die Stille durchbrochen werden
Wird das Getöse einer klaren Zukunft losgehen

Hüseyin Çelebi

Ein kleiner Blick auf die Tagebuchaufzeichnungen, die Hüseyin Çelebi in den Bergen Kurdistans geführt hat, reicht aus, um den Stellenwert von Literatur in seinem Leben zu erkennen. Ein kleines Tagebuch, gezeichnet vom Leben in den Bergen. Der Umschlag mit Klebeband versehen, um es vor Nässe zu schützen. Die Seiten faltig, wie vom Wind gezeichnet. Und in kleiner Schrift, um Platz zu sparen, Gedichte – geschrieben unter einem Baum, auf einer Klippe beim Sonnenaufgang, im Flammenlicht eines Feuers oder während einer Pause, auf dem Marsch von einem Lager zum nächsten.

„Ich weiß: Gedichte sind nicht das Wasser in der Feldflasche, sind nicht das Brot im Sack, und auch nicht das Blei im Gürtel. Doch können Gedichte diejenigen auf den Beinen halten, die kein Wasser in der Feldflasche, kein Brot im Sack, kein Blei im Gürtel mehr haben."

Manch einer sagt, Gedichte seien die Sprache des Herzens. Und auch für Hüseyin Çelebi mag Lyrik solch eine Bedeutung gehabt haben. Aus der kurzen Zeit, die er in den Bergen Kurdistans verbracht hat, ist eine Reihe von Gedichten zurückgeblieben. Und das Andenken eines gefüllten Lebens, das viel zu früh ein Ende gefunden hat. Jeder Tod kommt zu früh. Aber Hüseyin Çelebis Tod war viel, viel zu früh. Umso wichtiger war es, seinem Andenken gerecht zu werden und dieses lebendig zu halten. Umso nahe liegender schien es, dies durch die Sprache des Herzens, durch Gedichte und Erzählungen zu verwirklichen.

Hüseyin Çelebi fiel am 11. Oktober 1992 im Süden Kurdistans bei einem Gefecht mit den Peschmerge-Einheiten der KDP. Auf dem 2. Kongress des *Verbands der Studierenden aus Kurdistan e.V.* (YXK) im Dezember 1992 wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Verbands erklärt. Zugleich wurde der Beschluss für die „Hüseyin Çelebi Gedichte und Erzählungen"-Preise gefasst. Diese fanden dann 1993 zum ersten Mal statt. Was damals als amateurhafte Veranstaltung mit einer Handvoll Gedichten und Erzählungen anfing, ist heute qualitativ und quantitativ die größte und älteste literarische Veranstaltung von KurdInnen.

Die „Hüseyin Çelebi Gedichte und Erzählungen"-Preise stellen aus vielerlei Sicht eine Besonderheit dar. Es handelt sich um eine Veranstaltung, die nur von Studierenden organisiert und durchgeführt wird. Die gesamte Organisation, die gleich mit dem Ende der vorherigen Veranstaltung beginnt, wird von jungen KurdInnen, die in Deutschland studieren, übernommen.

Des Weiteren handelt es sich um einen bilingualen Wettbewerb – wobei wir den Begriff Wettbewerb in dem Sinne gar nicht nutzen wollen, da wir der Meinung sind, dass Gedichte und Erzählungen nicht in Wettbewerb gesetzt werden können. Vielmehr geht es darum, jungen Talenten den Weg zu ebnen. Die TeilnehmerInnen haben die Möglichkeit, mit Gedichten und Erzählungen auf Kurdisch und auf Türkisch am Wettbewerb teilzunehmen. Momentan ist es möglich, die literarischen Werke in den kurdischen Dialekten Kurmanci und Dimilki zu verfassen. Da diese Veranstaltung vor allem das Ziel hat, für die kurdische Literatur einen Beitrag zu leisten und die Menschen, vor allem junge Menschen, dazu anzuregen, in ihrer Muttersprache zu schreiben, machte der YXK die Teilnahme auch in den kurdischen Dialekten Sorani und Gorani möglich.

Erfreulich ist an dieser Stelle vor allem, dass durch diese Veranstaltung der kurdischen Literatur neue Autoren hinzugewonnen werden konnten. Viele Preisträger haben anschließend die Möglichkeit bekommen, ihre Werke zu veröffentlichen. Als Beispiel kann hier das diesjährige Jurymitglied Fatma Savcı genannt werden, die vor einigen Jahren selbst Preisträgerin war und mittlerweile zu einer gefragten kurdischen Dichterin geworden ist.

Dass die Teilnahme auf Türkisch auch möglich ist, ist oft ein Kritikpunkt am YXK. Doch dieser scheinbare Widerspruch macht das zweite Hauptziel der Veranstaltung aus. Ein großer Teil der TeilnehmerInnen besteht aus politischen Gefangenen in der Türkei. Deren kurze Biographien lassen sich wie ein Geschichtsbuch der letzten 20 Jahre der Türkei lesen. Während jede/r Einzelne eine eigene Lebensrealität, eine eigene Geschichte zu erzählen hat, machen diese zusammen doch die Realität eines gesamten Landes aus. Diese Menschen, die eine der offenen Wunden der Türkei darstellen, sollen in kalten und feuchten Kerkern stumm gemacht werden. Sie sollen aus der Gesellschaft gerissen werden. Dabei hat jede/r von ihnen eine Geschichte, die erzählt werden muss. Ohne Zweifel würden wir es vorziehen, die gesamte Veranstaltung nur auf Kurdisch durchzuführen. Da die kurdische

Sprache jedoch – vor allem in der Türkei – trotz aller Gesetzesänderungen auf dem Blatt noch immer Grund zu Verfolgung ist, die kurdische Sprache noch immer nicht in staatlichen Schulen gelehrt wird und aus diesem Grund nur ein kleiner Teil der KurdInnen auf Kurdisch schreiben und lesen können, ist ein Wettbewerb nur auf Kurdisch momentan noch nicht möglich.

Zudem sehen wir die mögliche Teilnahme auf Türkisch auch als Möglichkeit für Solidarität und gegenseitiges Verstehen. Hüseyin Çelebis Vater war Kurde, seine Mutter war Türkin. Aus diesem Grund ist das Pflanzen von Geschwisterlichkeitssprossen zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk aus unserer Sicht ein wesentlicher Teil der Bewahrung des Andenkens an Hüseyin Çelebi.

Dieses Jahr hat die 15. Verleihung der „Hüseyin Çelebi Gedichte und Erzählungen"-Preise stattgefunden. Diese Verleihung stellt in diesem Jahr aus zweierlei Sicht eine Besonderheit dar. Würde Hüseyin noch leben, wäre er dieses Jahr 40 Jahre alt geworden. Außerdem jährte sich sein Todestag zum 15. Mal. In diesem Jahr konnte man erstmals neben Kurmanci und Türkisch auch auf Dimilki am Wettbewerb teilnehmen. Außerdem hatten wir in diesem Jahr Grund dazu, uns über eine weitere Entwicklung zu freuen: Dieses Jahr erreichten uns mehr als 650 Gedichte und Erzählungen. Noch nie zuvor hatten so viele Menschen an diesem Wettbewerb teilgenommen.

Die Jury setzte sich folgendermaßen zusammen:
Gedichte Kurmanci: Fatma Savcı, Gulizer und İrfan Amida
Gedichte Türkisch: Birhan Keskin, Lale Müldür und Metin Kaygalak
Gedichte und Erzählungen Dimilki: Mehmet Çetin, Lerzan Jandil und Kamer Söylemez
Erzählungen Kurmanci: Lorin S. Doğan, Dilaver Zeraq und Reşad Sorgul
Erzählungen Türkisch: Aslı Erdoğan, Perihan Mağden und Müge İplikçi

Die Preisverleihung selbst fand dieses Jahr in Köln statt. Zuvor fand diesmal zum ersten Mal auch eine kleine Veranstaltung im Vorfeld der Hauptveranstaltung statt, zu der VertreterInnen von kurdischen Institutionen, kurdische SchriftstellerInnen, LehrerInnen und KünstlerInnen eingeladen worden waren. An diesem Abend wurde neben einer musikalischen Darbietung der Künstler Memo und Merdan auch ein Projekt zur kurdischen Sprache vorgestellt. Der YXK beabsichtigt, gemeinsam mit verschiedenen kurdischen Institutionen und Einzelpersonen ein Projekt durchzuführen, mit dem die kurdische Sprache in Europa von einer gesprochenen zu einer gelehrten und geschriebenen Sprache gemacht werden soll.

Am 10. November fand dann die Preisverleihung in der Stadthalle Köln-Mülheim statt. Im Rahmen des Vorprogramms wurden zwei Panels durchgeführt. Beim ersten diskutierten Fatma Savcı, Loqman Turgut und Cemil Denli über den Stand der kurdischen Literatur und Schwierigkeiten. Bei einer zweiten Veranstaltung unterhielten sich der türkische Dichter Şükrü Erbaş und Ilhan Bakir über die aktuelle Situation in der Türkei und trugen einige Gedichte vor. Innerhalb des Rahmenprogramms hatten verschiedene Vereine und Organisationen Infostände aufgebaut und Künstler wie Ali Zülfikar und der Karikaturist İlhami Erdoğan ihre Bilder bzw. Karikaturen ausgestellt. Für das Bühnenprogramm angereist waren die Künstler Aram Tigran, Suavi und Mehmet Atlı. Das Programm und somit die diesjährige Hüseyin-Çelebi-Literaturveranstaltung endete mit der Preisverleihung. ♦

15. Hüseyin-Çelebi-Literaturpreise

Kurdische Gedichte
1. „Şîrhelalî" Abdullah Oral (aus Bolu, Gefängnis)
2. „Lêvên Tî mayî" Şêrko (aus Qoser, Kurdistan)
3. „Mîrê Xeyalan" Kadir Çelik (aus Stockholm, Schweden)
Besonders erwähnt: „Mahsere" Murat Yapıştıran (aus İstanbul, Türkei)
Jury: Fatma Savci, Gulizer İrfan Amida

Türkische Gedichte
Spezialpreis **„Kayıp Şiir"** Ayşegül Laçi (aus Diyarbakır, Kurdistan)
Spezialpreis **„Yas ve Tay"** Yalçın Hafçı (aus Kırşehir, Gefängnis)
Spezialpreis **„Dört bin yıllık yalnızlık"** Enver Özkartal (aus Diyarbakır, Gefängnis)
Jury: Orhan Alkaya, Metin Kaygalak, Lale Müldür

Kurdische Erzählungen
1. „Çîroka Rikûnî" Ergin Opengin (aus Yüksekova-Hakkari)
2. „Berxwedana belavkarekî biçûk û azadî" Dawud Rêbiwar (aus İstanbul, Türkei)
3. „Bêdengî" Netîce Altûn (aus Diyarbakır, Kurdistan)
3. „Xwedî" Nihat Ekmez (aus Elbistan, Gefängnis)
Jury: Lorin S. Dogan, Dilaver Zeraq

Türkische Erzählungen
1. „Kış Kapısı" İlhan Bakir (aus İzmir, Türkei)
2. „Pariluys Agavni / Selam Guvercin" Ruşen Özkan (aus Sivas, Gefängnis)
2. „Kambur" Eylem Ata Güleç (aus Diyarbakır, Kurdistan)
3. „Hayat, Çoçuk ve Mahpus" Kamil Görkem (aus Adıyaman, Gefängnis)
Jury: Aslı Erdoğan, Müge Iplikçi, Perihan Mağden

Dimilki Gedichte
1. „Ez Kamıre Bıberbene" Halis Yurtsever (aus Hatay, Türkei)
2. „Haleta Tu'ya" u. „Xane Zerza Mı" Zeycan Kaya (aus Oberhausen, Deutschland)
Jury: Kamer Söylemez, Lerzan Jandil, Mehmet Çetin

Dimilki Erzählungen
1. „Xafılbela" Murat Canşad (aus Edirne, Gefängnis)
Jury: Kamer Söylemez, Lerzan Jandil, Mehmet Çetin

Yusuf Yeşilöz: Lied aus der Ferne

Buchvorstellung von Susanne Roden

„Einige wurden in die Emigration gezwungen, weil sie schrieben, was sie schrieben. Andere haben zu schreiben begonnen, weil sie in der Emigration waren. Wieder andere haben die Fremde gesucht, um die nötige Distanz zu dem zu finden, was sie zum Schreiben brachte.

In der Schweiz leben Autorinnen und Autoren aus den verschiedenen Teilen Europas, aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Sie sind keine homogene Gruppe, weder in ihrer Biographie noch in ihrer Arbeit. Gemeinsam ist ihnen aber oft ein nicht gradliniger Weg, eine schwierige Situation als Intellektuelle mit mangelnder Anerkennung, in Sprachisolation, mit Übersetzungsproblemen. Gemeinsam ist ihnen oft auch das Thema 'Hier und dort', Heimat und Fremde, als literarische Herausforderung. Die sprachliche Annäherung an Biografien zwischen zwei Welten, an unterschiedliche Codes und Werte, das Ausloten ur-menschlicher Eigenschaften in verschiedenen Sprach-Landschaften sind notwendiger Teil einer Literatur, die für die Zukunft gewappnet ist."

So beschreibt der Verein *Entwicklung und Kultur* seine Projekte zu Lesungen und Verlagsveröffentlichungen. Ein Autor, dessen neues Buch hier vorgestellt wird, ist Yusuf Yeşilöz.

„Lied aus der Ferne" ist sein sechstes Buch und handelt von der Ermordung eines papierlosen Ausländers, der im Eingang eines Postgebäudes gefunden wird. Der zuständige Polizeibeamte Schenker macht sich ohne große Motivation an die Arbeit, den Mord aufzuklären. Schon die Feststellung der Identität des Toten ist keine Selbstverständlichkeit. Der als Asylsuchender ins Land gekommene Mann ist zumindest nach Aktenlage 1999 ausgereist. Als „Kaçak" – Illegaler – ist er dann doch geblieben und nun wurde er mit dem Messer im Rücken zu einem Problem.

Befragungen im Umfeld bei Landsleuten sind wenig erfolgreich und Schenker beruhigt sich mit der Feststellung eines türkischen Dolmetschers, mit dem er lange Zeit zusammen gearbeitet hat: „mit Schweizer Polizeigesetzen könne man keine Türken und Kurden befragen. Angst vor den Folgen einer Falschaussage haben sie nicht. Sie sind aus der Türkei Prügel und Folter gewöhnt. Man müsse eher moralischen Druck ausüben, wie etwa: Der Lügner geht in die Hölle."

Eine erste brauchbare Spur aus den Manteltaschen des Ermordeten stellt ein Blatt Papier mit einer Übersetzung dar, die zu dem kurdischen Sänger Baran Kalo führt. Dass dieser Sänger mehr zu wissen scheint als er verrät, wird im Verlauf der Ermittlungen immer deutlicher.

Der Polizeibeamte Schenker ist verunsichert und fasziniert zugleich von den Gesprächen mit dem Sänger. Es zeigt sich ihm eine fremde Welt, die in einer ihm unbekannten Bildsprache formuliert ist. Geschickt wird der Aspekt, dass Lesen über andere Kulturen den Blick weitet, durch die Ehefrau des Polizeibeamten mit ins Spiel gebracht. Sie klärt ihn über viele Dinge auf, die er, rein auf seine Polizeiarbeit fixiert, nicht so wahrnimmt. Als der Sänger Baran sich in einem Gespräch mit Schenker beklagt, „er und seine Freunde bemühten sich, eine Brücke zu bauen… er habe Poesie in die Schweiz gebracht, das sollte man schätzen…" wird er später von der Ehefrau des Polizeibeamten mit den Worten begrüßt: „…es sei eine große Ehre Baran hier begrüßen zu dürfen. Die Wohnung sei nun voller Poesie."

Der „Mord an der Post" ist ein gefundenes Fressen für die Presse und auch ein Politikum kurz vor anstehenden Neuwahlen. Es soll schnell ein beruhigendes Ergebnis her, es entsteht ein ungeheurer Druck für die Ermittlungen. Auch wenn die Ermittlungen stocken und der Hauptkommissar erklärt, man habe durch die Befragungen eine sehr bildhafte Sprache kennen gelernt, aber noch keinen Killer gefunden, gehen den Polizeibeamten die Ideen nicht aus.

Yusuf Yeşilöz führt den Leser mit dem Polizeibeamten Schenker mitten in die unterschiedlichsten Milieus mit ihren Ungereimtheiten. Mit feinem Humor stellt er interessante unterschiedliche Charaktere dar, deren Verflechtungen untereinander genauso abenteuerlich sind, wie man es selber oft erlebt – von Zufällen des Lebens getragen. Die einzelnen Szenen werden sehr detailliert, wie mit einer Kamera aufgenommen, dargestellt, miteinander verflochten und zu einer lebendigen Prosa verdichtet.

Die Themen Migration, Integration, wie überleben Menschen in der Fremde, Isolation und Unsicherheit, denen Ausländer ausgesetzt sind und auch wie Brücken zwischen Kulturen gebaut werden können, schwingen in diesem Kriminalroman mit. Der spannende Roman hat einen ernsten Unterton, wird aber mit viel Humor erzählt. Es werden historische und politische Hintergründe vermittelt.

„Literatur und Realität muss man nicht groß auseinander halten", sagt Yeşilöz. Sein Leben spiele sich in zwei Welten ab, und diese Erfahrung sei für das Schreiben eine „Schatztruhe". Er ist ein guter Beobachter, seine präzisen Schilderungen leben vom Charme und Humor des Betrachters, der gerne den Leuten zuhört, im Alltag oder auf Lesereise. Dennoch beginne die Recherche im Kopf, bei der Zeitungslektüre etwa. Mit Kalo Baran zeichnet Yeşilöz sehr differenziert das Bild eines Grenzgängers zwischen den Kulturen. Mit seiner Heimat fühlt er sich stark verbunden, aber für ihn ist Tradition der Eckstein einer Kultur und man darf nicht darin haften bleiben. Yeşilöz schreibt „kurdisch auf Deutsch" und vertraut beim Schreiben auf die Bilder, die sich durch die Übersetzung kurdischer Metaphern ins Deutsche ergeben. Seine Sprachbilder sind seine Brücke: zwischen den Sprachen Kurdisch und Deutsch, zwischen den Kulturen und über kulturelle Missverständnisse hinweg. „Ich schreibe, weil ich als Fremder betrachtet werde", meint Yeşilöz im Gespräch, „und ich möchte mit meinen Büchern ein Fenster öffnen in die kurdische Kultur." ♦

Yusuf Yeşilöz: Lied aus der Ferne
2007, 200 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-85791–519-2

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

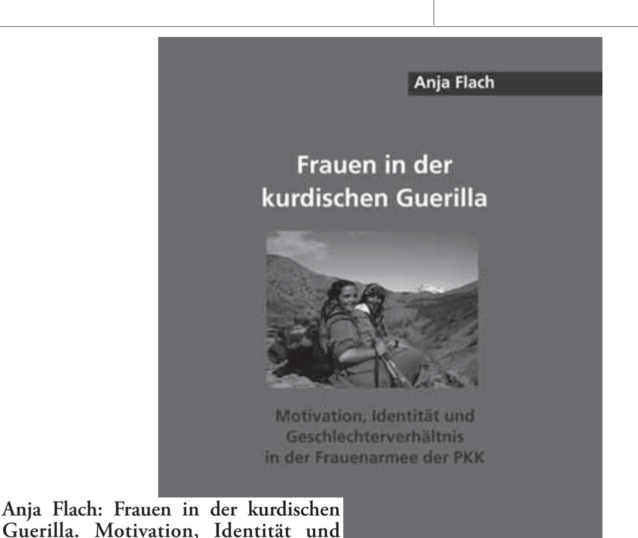
Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr



Anja Flach: Frauen in der kurdischen Guerilla. Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK
PapyRossa Köln 2007
Hochschulschriften 71
ISBN 978-3-89438-377-0, 172 S.
16,- EUR

Psychologischen Konsequenzen von traumatischen Erfahrungen auf die Entwicklung von kurdischen Migrantinnen in der Europäischen Union

IFWF Publication No. 1
ISBN/EAN: 978-90-812050-1-6
Zweisprachig Englisch/Kurdisch, 376 Seiten, broschiert
Erschienen: August 2007

Herausgeber: International Free Women´s Foundation, Rotterdam
Utrecht University, Fakultät für klinische und gesundheitliche Psychologie
Kurdistan Informationszentrum, Paris

Finanzielle Förderung: Daphne II Programm der Europäischen Kommission und Stiftung CIBO

Bestelladresse:
International Free Women's Foundation
Willebrordusplein 10a
NL-3037 TC Rotterdam
Telefon: 0031 (0) 10 465 18 00
Fax: 0031 (0) 10 265 14 65
E-Mail: info@freewomensfoundation.org



ISSN 0935-5375